

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 31. August 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis halbjährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Romanzeile oder deren Raum 10 Pf., für politische und gesellschaftliche Berichte und Besprechungs-Artikeln 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengeluche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die schwarzen Diplomaten.

Die Zentrumsdiplomatie hat zu Würzburg erfolgreiche Arbeit getan. Der jüngste Katholikentag ist bemerkenswerter durch das, was auf ihm nicht besprochen wurde, denn durch seine Verhandlungen. In der Ausmerzung alles dessen, was die Kreise des Zentrums stören könnte, zeigt sich die kluge Arbeit der Zentrumsdiplomatie, die sich nicht umsonst die Talente und Erfahrungen der weltgewandten geistlichen Diplomaten der römischen Kirche zunutze gemacht hat.

Drei Fragen waren Tabu für die Redner des Katholikentages: die innerkirchlichen Meinungsverschiedenheiten, die Stellung des Zentrums zur Reichsregierung und die Wahlrechtsfrage. Aus den Verhandlungen dieser Tagung vermochte niemand zu ersehen, daß es eine Schell- und eine Inderbewegung im deutschen Katholizismus gegeben hat, noch daß zwischen dem Katholikentag von Essen und dem zu Würzburg eine Reichstagsauflösung und die Ausstufung des Zentrums aus der Position der regierenden Partei liegt, noch daß in Preußen die Wahlrechtsfrage auf der Tagesordnung der inneren Politik steht.

Das Schweigen über die katholische Reformbewegung war natürlich. Ohne den Rückhalt des Alerus zerfällt das Zentrum. Ein Konflikt mit der kirchlichen Obergewalt ist eine Unmöglichkeit für diese Partei. Und so gern die weitlichtigeren Elemente des Zentrums einige kleine Zugeständnisse der Kirche an den Zeitgeist gesehen hätten, um im Kampfe mit dem „Anglauben“ weniger behindert zu sein durch veraltetes mittelalterliches Mißzeug, nach dem Nachspruch der Kurie blieb ihnen nur die „lößliche Unterwerfung“. Eine andere Haltung hieß den Katholizismus aufgeben. Dennoch darf es als eine Leistung der Zentrumsdiplomatie bezeichnet werden, daß sie auch die leiseste Kundgebung des Mißtrauts über die Entscheidungen Roms zu verhüten wußte, daß der Name Schell nicht einmal genannt wurde zu Würzburg. Um so lauter ist die Vereinnahmung zum Opfer des Intellekts beteuert worden und nur unter dem Schutz dieses Gelübnisses wurde nebenbei dem irrenden Forscher ein leiser Dank für die gute Absicht seiner Arbeit ausgesprochen. Rom hat im Zentrumslager keine Rebellen zu fürchten.

Dem Streben zur Macht, zur Regierungssonne wurden die beiden anderen Fragen geopfert. Die Katholikentage stehen über der Tagespolitik, will die „Katholische Volkszeitung“ aus ihrem Fehlen schließen. In Wahrheit beweist es gerade, daß sie mit beiden Füßen darin stehen. Die Rücksichten der Tagespolitik diktierten das Schweigen über diese Materien. Angriffe auf die Regierung, wie sie die Befprechung der Dezembervorgänge gebracht hätte, muß man vermeiden, wenn man auf eine neue Ära der Regierungsfähigkeit wartet und hinarbeitet. Und wenn man einen Wahlrechtskampf, der die Massen aufrührt, nicht will, weil das demokratische Wahlrecht ein zweischneidiges Ding ist für eine scheindemokratische Partei und weil vor allem eine Spekulation à la baisse der Wahlrechtsbewegung am ehesten den Gewinn der Regierungsfähigkeit verspricht — dann darf man die Wahlrechtsfrage nicht anpacken. Zumal nicht, wenn sie nebenbei auch noch die Risse des Zentrumsstürms erweitern kann. Denn die Begeisterung fürs allgemeine gleiche Wahlrecht ist in den führenden Zentrumskreisen nicht nur sehr lau, sondern auch sehr ungleich verteilt, und es gibt Persönlichkeiten genug, die gar nichts davon bekommen haben. Die Gegenläufe auszugleichen, das geht über das Vermögen der Zentrumsdiplomatie, denn sie wurzeln in der bunten sozialen Mischung der Zentrumscharen, in der Verschiedenheit der wirtschaftlichen Lage der einzelnen Zentrumschichten, in der Verschiedenheit ihrer Masseninteressen. So muß sich die Zentrumsdiplomatie auf das Vertuschen der Gegensätze legen, muß sie aus dem Wege zu schaffen suchen, indem sie sie umgeht. Wie immer, hat die Arbeiterchaft die Kosten des Manövers zu tragen. Aber die Macher glauben auf ihre Geduld rechnen zu können, und die Männer, die sie als die angeblichen Vertreter der Arbeiterchaft zugelassen haben, gehen ja der Masse mit löblichem Beispiel voran.

Ein Katholikentag ist nicht ein Parteitag des Zentrums laut der Einwand, den die Zentrumspresse gegen solche Anlage bereit hält. Nein, in der Tat, das ist er nicht. Diese Parade einen Parteitag zu nennen, das wäre eine Verhöhnung des Begriffs, der mit dem Wort verbunden ist. Aber daß der Katholikentag eine Veranstaltung des Zentrums ist und seinen Zwecken dient, das kann keine Rabulistik aus der Welt schaffen und die Geschichte der Katholikentage beweist denn auch zur Genüge, daß die Zentrumsparthei diese Schaustellung stets zielbewußt in den Dienst ihrer Politik zu stellen gewußt hat. Wäre es dem Zentrum erst mit der Wahlreform, wäre sein Antrag im Landtag nicht bloßer Wählerföder, auf der Tagesordnung der Würzburger Verhandlungen hätte das Thema gestanden: „Christentum und Wahlrecht“ und mit feuriger Beredsamkeit hätte der geistliche oder weltliche Referent bewiesen, daß es unchristlich ist, das Wahlrecht abzumessen nach dem Besitz, daß es unchristlich ist, seinem christlichen Bruder das gleiche Recht im Staat vorzuenthalten, daß es unchristlich ist, den Mitbürgern zum Heloten im Staatsleben herabzubringen. Schwer mür's dem Herrn nicht gefallen, solche Thesen zu verteidigen. Aber stärker als

alle christliche Ideologie, aus der man die Waffen für solches Unternehmen holen könnte, sind die wirtschaftlichen Interessen der herrschenden Klasse im Zentrum, der besitzenden Klasse. Gute Karriere für ihre Söhne ist ihr viel lieber als ein Bündel von Volksrechten und eine gute Karriere gedeiht nur im Strahle der Regierungssonne.

Kein Wahlrechtssturm — das ist jetzt der heftigste Wunsch der führenden Zentrumskreise. Und die Vertretung des Proletariats im Zentrum, die Gruppe der Arbeiterabgeordneten, schweigt dazu. . . .

In den Verhandlungen des Katholikentages hat sich noch deutlicher als jemals zuvor das krampfhafteste Bestreben des Zentrums dokumentiert, den Schein des Fortschreitens mit der Zeit, den Schein des Zeitgemäßen, der Modernität zu gewinnen. Diesem Streben diene vor allem der Vortrag Spahns, worin der Katholizismus sich als Freund der Wissenschaft und der Universitäten gibt. Auf sozialem Gebiete gebiert dies Bestreben die Surrogate, die das Zentrum seinen Anhängern statt der echten Marken gibt. Jeder Fortschritt der klassenbewußten Arbeiterbewegung hat eine Nachahmung im Zentrumsstil in Befolge. Die Gewerkschaften die christlichen Gewerksvereine, die Frauenbewegung die katholische Frauenbewegung, die Organisationen der Diensthilfen den Versuch, katholische Dienstmädchenvereine unter Obhut der katholischen Damen zu gründen, die Agitation unter den Landarbeitern das Bestreben, zentrumsfromme Landarbeiterorganisationen ins Leben zu rufen! Welches die treibende Kraft dieser „sozialen Arbeit“ des Zentrums ist, das hat der bayerische Reichstagsabgeordnete Heim ganz naiv zugegeben in seiner Mahnung, mit der Organisation der Landarbeiter zu eilen, damit es nicht gehe, wie mit den Industriearbeitern, „denn wir die Organisation erst erlaubten, als die Sozialdemokratie schon starke Organisationen geschaffen hatte.“ Ein Wort, das festgehalten zu werden verdient. Herr Heim hat den scharfen Blick des geborenen Demagogen für die Bedürfnisse der Zeit, und er ist schnell bereit, aus ihnen Triebkräfte für die Mühlen seiner Politik zu machen. Es ist nicht von ungefähr, daß gerade dieser Herr, der an demagogischer Bewandtheit viele seiner Zentrumskollegen übertrifft, als Befürworter des Frauenstimmrechts auftritt. Seine Rede in der im übrigen sehr inhaltlosen Debatte zur Frauenfrage muß ein Ansporn für die Sozialdemokratie sein, die Werberarbeit unter den Frauen zu verdoppeln.

Eine große Anpreisung des Zentrums als Ordnungspartei, als zuverlässigste Schutzgarde vor Thron und Thronschwank, als brauchbare Regierungspartei war dieser Katholikentag. Diefem edlen Zwecke dienten alle seine Verhandlungen und all das, was ungesagt blieb. Die Zentrumsdiplomatie hatte die Karten schon gemischt. Sie hat Ursache zufrieden zu sein mit dem Ergebnis. Das Zentrumswort, das sie errichtet, ist groß und prächtig.

Aber es ist Diplomatenwerk, das nicht festgegründet ist, das Volksstürme nicht übersteht. Die Zentrumsdiplomatie vertuscht, aber sie bindet nicht! Die Gegensätze, die sie verkleinert, müssen immer klaffender aufbrechen, weil die wirtschaftliche Entwicklung sie schafft und vertieft. Und dagegen hat die Zentrumsdiplomatie kein Mittel.

Sie hat es gewagt, die Zentrumsarbeiterchaft heimzuschicken ohne ein Wort vom preussischen Landtagswahlrecht. Hier ist ihre Achillesferse. Hierhin gilt es den Pfeil zu entsenden!

Lassalle über den Wahlrechtskampf.

Am 31. August 1864, also heute vor dreihundvierzig Jahren, wurde Ferdinand Lassalle, der beredteste Vorkämpfer des deutschen Proletariats, inmitten der Geburtswehen der proletarischen Arbeiterbewegung durch ein tödliches Geschick dahingerafft. Viel zu langsam für diesen Feuergeist, der mit dem Glutatem seiner prachtvollen Reden und Propagandaschriften das noch im Banne bürgerlicher Weltanschauung dahinvegetierende Proletariat in den Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse und die Entfesselung der kapitalistisch gelabelten Menschheitskultur hineinzureißen hoffte, rang sich die deutsche Arbeiterklasse aus den Tiefen der Unwissenheit und politischen Entmündigung zu kraftvollem Klassenbewußtsein empor. Inzwischen freilich zählt das Evangelium des Sozialismus in Deutschland allein 3 1/2 Millionen Belenner — allein noch immer muß es um ein Kampfgeliebtes, das Lassalle als eines der ersten, wichtigsten bezeichnete, für das er bereits vor anderthalb Menschenaltern die deutsche Arbeiterklasse auf die Schanzen rief!

So wertvoll Lassalles beste Reden und Schriften noch heute für die Propaganda sind, so lebendig, so aktuell lesen sich gerade die Stellen, in denen er das Proletariat zum Kampfe um das allgemeine und gleiche Wahlrecht für Preußen aufruft!

In den sechziger Jahren schien es, als ob der Liberalismus den von der Bourgeoisie während der Revolutionsjahre verratenen Kampf um die Volksrechte wirklich aufnehmen wolle. Der Militärkonflikt brachte das fortschrittliche Bürgertum in den schärfsten Gegensatz zu Krone und Junkertum. Der Fortschritt erstarkte gerade durch diese Kämpfe zur herrschenden ausschlaggebenden Partei in Preußen. 1861 zählte er 101, 1862 gar 260 Mandate! Sollte der Fortschritt die Reaktion wirklich niederringen, so mußte er jetzt oder nie den Kampf um die

Beseitigung der preussischen Wahlrechtschmach aufnehmen!

Der Fortschritt stand auf der Höhe seiner Macht, er stand zugleich vor seiner historischen Mission, vor der Wende seines Geschicks!

Der Fortschritt verriet abermals seine historische Aufgabe. Er tat nichts zur Zertrümmerung des schmächtlichen Dreiklassenwahlrechts! Selbst seine entschiedensten Elemente warteten vor einem „ungebährlichen Drängen“ des Volkes; ein Schulze-Dehlysch meinte, die Arbeitermassen müßten sich erst bilden, um das Wahlrecht gebrauchen zu können!

Das zwang Ferdinand Lassalle, der die bürgerliche Demokratie bisher vorwärts zu drängen versucht hatte, die Arbeiter zur politischen Selbsthilfe, zum Klassenkampf aufzurufen. Die Sünden des Fortschritts machten die Gründung einer proletarischen Arbeiterpartei unter sozialer, sozialistischer Flagge notwendig.

Und was Lassalle damals über die Fortschrittspartei sagte, klingt, als sei es erst heute, in der Ära neuer Wahlrechtskämpfe, für die Agitation des Tages, für die gegenwärtige Wahlrechtsaktion geschrieben worden. Hören wir Lassalle:

„Aus Furcht vor Ihnen zwingt man sich zur Hoffnung nach Oben; und mit dieser Furcht nach Unten und mit dieser Hoffnung nach Oben glauben Sie, könnte man etwas ausrichten?“

Wie sagt Goethe:

„Was ist der Philister? Ein hohler Darm
Voll Furcht und Hoffnung, daß Gott erbarm'!“

Eine solche Philisterbewegung kann niemals Resultate haben, und wenn wir durch ganze geologische Erdperioden hindurch warten wollten!

Wer steht denn mit Energie und Aufopferung hinter der politischen Freiheit? Wer?

Die liberale Bourgeoisie liebt freilich die Freiheit, aber sie liebt sie, wie man ein Ornament im Zimmer, wie man einen schönen Schmuck liebt; kann man ihn haben, ist es gewiß besser; kann man ihn nicht haben, ist es auch gut! Man geht dafür weder ins Wasser noch ins Feuer.

Die Hauptsache für die Bourgeoisie bleiben die materiellen Interessen, Handel und Wandel, Industrie und Produktion; Freiheit würde diese Ruhe momentan nur gefährden. Und so begibt sich die liberale Bourgeoisie noch viel lieber der politischen Freiheit, als daß sie durch einen ersten Kampf die Ruhe und dadurch ihre materiellen Interessen gefährdet.

Handelte es sich bei uns heute um die sozialen Freiheiten für die Bourgeoisie, um die es sich 1789 in Frankreich handelte, um die Kapitalfreiheit und alle jene materiellen Interessen, die mit ihr verbunden sind, um, unsere Bourgeoisie würde vielleicht dieselbe Energie finden, wie damals die französische.

Aber um diese materiellen Fragen handelt es sich nicht mehr. Unsere Regierungen haben sich vorgelesen. Sie haben die soziale Seite der 1789 er Revolution von selbst und zum Teil seit lange eingeführt; und die bloß politische Freiheit vermag die Bourgeoisie nicht ins Feuer zu bringen, vermag sie nur zu frommen Wünschen und unschuldigen Redebübungen zu stimmen.

Ihr entgegen aber stehen die Militärpartei und der Adel, der Absolutismus und die Bureaucratie, und zwar mit der höchsten Energie, mit aller Energie, welche soziale Interessen gewähren, denn für die Massen handelt es sich darum, die Reste ihrer Herrschaft zu verteidigen.

Hinter der Reaktion stehen also Klassen mit der höchsten Energie, die Nägel und Zähne daran setzen; hinter der politischen Freiheit steht keine Klasse, steht niemand als eine Handvoll Ideologen und Gefühlsmenschen!

Es ist also gerade das größte Interesse der politischen Freiheit, ein Klasseninteresse, ein soziales Interesse hinter sie zu werfen, und zwar gerade das Interesse der an Zahl und Kraft so unendlich überwiegenden unbemittelten Klassen überhaupt.“

Wie damals, vor 44 Jahren — Lassalles Rede wurde am 19. Mai 1863 gehalten — zeigt sich auch der heutige Freiheitskampf Aufgabe nicht gewonnen. Wie damals will er für kleine Konzessionen und wirtschaftliche Vorteile für die Bourgeoisie die Rechte des Volkes verraten!

Und wie damals gilt es heute, die Wucht des Proletariats, und zwar aller Parteien, für den Wahlrechtskampf in die Waagschale zu werfen!

Es gilt, um abermals Lassalles Worte zu gebrauchen, um das Banner des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu sammeln!

„alles, was einen demokratischen Blutstropfen hat
in ganz Deutschland!“

Anfangen!

Das Berliner Tageblatt* leistet sich in seiner Freitagabendnummer einen „Unüberhörten Freude“ überschriebenen Artikel, in welchem es, anknüpfend an unsere Kritik der Ausführungen des freimüthigen Reichstagsabgeordneten für Lauenburg a. O., des Herrn Dr. Hefcher, im „Hamburger Fremdenblatt“, gegen den „Vorwärts“ und im weiteren gegen die gesamte sozialdemokratische Presse den Vorwurf erhebt, ihr liege nicht das mindeste daran, daß die Wahlreform in Preußen durchgeführt werde; vielmehr sei sie nur darauf bedacht, den Liberalismus zu diskreditieren und dessen Schwäche parteiistisch auszunutzen. Wörtlich behauptet das Moskische Blatt:

„Es liegt der sozialdemokratischen Presse, die aus der von ihr verkauften Niederlage nichts gelernt hat, auch nicht das mindeste daran, daß die preussische Wahlreform durch eine Aktion der liberalen Parteien, durch eine liberale Volksbewegung verwirklicht wird. Diese Presse hat nur den einen Wunsch, die Ohnmacht des Liberalismus zu zeigen, und die ganze Presse des Zentrums wünscht und erstrebt das gleiche. Wenn die Liberalen kleinmüthig und bedenklich auf jeden Kampf verzichten, wenn sie das Streben nach großen Zielen anderen überlassen werden, dann werden Sozialdemokratie und Zentrum mit einem Ansehen von Recht triumphieren können. Dann braucht man nicht weiter zu befürchten, daß der Liberalismus an Volkstümlichkeit und Zugkraft gewinnen werde, und dann kann man seine Schwäche, seine Untätigkeit verpöhlen. Sozialdemokratie und Zentrum werden in jeder Form erklären, daß der Liberalismus seine Ideale verraten habe. Und weit indiskreter als die still zufriedenen Regierungsorgane werden sie diesen Tag wie ein Siegesfest feiern.“

Wir nehmen dem „Berl. Tagebl.“ diese Polemik nicht allzu übel; denn seine Anklage zeigt deutlich, daß es seine Anklage gegen den „Vorwärts“ nur als Vorwand benutzte, um den Freisinn aus seiner „Schwäche“ und seiner „Untätigkeit“ aufzuwecken und ihm zu beweisen, daß er unsere Taktik am besten durchkreuzen würde, wenn er sich zu entschließen vermöchte, in eine energische Wahlrechtsbewegung einzutreten. Doch schon, um nun unseren eigenen Standpunkt zu wahren und der politischen Legendensbildung vorzubeugen, sehen wir uns gezwungen, dem „Berliner Tageblatt“ zu antworten. Wie wir ihm versichern können, irrt es gründlich, wenn es der Ansicht ist, dem „Vorwärts“ liege nichts daran, daß das heutige preussische Dreiklassenwahlrecht durch eine liberale Volksbewegung gestürzt werde. Wir sind vielmehr, wie wir wiederholt betont haben und wie Singer offen in der Generalversammlung der Wahlvereine Groß-Berlins erklärt hat, und zwar nicht nur für seine Person, sondern im Namen des Parteivorstandes, bereit, eine solche auf die Erringung eines allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gerichtete Volksbewegung nach Kräften zu unterstützen. Ferner halten wir auch den Liberalismus keineswegs für ohnmächtig, falls er alle seine Kräfte zusammenfasse; aber was wir vermessen, ist der feste Entschluß, diese Kräfte für die Eroberung des gleichen Wahlrechts einzusetzen; und gegen diese Schwäche, diese Kleinmüthigkeit, die aus lauter Hyper-Besonnenheit gar nicht zu einem Entschluß kommt, weder nach der einen, noch der anderen Richtung, gegen diese amphibische Rückgratlosigkeit richtet sich unsere Kritik. Das „Berl. Tageblatt“ wird nicht von uns verlangen wollen, daß uns die völlige Zerfahrenheit, die bisher das Präsidium der freimüthigen Wahlrechtsbewegung bietet, sonderlich imponieren soll. Bisher haben nur einige liberale Politiker Wünsche und Aufforderungen ausgesprochen, die sofort von anderen liberalen Politikern verächtlich demontiert worden sind — von irgend welchen Maßnahmen zur Erringung einer liberalen Volksbewegung war nicht das geringste zu vernehmen. Erst müssen wir Taten sehen, ehe wir glauben können. Vermissen wir doch das „Berl. Tagebl.“ bisher selbst jeden Ansat zu Tat, denn wehmüthig klagt es gegen Ende seines Artikels:

„Denn das ist es allein, worauf es heute ankommt, und das ist es auch allein, was wir hier verlangen und unbedingt weiter verlangen werden: daß man die Plünder nicht gleich ins Korn werfen, daß man nicht in vortheilhaftem Verzicht, daß man der Regierung und den anderen Parteien das Leben nicht allzu bequem machen soll! Daß man mit Albert Traeger den Grundsat des „alles oder nichts“ verhält, oder ob man einwillen auf jede bindende Formel verzichtet, kommt im Grunde erst in zweiter Linie — die Hauptsache ist, wie Friedrich Pappe gesagt hat, daß überhaupt einmal angefangen wird. Wir wissen so gut wie die Herren Hefcher und Baquie, daß die Schwierigkeiten groß sind und daß es keineswegs möglich ist, das Endziel im Handumdrehen zu erreichen. Aber wir wissen auch, daß diejenigen gar nichts durchsetzen, die niemals zu fordern wagen, und daß der allzu kritisch Wägende nie auf den Berg hinaufgelangt.“

Der Ansicht sind wir auch, daß erst mal angefangen wird, kräftig angefangen wird — das weitere wird sich dann finden.

Marokko.

Nachrichten aus Fez fehlen — man weiß noch nichts Genaueres über den Wert der Gerichte vom Aufstand in der Hauptstadt und von der Ermordung des Sultans. Die Anerkennung Mulay Hafids macht stetige Fortschritte — die Franzosen sehen erhebliche Hoffnungen auf den Gegen-sultan.

General Drude ist nach den neueren Meldungen entschlossen, ins Land vorzustoßen trotz der großen Schwierigkeiten eines solchen Unternehmens. Offenbar kann er nicht hoffen, auf andere Weise die Angreifer loszuwerden, die ihn beständig in Atem halten. Die Ruhe vor Casablanca ist nämlich inzwischen wieder zu Ende gegangen. In der Nacht zum 29. August haben die Marokkaner erneut angegriffen und die Vorposte der Franzosen sind, obgleich immer noch verhältnismäßig gering, doch größer als sie es bislang bei solchen Kämpfen waren.

Die Meldungen des Tages lauten:

Paris, 30. August. Nach einer hier eingetroffenen Meldung aus Casablanca vom gestrigen Tage war ein Kampf in der Nacht vom 28. auf den 29. d. M. ein sehr heftiger. Die Verluste der Franzosen betragen nach den letzten Berichten drei Tote und zwölf Verwundete.

Casablanca, 28. August. (Meldung der Agence Havas.) Eingeborene berichten, der Stamm der Medunas, 3000 Köpfe stark, lagere in der Umgebung von Taddert, ohne etwas zu unternehmen, und scheine Instruktionen von Mulay Hafid zu erwarten. Mehrere Stämme werfen den Medunas vor, sie wollten mit den Franzosen verhandeln.

London, 29. August. Wie das Reutersche Bureau aus Casablanca unter dem 28. August meldet, läßt es der Gang der Ereignisse für das französische Expeditionskorps zweifelhaft erscheinen, sobald als möglich vorzurücken, und zwar in der Richtung auf Taddert zu, das groß oder fünfzehn Kilometer südlich von Casablanca liegt. Die größte Schwierigkeit, die überwunden

werden muß, besteht in der Beschaffung von Wasser und Transportmitteln; alle brauchbaren Karren, Kaultiere und Pferde sind indessen schon zusammengebracht worden.

Paris, 30. August. Nach seiner letzten Meldung beabsichtigt General Drude zu dem unmittelbar bevorstehenden Marsch nach dem 12 bis 15 Kilometer südlich von Casablanca gelegenen Ort Taddert zwei Bataillone Infanterie, seine ganze Kavallerie, eine Feldbatterie und eine Gebirgsbatterie zu verwenden. Zwei Bataillone Infanterie und eine Feldbatterie sollen die Reserve bilden. Die Spanier sollen den Saub der Stadt übernehmen.

Tanger, 30. August. Es wird bestätigt, daß infolge einer Mitteilung Mulay Hafids der Gouverneur von Saffi, Si Aissa ben Omar, sich dem neuen Sultan unterworfen hat und sich demnach nach Marrakesch begeben wird.

Tanger, 29. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der englische Konsul hat allen englischen Untertanen den Rat erteilt, sich im Falle eines Angriffs auf die Stadt nach von ihm angewiesenen Zufluchtsstätten zu begeben, welche in Verteidigungs-austand gesetzt worden sind.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. August 1907.

Die erste sozialpolitische Tat Bethmann-Hollwegs.

Dem Bundesrat ist eine Novelle zur Gewerbeordnung zugegangen, die sich mit einer weiteren Beschränkung der Nachtarbeit der Frauen, der Verkürzung des Maximalarbeits-tages für Frauen und mit der Regelung verschiedener Zweige der Hausarbeit beschäftigt. Ueber den Inhalt der Novelle wissen die „Berl. Pol. Nachr.“ — allem Anschein nach direkt aus dem Reichsamt des Innern — folgendes zu berichten:

„Er (der Entwurf) ist, wie bekannt, hauptsächlich sozialpolitischen Charakters. Dabei handelt es sich zunächst um eine der Verner Konvention entsprechende Abänderung der Bestimmungen über die Nachtarbeit der Frauen. Im § 137 der deutschen Gewerbeordnung ist ja bereits vorgesehen, daß Arbeiterinnen in Fabriken nicht in der Nachtzeit von 8 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr morgens beschäftigt werden dürfen. Nach der in Vorn zwischen den ver-schiedenen Staaten erzielten Vereinbarung sind aber noch Ergänzungen dieser Bestimmung nötig. Jrgend ein Widerstand wird sich dagegen voraussichtlich nicht geltend machen.“

Ebenso wenig ist ein solcher gegen die Verkürzung des Maximal-arbeits-tages für Frauen von 11 auf 10 Stunden, die gleichfalls eine Aenderung des § 137 bedingt, zu erwarten. Sie kommt in erster Reihe die Industrie in Frage, die Arbeiterinnen be-schäftigt. Gewiß wurde noch vor einigen Jahren die Ver-klürzung des Maximalarbeits-tages für Frauen, wie er in der Gewerbeordnungsnovelle von 1891 zuerst festgelegt war, seitens der Industrie bekämpft. Man fürchtete namentlich in der Textilindustrie eine Rückwirkung auf die Arbeitszeit der gesamten Arbeiterschaft. Inzwischen haben sich aber die Arbeits-zeitverhältnisse so gestaltet, daß die damaligen Bedenken fallen gelassen werden konnten. In erster Reihe ist es dann auch die Textilindustrie gewesen, die sich mit dieser sozialpolitischen Neuerung nunmehr einverstanden erklärt hat. Wenn aber die Interessenten selbst keinen Widerstand gegen die Neuerung leisten, so ist ein solcher im Reichstage noch weniger zu erwarten, zumal die Ver-klürzung des Maximalarbeits-tages der Frauen auch einem im Reichstage schon mehrfach geäußerten Wunsche entspricht.

Schließlich sollen in der erwähnten Gewerbeordnungsnovelle Bestimmungen über die Regelung der Hausarbeit getroffen werden. Es dürfte sich hier um die Uebertragung von schon in der Gewerbeordnung befindlichen Vorschriften auf die Heimarbeit handeln. Man wird sich erinnern, daß zunächst in der Gewerbeordnung die Betriebsverhältnisse in den Fabriken geregelt waren. Dann zog man in diesen Kreis auch die Werkstätten hinein, in welchen durch elementare Arbeit bewegte Triebwerke nicht bloß vorüber-gehend zur Verwendung kommen. Darauf übertrug man dem Bundesrate die Befugnis, die Vorschriften über Kinder-, Frauen- usw. Arbeit auch auf andere Werkstätten aus-zudehnen. Jetzt soll die Heimarbeit in diesen Kreis ein-gezogen werden. Auch hierfür liegen aus dem Reichstage die verschiedenartigsten Wünsche vor. Im übrigen darf aber betont werden, daß die dem Bundesrate jetzt zugegangene Gewerbe-ordnungsnovelle sich nicht auf die ausgeführten sozialpolitischen Neuerungen beschränkt. Sie sieht auch die Erfüllung verschiedener anderer Wünsche vor. So dürfte wohl auch eine längst geplante Neuerung beim Schankkonzessionswesen in Vorschlag gebracht werden.“

Die von den „Berl. Pol. Nachr.“ gegebenen Andeutungen sind reichlich unbestimmt, so viel läßt sich aber immerhin er-kennen, daß die neue sozialpolitische Tat, mit der der neue Staatssekretär des Innern vor das Forum des Reichstages tritt, recht bescheidener Art ist. —

Zur Kolonialresolution.

In unserem Leitartikel in Nr. 201 ist uns ein Irrtum unter-lausen, den wir hiermit richtigstellen wollen. Wir hatten geschrieben, daß die von zwei Genossen vereinbarte Kompromißfassung der Einleitungsätze der Resolution der Kommissionsmehrheit, die lautete:

„In der Erwägung, daß der Sozialismus die Pro-dukktivkräfte des ganzen Erdkreises entfalten und alle Völker zur höchsten Kultur emporführen will, verweist der Kongreß nicht jede Kolonialpolitik prinzipiell, weil diese unter sozialistischem Regime zivilisatorisch wirken kann“

in der deutschen Delegation überhaupt nicht mehr zur Abstimmung gelangt sei. Diese Darstellung ist unrichtig. Die Kompromiß-fassung wurde in einer unmittelbaren vor der entscheidenden Plenar-sitzung abgehaltenen Sitzung der deutschen Delegation gegen wenige Stimmen akzeptiert.

Der uns unterlaufene Irrtum ändert indes nicht das geringste an der Auffassung, die wir in unserem Leit-artikel „Sozialdemokratie und Kolonialpolitik“ dargelegt haben.

Unter der Stichmarke: „Davids Aufklärung“ macht die Düsseldorf Volkszeitung folgende Darlegungen: „David beginnt mit dem Amendement der deutschen Delegation zur van Rolschen Resolution und sucht es so darzustellen, als sei dieses lediglich eine vernünftiger Fassung des ersten Absatzes der Resolution von Kol. Einmal ist das letztere nicht richtig und dann leidet David offenbar an einer bedauer-lichen Vergeßlichkeit. Er läßt eine Reihe von Tatsachen unter den Tisch fallen, die zur Beurteilung des wirklichen Sachverhaltes uner-läglich sind.“

Der erste prinzipielle Absatz der Resolution von Kol lautete sinngemäß: Der internationale Kongreß stellt fest, daß der Wert der Kolonien im allgemeinen und für die Arbeiterklasse im besonderen stark übertrieben wird. Er verweist jedoch nicht jede Kolonialpolitik prinzipiell, da sie unter sozialistischem Regime zivilisatorisch wirken können.

Am Bedenklichsten war der erste Satz dieses Absatzes. Zudem er sich lediglich gegen eine Ueberschätzung der Kolonien wandte, erkannte er an, daß die kapitalistische Kolonialpolitik für die Arbeiterklasse Wert besitzt. Damit war nicht nur die Haltung der deutschen Partei im letzten Wahlkampf gründlich desavouiert, die Partei war auch auf das System der kapitalistischen Kolonialpolitik festgelegt. Der erste Satz präjudizierte zudem den zweiten: Ihre Verbindung ergab den alten Evolutions-gedanken des Revisionismus und die Betonung der Notwendigkeit einer kapitalistischen Ent-wicklungsstufe für die Kolonien. . . . Es heißt die Tatsachen verdrehen, wenn man die Resolution der Minorität eine Politik der Negation, der radikalen Utopie nennt. Lediglich dagegen verwahrte sich die Minorität, daß man beim Balthieren mit dem kapitalistischen Kolonialsystem anlange. Darum beantragte sie eine andere Fassung des prinzipiellen ersten Absatzes. Was sich in der Resolution von Kol an praktischen Forderungen fand, wurde von ihr rückhaltlos und in vollem Um-fange akzeptiert. Aber darum ging es weder David noch Bernstein. Sie erklärten gerade den ersten Satz der van Rolschen Resolution für den springenden und prinzipiell wichtigsten, wohl wissend, daß gerade in ihm eine Schwächung in der Frage der Flottenpolitik, der Staatsbewilligung und selbst der Schutzzollpolitik im Reine mit enthalten war. Was man auf dem deutschen Parteitag nicht durchsetzen konnte, sollte bei günstiger Gelegenheit auf dem internationalen Kongreß zu Wege gebracht, der Revisionismus auf Schleichwegen in die Partei eingeschmuggelt werden.

Die Mehrheit der deutschen Delegation akzeptierte zunächst den ersten Absatz der Resolution von Kol. Darauf einigten sich unter Vorantritt der Delegation des Niederrheins eine Anzahl Delegationen auf die folgende Erklärung, die in der nächsten Delegations-sitzung zur Verlesung gelangte:

Die Minorität der deutschen Delegation stellt in der Resolution von Kol eine Anerkennung kapitalistischer Kolonialpolitik und ihrer Konsequenzen, eine Verurteilung der Taktik der deutschen Partei während des letzten Wahlkampfes. Die Minorität der deutschen Delegation steht grundsätzlich auf dem Boden des Antrages Ledebour und Genossen. Sie erblickt in der kapitalistischen Kolonialpolitik ein potenziertes Ausbeutungs- und Herrschaftssystem, das zur Anheftung, Zwangsarbeit oder Ausrottung der eingeborenen Bevölkerung der Kolonien führen muß, und das zur schärfsten grundsätzlichen und praktischen Bekämpfung herausfordert. So sehr die Minorität der deutschen Delegation daher die Notwendigkeit positiver Verbesserungsarbeit anerkennt, betont sie ihren prinzipiellen Stand-punkt in Uebereinstimmung mit der Haltung der deutschen Gesamt-partei.

Die Erklärung und die daran anschließende Erörterung hatten den Erfolg, daß man sich bereit fand, den bisher hartnäckig ver-folgten ersten Satz der Resolution von Kol fallen zu lassen und eine neue Fassung der prinzipiellen Einleitung zu suchen. . . .

Daß David in seiner „Aufklärung“ alle diese Dinge unaufgeklärt läßt, ist recht bezeichnend. Aber es ist notwendig, das grund-sätzliche Zurückweichen des Revisionismus in der Delegation festzustellen, weil nur aus diesem Gesichtspunkt das spätere Verhalten der Delegation bei der Abstimmung erklärlich wird. Daß auch van Kol sich mit dem Amendement einverstanden erklärte, beugt nichts. Es blieb ihm eben nichts anderes übrig, da ohne die deutschen Stimmen der erste Absatz seiner Resolution ohnehin fiel. So belanglos, wie David es hinzustellen beliebt, war also nach Lage der Sache das deutsche Amendement ganz und gar nicht. Es war der erste und entscheidende Schritt auf die Entwicklung hin, die die Dinge bei der Abstimmung im Plenum nahmen.“

Marinistische Ausgaben auf Grund des Militäretats.

Die „Post“ erklärt, daß man sich in deutschen Marinekreisen jetzt alleinig zu der Ansicht befehrt habe, daß die Nordsee eines verstärkten Küstenschutzes bedürfe. Die Befestigung der Bese-rmündung war bereits in durchgreifender Umar-beitung begriffen.“ Weitere Befestigungsausgaben ständen be-vor. Doch wolle die Marineverwaltung, die aller be-willigten Gelder für den Schiffsbau bedürfe, nicht die Kosten dafür aufbringen, vielmehr sollten diese Kosten im Militäretat ver-rechnet werden.

Das hat seinen guten Grund. Die Schiffsbauten werden soviel kosten, daß man die Kosten der Küstenbefestigung auf den Militäretat übernehmen will, um die marinistische Geld-verschwendung nicht allzu groß erscheinen zu lassen! —

Warum Graf Posadowsky gehen mußte, verrät in einem ihm von „besonderer Seite“ zugegangenen Artikel das Schwärmer He-gelungsblatt, die „Medlenb. Nachr.“. Das offiziöse Organ, das sich meist gut unterrichtet zeigt über intime Vorgänge in den höheren Regierungskreisen, berichtet wörtlich mit der ihm eigenen Kavität:

„Die Befestigung des Grafen Posadowsky bedeutet ein kleines Entgegenkommen gegen die Kon-servativen. Die Sozialpolitik, die Graf Posadowsky mit dem Zentrum und zum Teil mit den Parteien der äußersten Linken trieb, erregte bei den Konservativen immer größere Bedenken. . . . Wüsste ein Konservativer den Grafen zu sprechen, so mangelte es ihm immer an Zeit. Sprach ein Sozialdemokrat im Reichsamt des Innern vor, so stand das ganze Amt, der Staatssekretär an der Spitze, zu seiner Verfügung. Der ideologische Graf glaubte eben an eine Verjüngung der Sozialdemokratie. Vor allem aber bedeutete die Entlassung des Grafen Posadowsky für den Fürsten Bülow selbst die Befreiung von einem sehr selb-ständigen Untergebenen, der zur ganzen Denkwelt und Arbeitsart des ihm vorgelegten Kanzlers wenig paßte.“

Ein niedliches Zugeständnis des innerlichen Obitrien-blattes. —

Ein aufrechter Junfer.

Der Rittergutsbesitzer B. v. Treuenfels-Lenschow, der sich vor 14 Tagen vergeblich um eine Abbestellung oder wenigstens eine Auffchiebung der Manöver im Mecklenburgischen wegen der in diesem Jahre für die Entearbeiten ungünstigen Witterung bemühte, macht seinem Jora und Arger über seine erfolglosen Bemühungen jetzt in einer großen, in der „Nord-deutschen Post“ in Pachtin veröffentlichten Anzeige Luft, die wie folgt lautet:

„Gutserkauf. Da die Militärbehörde die Gegend, in der ich das Unglück habe, einige Güter zu besitzen, zu den Herbstübungen scheinbar nicht entbehren kann — da dieselbe auf den Vorschlag, meine Güter als Truppenübungsplatz anzukaufen, nicht hat ein-gehen wollen — da die mit Einverständnis eines großherzoglichen Ministerii gestellten Anforderungen an meine und meiner Güter Leistungsfähigkeit mit unerfüllbar und unerträglich erschienen, ein Wandel aber nicht zu erhoffen ist, so habe ich mich entschlossen, meine Güter, die ich 35 Jahre mit viel Liebe und Fleiß und ich dort wohl sagen, auch mit einigem Erfolg bewirtschaftet habe, für jeden mir annehmbar erscheinenden Preis zu verkaufen. Der Tag, an dem ich den mecklenburgischen Saub von meinen Pantonellen werde schüttele können, wird zu den freundschaftlichen meines Lebens gehören.“

August 1907.

B. v. Treuenfels-Lenschow.

Hierzu bemerkt die „Frankfurter Zeitung“: „Der Ritter, der in solcher Weise seinem bedrängten Herzen Luft machte, ist einer der reichsten Großgrund-“

Besitzer des Landes; er besitzt nicht nur in Medien-
burg einige der wertvollsten Güter, sondern auch noch im
Königreich Sachsen. Herr v. Treuenfels, der ein Verwandter
des Reichstagsabgeordneten gleichen Namens ist, kann sich also
einen Scherz leisten. Einiges Aufsehen erregt nur die zum min-
desten fernige Sprache, in der er diesen Scherz ankündigt.
Das ist das reine Entwerfen — oder! Entweder der
Staat zum Regierungsverhältnis mit, was ich will, oder ich
zeige ihm, was 'ne Hölle ist! Man sieht, unsere Ritter sind
immer noch aufrechte Leute, wenn es sich um ihren eigenen
Vorteil handelt."

Die „Frankf. Zig.“ sollte freilich solche „aufrechte
Leute“ dem Freisinn als Vorbild entgegenhalten. Denn daß die
„kleine aber mächtige“ Partei der Junker trotz ihrer Minderzahl in
Preußen-Deutschland das Heft in der Hand hat, findet seine Er-
klärung eben darin, daß diese Junker allezeit „aufrechte Leute“ ge-
wesen sind!

Wollte der Freisinn im Kampf um das Reichstagswahl-
recht für Preußen nur einen Teil dieser junkerlichen Energie
entwickeln, so könnte er die Reaktion zu Paaren treiben. Aber die
Freisinnigen sind eben keine „aufrechten Leute“, sondern kühnhandels-
lüsterne „Staatsmänner“, deren diplomatischer Ehrgeiz nur darin
besteht, für einige der liberalen Bourgeoisie gewünschte Kon-
zessionen das entrechtete Volk abermals um seine wichtigsten poli-
tischen Rechte zu pressen! —

Vappalie oder Landesfriedensbruch.

Unter der Epithete: Vom Terrorismus gegen die Sozial-
demokratie berichtet wir kürzlich, daß einem Gasthofbesitzer bei
Vortitz — einem Dorfe in der Nähe von Leipzig — die Polizeistunde
auf 10 Uhr herabgesetzt wurde. Daß die Behörde nicht 9 Uhr fest-
setzte, hat er nur dem Umstande zu verdanken, daß, seitdem er das
Geschäft führt — nämlich 16 Jahre — niemals gegen ihn irgend etwas
bei der Behörde vorlag. Alles wird dadurch erklärt, daß der Mann das
Verbrechen beging, uns seinen Saal zu Vereinsversamm-
lungen zur Verfügung zu stellen. Sein Konkurrent, auch der
Gemeindevorsteher mit einer Zahl von Bauern aus Vortitz haben
alles getan, um den Mann in das „rechte“ Licht bei der Behörde
zu setzen. Jetzt treffen zwei Nachrichten gleichzeitig ein: 1. hat die
Streikhauptmannschaft die Verfügung gegen den Gasthofbesitzer be-
stätigt, 2. hat die Streikhauptmannschaft Mittwoch in aller Frühe
sechs Genossen aus Vortitz und Taucha aus dem Bette geholt
und die zwölf Mann gefesselt in die Untersuchungshaft abgeführt.
Sie sollen Landesfriedensbruch begangen haben.

Was ist geschehen? An einem Abend im Juli brachte die
Gefangenschaft von Vortitz dem Sohne des Gastwirts Kamm in
Thella zu seinem Vorterrabend ein Ständchen. Die Singstunde in
Taucha fiel aus, da der Gefangene in Thella dirigierte. Darum
machte die Tauchaer das Ständchen mit. Man setzte dann in
Thella, zum Schluß in Vortitz. Angeheert brach um 12 Uhr
nachts das Häuflein Sänger auf. Es soll nun etwas laut
zugegangen und zu einem Konzert mit dem
Orchestersolisten gekommen sein. Ausschreitungen und Ge-
waltthatigkeiten sind nicht vorgekommen. Und das soll Landes-
friedensbruch sein? Da erinnern wir uns der Nacht vom
25. Januar. Nicht nur im Kaufhause der Hottentottenstimmung,
sondern im Kaufhause schloß sich zogen jöhnd Studenten und
deutsch-nationale Jünglinge durch die Straßen Leipzigs. Vor dem
Volksbühnenbräuerei brachte sie die Polizei mit Mähe
zurück, sie kamen jöhnd, pfeifend, singend
und brüllend wieder. Von einem Eingreifen der Gerichte
hat man später nichts gehört! Das waren die „Nationalen“. Hier
sind es sozialdemokratische Arbeiter. Und da soll
Landesfriedensbruch vorliegen. Wir haben gleiches Recht in Sachsen!
Wer wagt es zu bezweifeln? —

Die Anarchie in der reichsländischen Regierung

ist anlässlich des vor einiger Zeit in Mex abgehaltenen
Eucharistischen Kongresses eingedrungen. Wir berichteten seinerzeit,
daß die Regierung der gelegentlich des Kongresses veranstalteten
Projektion keinerlei Hindernisse in den Weg legte, obwohl ein altes
französisches Gesetz die Projektionen in Orten mit verschiedener
konfessioneller Bevölkerung verbietet. Wir sind keine Freunde
derartiger die Freiheiten des Volkes einschränkender Gesetze, um-
so mehr als andere ähnliche Gesetze bei Anzügen der Klassen-
bewußten Arbeiter mit aller Schärfe angewandt werden. Aber
das Gesetz besteht nun einmal und so hätte man wohl erwarten
können, daß es von der Behörde angewandt werde. Da dies nicht
geschah, so reichte das Reich Konsistorium der evangelischen Kon-
fession Protest gegen die Projektion beim Regierungspräsidenten
von Mex ein. Der Reichs-, den dieser daraufhin an den Kon-
sistorialpräsidenten gab, ist klassisch. Er lautet:

„Ev. Hochwürden beehrte ich mich, den Empfang des Protest-
schreibens betreffend Abhaltung einer öffentlichen Projektion in
Mex vom 1. August 1907 Nr. 888 ergebenst zu bestätigen.“

Eine Aenderung der durch die gesetzlichen Be-
stimmungen gebotenen Auffassung ist keineswegs ein-
getreten. Die Projektion ist vielmehr nur ausnahms-
weise geduldet worden, weil es sich um eine außer-
ordentliche Feierlichkeit handelte und die Projektion als ein
Bestandteil des Eucharistischen Kongresses zu betrachten war.
Graf Zeppelin.“

Leben wir denn in einem Rechtsstaat? So fragt man sich
unwillkürlich, wenn man sieht, mit welcher Eleganz sich die Re-
gierung über einen vollendeten Rechtsbruch hinwegsetzt!

Von der Würgung in Kamerun.

Das Gouvernément in Duba meldet über die Bewegung
in Adamaua folgendes: Die Bewegung ist mit dem Tode
eines Kalams (Wanderprediger), der bei Djabale einen Tagemarsh
büßlich von Garua fiel, als vorläufig beendet anzusehen. Eine
örtlich beschränkte Erhebung zwischen Garua und Ngaundere
wurde niedergeworfen. Vier Hauptanführer des Kalams wurden
in Uboa, drei Tage südlich von Garua, hingerichtet. Auch
der durch den Lamido (Hauptling) von Garua gefangen ge-
kommene Fullah Mahdi, der Anführer der ganzen Bewegung,
wurde hingerichtet. Die Bevölkerung der Lamidate (Hauptlings-
schaften) bei Duba und Ngaundere ist noch erregt;
jedoch haben die beiden Lamidos sich als regierungstreue
erwiesen. Die Bewegung hatte einen allgemeinen europäer-
feindlichen Charakter. Im südlichen Benuébogen bei
Jola (zu dem englischen Nordnigerien gehörig) wurden Send-
linge der Senuusi-Sekte festgesetzt. Am 18. d. M. ist ein
Transport von 80 Mann mit einem Maschinengewehr unter
Hauptmann v. Krogh über Durumi nach Garua in Bewegung ge-
setzt worden. Diese Verstärkung soll in der Hauptstadt die
Residentur Adamaua insstand setzen, der deutsch-englischen Grenz-
egrenzung für die Strecke von Jola nach den Großhändlern, die
am 9. d. M. unter Major Häring die Anreise von Hamburg an-
getreten hat und auf ein bis zwei Jahre berechnet ist, das nötige
Begleitkommando zu stellen. Nach Eintreffen der Verstärkung wird
aber auch eine Klärung der Lage in den Lamidaten
Rei Duba und Ngaundere möglich werden. Eine
weitere Verstärkung hält die Regierung nicht für unnötig. An der
Küste ist alles ruhig.

„Vorläufig“ ist also durch eine Reihe von Hinrichtungen
„Ruhe“ geschaffen, doch dauert die Erregung in mehreren
Hauptlingschaften noch fort. Doch soll nach Eintreffen von Ver-
stärkungen weitere „Klärung“ geschaffen werden.

Sollen wir, daß diese „Klärung“ nicht in allzu rigoroser Weise
vor sich geht, damit nicht, wie in Südwestafrika, die Empörung der

ohnehin europäerfeindlich gesinnten Eingeborenen schließlich auch die
Hauptlinge mit in die kriegerische Stimmung hineinreißt!

Nur äußerste Maßhalten und möglichste Scho-
nung der Eingeborenen können den Ausbruch weiterer Unruhen
verhüten! —

Berichtigung. In dem Leitartikel: „Das Zentrum und das
Landtagswahlrecht“ der gestrigen Nummer hat sich ein fälschlich
stehender Druckfehler eingeschlichen. In der ersten Spalte, 24. Zeile
von unten muß es „latonische Liebeserklärungen“ statt „lati-
nische Liebeserklärungen“ heißen. —

Schweiz.

Die Scharfmacher an der Arbeit.

Jürich, 25. August. (Fig. Ver.)
In unserer Stadt stehen seit vier Monaten die Spengler
im Streik für den Neunstundentag und andere Verbesserungen ihrer
Arbeitsbedingungen und da sie nun eine Genossenschafts-
spenglerei errichtet haben, die bereits 22 Arbeiter beschäftigt,
so ist die Erregung der Spenglermeister aufs höchste gestiegen. Die
immer die Unternehmer, machen auch die Jüricher Spenglermeister
für ihre „Not“ andere verantwortlich und zwar unseren Genossen
Vogelwanger, den Polizeichef der Stadt Jürich. Er läßt nicht
wie sein Vorgänger die städtischen Polizisten als losgelöste Ketten-
hunde auf die streikenden Arbeiter los und darum muß er schuld
daran sein, daß der Spenglerstreik noch immer nicht mit einer
Niederlage der Arbeiter beendet worden ist. Die Spenglermeister
richten deshalb folgenden bodenlos perfiden offenen Brief im
Inferatenteil des Jüricher „Tages-Anzeiger“ an Vogelwanger:

„Herr Polizeivorstand und Stadtrat! Sie haben bei Ihrer Wahl
zirka 19 000 Stimmen auf sich vereinigt, von denen mehr als die
Hälfte von Bürgerlichen stammen, welche glaubten, einen un-
parteiischen Volksvertreter gewählt zu haben.“

„Heute können wir konstatieren, daß zweierlei Recht gilt, daß
Ihre Parteigenossen Befehle und Verordnungen nach Belieben über-
treten können und erst auf energische Reklamationen und Klagen
von seiten der Belästigten der eine oder andere vor Gericht gezogen
wird, um möglichst schonend behandelt zu werden.“

„Haben Sie etwa Furcht? Furcht vor jener Schmutzpresse, der
nichts mehr heilig ist, welche die Regierung und alles, was der
Schweizer hochhält, schon durch bestrafte Individuen angeifert.
Furcht vor jener Presse, welche die Epigonen rühmt und hochloben
läßt, und den ehrlichen, rechtschaffenen und fleißigen Menschen mit
Rot beweißt.“

„Wenn dem so wäre, Herr Polizeivorstand, dann würden Sie
besser tun, Ihr verantwortungsvolles Amt niederzulegen, um es
Männern zu überlassen, welche die Befehle nicht nur kennen, sondern
auch handhaben, ohne durch die Parteibrille zu sehen, und gleiches
Recht für alle walten lassen.“

„Wenn Sie das nicht wollen, dann tun sie besser, wenn Sie die
Regendörfer Pensionäre (Ruchthandssträflinge) laufen lassen und die
rechtschaffenen Menschen einsperren, damit sie vor den Strohen
sicher sind.“

Kant. Spenglermeisterverband Jürich.

Rur das eine sei zu diesem traurigen Pamphlet bemerkt, daß
die Mehrzahl der auf Vogelwanger bei der letzten Stadtratswahl vor
zirka drei Monaten gefallenen 19 000 Stimmen sozialdemokratische
Stimmen waren.

Die wildgewordenen Spiehbürger im Jüricher Spenglergewerbe
taten noch ein übriges und schickten ihre ausländischen Genossen mit
einer Eingabe an die zürcherische Justiz- und Polizeidirektion vor,
in der sie das Verlangen nach Entfernung der Streik-
posten wiederholen und zwar unter Berufung auf die Staats-
verträge, die jedem den ungehinderten Erwerb zusichern. „Sollte
dem Begehren, so heißt es weiter in der Eingabe, nach Entfernung
der Streikposten, die die Meister materiell schädigen, nicht entsprochen
werden, so würden sich die Meister an ihre Gesandtschaften
in Bern wenden und von dort durch
Intervention Abhilfe verlangen.“

In der Eingabe wird auch unser Genosse Vogelwanger als
Stadtrat und Polizeichef heruntergemacht von — ausländischen
Spenglermeistern.

Die kantonale Justiz- und Polizeidirektion hat das Gesuch ab-
gelehnt, da die zürcherische Bürgererschaft darüber zu entscheiden hat,
was in Jürich geschehen oder unterlassen werden soll, und nicht
die Regierungen in Berlin, Wien und Rom oder ihre Gesandtschaften
in Bern.

Handelte es sich um ein ähnliches Vorgehen ausländischer Ar-
beiter, die bürgerliche Presse würde eine noch nicht dagewesene
fanatische Ausländerhetze betreiben und massenhafte Opfer fordern.
Gegen das maßlos freche Vorgehen der ausländischen Spengler-
meister erhebt sich aber keine einzige bürgerliche Stimme.

Das schweizerische Unternehmertum hat den traurigen Ruhm,
an der Spitze der Scharfmacher aller Länder zu marschieren.

Die Berner Mädchen gegen die Dorfmatadoren.

Jürich, 27. August. (Fig. Ver.)
Wir haben von der ungläublichen Dreistigkeit des Gemeinderates
von Raubergund im Berner Oberland berichtet, mit der
er den Mädchen bei Strafe polizeilicher Verhaftung und weiterer
Folgen verbot, mit italienischen Arbeitern zu tanzen, zu trinken oder
zu spazieren. Dagegen lehnen sich die Mädchen energisch auf. Sie
erklären, daß sie selber wissen, was sie zu tun und zu lassen haben.
„Wenn ein Mädchen mit einem Durchein, auch wenn es ein aus-
wärtiger sei, tanzen wolle oder auch ein Glas Wein zu trinken gehe,
so werde es, wie die Mädchen sagen, niemand fragen; das sei ihre
Sache, mit wem sie tanzen und trinken wollen.“

Auch die Herren Ingenieure fühlen sich durch den Was Be-
leidigt, da sie meist Franzosen sind und sich somit auch zu den
„fremden Elementen“ zählen, deren Umgang die Mädchen meiden
sollen.

Diese Aufsehung der Mädchen, die sich mit Recht verletzt fühlen
durch die Arroganz der Dorfmatadoren, ist erfreulich, umso mehr, als
sich die männlichen Einwohner gegen die unerhörte Bevormundung
ihrer weiblichen Angehörigen nicht gewendet haben. War sie ihnen
der „unbequemen Konkurrenz“ der fremden Elemente wegen vielleicht
gerade recht? —

Italien.

Florenz, 30. August. Hier haben neue antikerikale
Unruhen stattgefunden. Die Volksmenge versuchte die Eisbahnhöfe
in Brand zu stecken, wurde aber durch die einschreitende
Gendarmen daran gehindert. Zahlreiche Verhaftungen
wurden vorgenommen.

Indien.

Kalkutta, 27. August. Bei der gerichtlichen Verhandlung gegen
zwei Nationalfreiwillige, die verhaftet wurden wegen Angriffs auf
die Polizei bei Gelegenheit der Vorkostjahrestiere, veranlaßte
eine Anzahl Studenten einen großen Tumult. Sie wurden auf
die Straße getrieben, wo es zu einem neuerlichen Zusam-
mentreffen mit der Polizei kam; schließlich wurden sie durch be-
reitete Polizei auseinandergetrieben. — Der Führer der Rabakalen,
Bepin Pal, der als Zeuge in der Aufrehrungsangelegenheit ver-
nommen wurde, verweigerte ungeachtet der Warnung des Vor-
sitzenden jede Aussage gegen die Zeitung „Wandemataram“. Er
wird sich jetzt unter der Anklage der Mißachtung des Gerichts-
hofes zu verantworten haben. — Fünf National-Frei-
willige stehen in Ghondpur den Zivilwundarzt Comilla in den
Fluß; derselbe entging mit knapper Not dem Tode des Ertrinkens.
— Der Plantina-Wund in Behar befindet sich in großer
Erregung, weil der oberste Gerichtshof in Kalkutta das Todes-
urteil aufgehoben hat, welches über die Männer, die
den Pfleger Bloomfield toteschlugen hatten, gefällt war. —

Amerika.

Die Japaner in Kanada.

Seitdem ihnen die Vereinigten Staaten verschlossen sind,
kommen die japanischen Arbeiter in Massen nach Kanada. Der Zu-
strom ist seit einigen Monaten so stark geworden, daß er unter der
sanftmütigen Arbeiterbevölkerung große Beunruhigung hervor-
gerufen hat. Es soll verhängt werden, die Regierung
in Tokio zu veranlassen, daß sie freiwillig die Aus-
wanderung nach Kanada beschränke, wie es 1899 geschah,
als Japan das Zugeständnis machte, nicht mehr wie 500 bis
600 Arbeiter pro Jahr nach Kanada auswandern zu lassen. Von
der Legislatur aus ist schon öfter ein Verbot der japanischen
Einwanderung beschlossen worden, aber die Regierung legte immer
ihre Veto ein, um die guten Beziehungen zwischen den Ländern
nicht zu stören.

Aus der Partei.

Zur Frage des Preßbüreaus.

Das Kaffeler „Vollblatt“ widmet dem Preßbüreau
in seiner letzten Nummer einen Leitartikel. Es erkennt darin an,
daß die Aufgaben, die dies Büreau zu erfüllen habe, „zwar
skizziert werden müssen“ (der Sperrdruck des Wortes „müssen“
stammt aus dem „Vollblatt“ selbst), allein es macht trotzdem selbst
nicht einmal einen Versuch, sich dieser Aufgabe zu unterziehen. Es
begnügt sich mit der Bemerkung, daß der private Fürsorge-
Entwurf von fünf der befähigten parteigenösslichen Journalisten
ausgearbeitet worden sei und — trotzdem ihm das „Vollblatt“
nicht in allen Teilen zustimmen könne — doch zweckmäßiger erscheine,
als der Entwurf des Parteivorstandes.

Das ist alles, was das Kaffeler Parteiblatt über die Aufgaben
des Preßbüreaus zu sagen hat!

Im übrigen wendet es sich gleich der „Sächsischen Arbeiter-
zeitung“ gegen die vermeintliche „Gespenssterei“. Es schlägt
seinen Artikel mit dem Trumps:

„Vergißt man nicht, daß an die Redakteure der kleinen
Blätter in der Provinz in Bezug auf agitatorische und organi-
satorische Tätigkeit naturgemäß viel höhere Anforderungen gestellt
werden, als an die Kollegen in den großen Parteizeitungen, dann
liegt klar zutage, wie hilflos für sie ein von journalistisch
unfähigen Sozialdemokraten geleitetes Preßbüreau sein
könnte.“

Aber — — könnte nicht ein reibungslos angeordnetes
Redaktionsbureau schließlich einer radikalsten Redaktion ein
Ausküßel ins Nest legen?

„Difficile est satiram non scribere“ — sagt der Lateiner.
Ein Donnerwetter möge die Gespenssterei und Ge-
spenssterei hosen! — werden hoffentlich bald die sozial-
demokratischen Arbeiter sagen.“

Wir halten die Arbeiter denn doch für zu geschult, als daß sie
nicht einsehen, daß mit ein paar burlesken Redensarten eine
wichtige Parteifrage, die ebenso gründlich wie sachlich zu
diskutieren ist, nicht als erledigt gelten kann!

Im vorteilhaftesten Gegensatz zu den Auslassungen der
„Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ und des Kaffeler
„Vollblattes“ steht ein Artikel, mit dem die Leipziger
Vollzeitung eine Erörterung der Frage des Preßbüreaus beginnt.
„Eine Partei- und Preßfrage“ nennt das Blatt mit
Recht das Problem. Die „Leipziger Vollzeitung“ be-
zieht auf eine Erörterung des Vorschlages des Fürsorgetourbes,
das Preßbüreau mehr oder minder zu einem Organ der „Selbst-
verwaltung“ der Parteipresse zu machen. Dies Projekt könne
bereits als begabten gelten. Ueber den Entwurf des Partei-
vorstandes macht unser Leipziger Parteiorgan dann folgende
Ausführungen:

„Wir wollen uns hier nicht näher über die Parteifor-
schonung verbreiten, über deren Wert unser Wissen die An-
sichten innerhalb der Partei weit auseinandergehen; bei ihr
handelt es sich nicht um eine prinzipielle Frage, sondern darum,
ob sie technisch mehr oder weniger gut gemacht wird. Es ist eine
Personenfrage, deren Erörterung hier ausbleibt. Auch bei dem
dritten Punkt des § 2 wollen wir nicht verweilen, da es hier
wesentlich auch nur auf die technische Ausführung ankommt; gegen
den Gedanken selbst ist nichts einzuwenden.“

Dagegen bedarf der zweite Punkt des § 2 einer ungleich
scharferen und, wie wir ohne Bedenken hinzufügen, einer ungleich
engeren Prüfung. Ein solch komplizierter Nachrichtendienst, wie er
hier vorgelesen ist, vertritt sich nicht mit dem Wesen der Parteip-
resse, die keine Nachrichten, sondern eine Propagandapresse
ist. Deshalb ist es auch keine Schande, sondern eine Ehre für
uns, daß unsere Blätter im Nachrichtendienst hinter den bürger-
lichen Blättern zurückstehen. Dieser Nachrichtendienst ist ein
wesentlicher und vielleicht der wesentlichste Teil der bürgerlichen
Preßkorruption geworden; die umfangreichen Preßbeteiligungen,
deren sich der Besitzer und der Handelsredakteur der „Frank-
furter Zeitung“ in den Gründerjahren erfreuten, haben dies Blatt
politisch nicht so in Grund und Boden korumpiert, wie sein „be-
rühmter“ Nachrichtendienst, von dem die „Frankfurter Zeitung“
kürzlich mit immerhin anerkannterwehrender Selbsterkenntnis sagte,
daß die Ware die Flage bedeuten müsse. Man lese einmal acht Tage
lang die Berliner Nachrichten dieses Blattes, die in der Tat so zu-
verlässig sind, wie unter den heutigen Verhältnissen, wo die so-
genannte aktuelle Politik in einem verhältnismäßig engen Kreise von
Personen gemacht wird, Nachrichten nur immer sein können, und
wer sich dabei nicht vor Eitel schüttelt über all den elenden Matsch
und Kram, der mich schon Verden wie ein Schiffstau haben. Das
größte und potenteste Blatt der bürgerlichen Presse als Schlep-
penträgerin des ostelbischen Junktums, dies ist das widerliche
Jerbild, zu dem der Nachrichtenaktus der bürgerlichen Presse geführt
hat. Und dabei wahrlich die „Frankfurter Zeitung“ unter den „be-
rühmten“ Nachrichtenblättern dieser Art immerhin noch ein gewisses
politisches Deforum.

Gewiß — zu diesem Nachrichtenaktus sind die bürger-
lichen Blätter durch die Peitsche des kapitalistischen Konkurrenz-
kampfes gezwungen. Sie können nicht anders, auch wenn sie
anders wollten. Aber die Arbeiterpresse steht nicht unter
diesem traurigen Zwange, und deshalb muß sie sich hüten, auch
nur den ersten Schritt auf einem Wege zu tun, dessen letzter
Schritt eine politische Korruption der ärgsten Art sein würde.
Es ist selbstverständlich, daß kein Mensch in der Partei solche Zu-
stände, wie sie gerade in den namhaftesten Organen der
bürgerlichen Presse hervortreten, herbeiführen will; obgleich es
schon ganz selbstverständlich ist, so wollen wir doch ausdrücklich
hinzufragen, daß wir auch jenem privaten Entwurf einiger Re-
dakteure, der dem geplanten Nachrichtenbureau die bedenkliche Auf-
gabe zuerteilen will, „über die Unterströmungen der
Politik, über das, was im Werden sei“, Nachrichten zu
sammeln, nichts anderes unterstellen, als die wohlmeinende Absicht,
den Vorrang einzuholen, den die bürgerliche Presse im Nach-
richtendienst vor der Parteipresse voraus hat, einen Vorrang,
von dem auch wir anerkennen, daß er bis zu einem gewissen
Grade die sozialdemokratische Propaganda schädigt.“

Was wir beabsichtigen, ist nur eine scharfe Abgrenzung der
Frage, bis wie weit hier Abhilfe geschaffen werden kann,
ohne ungleich wichtigere Fragen der Parteitagitation zu schädigen,
bis wie weit eine Propagandapresse, was unsere Presse noch
unser aller Willen ist und bleiben soll, eine Nachrichtenpresse
werden kann. Darüber müssen wir uns klar
sein, ehe das neue Bureau eingerichtet wird.
Nicht als ob wir fürchteten, daß es jemals auf diesem Wege
zu einer wirklichen Preßkorruption innerhalb der Arbeiterbewegung

kommen könnte, sondern um die Streitigkeiten und Verwirrungen zu vermeiden, die der erste Schritt auf solchem Wege, dessen Umfangbarkeit sehr bald erkannt werden würde, nach sich ziehen müßte. Und die Grenzen, die hier gezogen werden müssen, sind allerdings unseres Erachtens in dem Entwurf des Parteivorstandes nicht scharf genug gezogen."

Zum Essener Parteitag.

Das „Berl. Tagebl.“ behauptet in seiner gestrigen Abendnummer, daß der sozialdemokratische Parteitag in Essen unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagen wird. Es seien nach der „Dortm. Arb.-Ztg.“ nur von einigen wenigen bürgerlichen Blättern Vertreter zugelassen, die schon ausgewählt seien. Diese Meldung ist durchaus unzutreffend. Der diesjährige Parteitag wird genau so gut öffentlich tagen wie seine Vorgänger. Ueber die Zulassung der Journalisten hat der Parteivorstand zu bestimmen, der nicht gewillt ist, lediglich aus Gründen der politischen Gegnerschaft bürgerlichen Journalisten einen Platz am Pressefische zu versagen.

Gewerkschaftliches.

„Schwerste Strafe demjenigen...!“

Eine Illustration zu dem bekannten Kaiserworte liefert die neueste Nummer der „Arbeitgeber-Zeitung“. An besonders exponierter Stelle bringt sie in schwarzer Umrahmung groß gedruckt folgenden Erlaß:

Deutscher Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Köln a. Rh. u. Umg. in Köln (G. B.)
Geschäftsstelle: Ruffhäuserstraße 18.

Infolge der von den Arbeitgeberverbänden in Aachen, Berlin, Aachen usw. gemachten Mitteilungen, daß in Köln eine Anzahl Arbeiter aus diesen Orten, die sich im Lohnkampf befinden, beschäftigt würden, hat der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Köln eine persönliche Revision der Lohnlisten bezw. der Invalidentarife bei seinen Mitgliedern durch den Geschäftsführer vornehmen lassen, die über 8 Tage in Anspruch nahm. Es müßte leider konstatiert werden, daß 7 streikende Arbeiter in Köln eingestellt worden waren, die aber nach der Revision sofort zur Entlassung kamen. Mit Rücksicht hierauf möchten wir empfehlen, an allen Orten derartige persönliche Revisionen vornehmen zu lassen, da hierdurch den Ausständigen es immer mehr und mehr erschwert wird, anderswo in Arbeit zu kommen. Der Vorstand.

Ob sich wohl ein Staatsanwalt findet, der auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung dem Arbeitgeberverband die Anklage zustellt?!

Berlin und Umgegend.

Die beiden Berliner Bäckerinnungen beabsichtigen gemeinschaftlich mit 15 Innungen der Berliner Vororte einen Zentralarbeitsnachweis für Bäcker zu errichten. Diesbezügliche Beschlüsse sind in den Generalversammlungen beider hiesigen Innungen gefaßt worden. Die Gesellensauschüsse dieser Innungen haben jedoch und zwar mit Recht die Zustimmung zur Errichtung des geplanten Zentralarbeitsnachweises verweigert. Die Gesellen verlangen die Errichtung eines paritätischen Zentralarbeitsnachweises, in dessen Verwaltung die Gesellen und Meister in gleicher Anzahl vertreten sind, während den Vorsitz ein Unparteiischer, der weder Arbeiter noch Arbeitgeber sein darf, führen soll. Hieron wollen die Innungsmeister nichts wissen. Sie sind zwar damit einverstanden, daß 6 Meister und 6 Gesellen von den Beteiligten in die Verwaltung gewählt werden, verlangen aber, daß die Innungen einen hiebenden Meister als Vorsitzenden wählen. Dringen sie damit durch, so würde den Innungsmeistern die Majorität in der Verwaltung gesichert sein. Die 6 Gesellensvertreter würden von den 7 Vertretern der Innungen wohl regelmäßig überstimmt werden. Gegen diese Vorzugung der Meister erheben die Gesellensauschüsse berechtigten Widerspruch.

Die Angelegenheit wird voraussichtlich die Gewerbe-Deputation des Magistrats in ihrer nächsten Sitzung beschäftigen, da die Innungen bei der Gewerbe-Deputation beantragen, daß diese als Aufsichtsbehörde der Innungen, die von den Gesellensauschüssen verweigerte Zustimmung zu den Innungsbeschlüssen, den Zentralarbeitsnachweis betreffend, ihrerseits ergänzen soll.

Deutsches Reich.

In der Rothenfelder Blechwarenfabrik in Bad Rothenfelde haben am 20. August 1907 sämtliche Schlosser, Schweißer, Klempner, Schmiede und Maschinenarbeiter die Arbeit niedergelegt. Seitens der Arbeiterschaft und der Organisationsvertreter sind die eingeleiteten Einigungsverhandlungen ergebnislos verlaufen. Die Direktion stellte sich auf den Standpunkt: Erst die eingereichte Kündigung zurücknehmen und dann über die einzelnen Forderungen, die nur eine geringe Erhöhung der Stundenlöhne bezwecken, in eine wohlwollende Prüfung einzutreten. Da zweifellos seitens der Firma Anstrengungen gemacht werden, um Arbeitswillige heranzuziehen, bitten wir, den Bezug nach Bad Rothenfelde unter allen Umständen fern zu halten.

Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Bielefeld.

Zur Bergarbeiterbewegung im Leipziger Becken.

Die bürgerliche Presse sucht, anscheinend werkspezifisch inspiriert, gegen die Forderungen die Öffentlichkeit scharf zu machen. Unter anderem soll die neunstündige Arbeitszeit auf den meisten Gruben bereits bestehen. Demgegenüber ist darauf zu verweisen, daß von den 34 in Frage kommenden Werken 5 Schächte — und diese nur besonderer Umstände halber! — achtstündig arbeiten, auf 4 Gruben besteht die Neunstundenschicht und 25 Gruben arbeiten mit 10 und mehr Stunden täglich! Die Neunstundenschicht wird übrigens da, wo sie besteht, durch massenhaftes Ueberschichtenwesen illusorisch gemacht. Dann wird nochmals krampfhaft auf die famosen Arbeiterauschüsse verwiesen. Diese „Auschüsse“ existieren größtenteils aber überhaupt nicht, wo welche sind, dienen sie lediglich als Dekoration, und zum Teil rekrutieren sie sich aus Beamten.

Die Forderung nach besseren hygienischen Einrichtungen ist den Herren vom „Verein für die bergbaulichen Interessen usw.“ anscheinend besonders auf die Nerven gefallen. Sie beiseiten sich, durch den Mund der Bergpresse zu versichern, daß „gesundheitliche Einrichtungen überall nach Möglichkeit geschaffen wurden“. Das soll auch seitens der Behörden „jederzeit“ anerkannt worden sein. Wie „hoch“ der zuständige staatliche Aufsichtsbeamte die Arbeitgeber des ihm unterstellten Bezirks in bezug auf Beachtung gewerblicher Schutzgesetze einschätzt, geht aus einer Stelle seines Berichtes an die Regierung hervor. Herr Bergart Seemann führt nämlich die Abnahme jugendlicher Bergarbeiter auf die Unlust der Arbeitgeber zurück, Leute zu beschäftigen, die sie zur Einhaltung gewisser Schutzbestimmungen zwingen. Der Bergart fährt dann fort:

„Vergleute, die eine saubere und gewissenhafte Arbeit verrichten... können auf diese Weise nur höchst selten herangezogen werden; der Bergbau erfordert aber Leute, die in ihn hineingeworfen sind und in ihm ständig fortgeleitet haben, und so ist es nicht zu verwundern, wenn die Unfallstatistik immer ungünstigere Zahlen aufweist.“

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: ...

Außerdem mußte der Beamte auf Grund der Anzeige von Vergleuten erst kürzlich die plötzliche Revision eines Wertes vornehmen. In Wirklichkeit spotten die Zustände in gesundheitslicher Beziehung jeder Beschreibung. Die Badeanstalten sind in miserablen Zustände, in den Schächten fehlt an Trinkwasser, Abortläbel sind unbekannte Begriffe. Es fehlt an Transportmitteln für Unfallverletzte, Verbandzeug ist oft laum zu haben und Werkzeuge schwer zu erreichen. Die Gebirgs- (Alford-) Säge werden einseitig festgestellt und sind so niedrig, daß nur unter Zuhilfenahme von Ueberschichten und Sonntagsarbeit in ausgedehntem Maße etwas zu verdienen ist.

Deshalb werden sich die Bergarbeiter des Leipziger Beckens auch nicht irren lassen und an ihren Forderungen festhalten. Trotz der Ausstreunungen des Unternehmerhonditats und seiner Preßel

Vom Streik der Hamburg-Altonaer Elektriker.

Die Arbeitseinstellung ist so ziemlich allgemein erfolgt; nur in wenigen Werkstätten hat man „unter der Hand“ ein Abkommen getroffen. Am Freitagnachmittag betrug die Zahl der ausständigen Monteurs und Hilfsmonteure 414, während in 28 Firmen nach den neuen Bedingungen gearbeitet wird.

Mühlungene Einigungsverhandlungen.

Die Heizungs- und Wasser- in München haben vor einigen Wochen der süddeutschen Gruppe des Verbandes der Deutschen Heizungsindustriellen und dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe einen Tarifentwurf unterbreitet, der in einigen Sitzungen bestehend aus der Lohnkommission und der Kommission der Industriellen durchberaten wurde. Nach 12stündiger Verhandlung kam gestern eine Vereinbarung zustande, die von der Lohnkommission den Kollegen zur Annahme empfohlen werden sollte. Als das gleiche von der Arbeitgeberkommission verlangt wurde, erklärten die Arbeitgeber, daß die getroffenen Vereinbarungen nur für die betroffenen Firmen gelten, da die Arbeiter bei den übrigen Firmen keine Forderungen gestellt hätten. Der vom Deutschen Metallarbeiterverband eingereichte Vertragsentwurf könne nicht als Forderung anerkannt werden (!) da dem Deutschen Metallarbeiterverband das Recht abgesprochen werden müsse, für die Arbeiter der Heizungsbranche überhaupt Forderungen zu stellen! Dies könnten nur die Arbeiter jeder einzelnen Firma tun! Da nicht einmal die bei den Einigungsverhandlungen mitwirkenden Firmen für Anerkennung der Vereinbarungen zu haben waren, blieb der Arbeiterkommission nichts anderes übrig als die Verhandlungen abzubrechen. Der Verband der Heizungsindustriellen, sekundiert vom Verband bayerischer Metallindustrieller, hat die Arbeitgeberkommission in diese unruhliche Stellung gedrängt und hat somit auch die Verantwortung zu tragen.

Ausland.

Bergarbeiterstreik in Portugal.

Zweitausend Arbeiter der Minen von Sao Domingos (Provinz Alentejo), die den achtstündigen Arbeitstag fordern, sind heute in den Ausstand getreten.

Verfassungen.

Vierter Wahlkreis.

Der Wahlverein hielt am Dienstag in Kellers Saal eine Generalversammlung ab. Zur Verhandlung kam zunächst ein Antrag auf Ausschluß des Genossen Pege. Rigbuh führte als Berichterstatter der Beschlussemission aus, der Antrag werde damit begründet, daß Pege, der Tischlermeister ist, während der Holzarbeiterausperrung auf der Seite des Arbeitgebersverbandes gestanden und die von ihm beschäftigten Arbeiter ausgespart hat. Die Kommission hat die Angelegenheit untersucht, sie befürwortet den Ausschluhantrag und der Vorstand ist derselben Ansicht. — Pege suchte in längeren Ausführungen den Ausschluhantrag als unbegründet hinzustellen. Daß er die Aussperrung unter Führung des Herrn Bahardt mitgemacht hat, bestritt Pege nicht. Er meinte aber, daß sei kein Ausschlußgrund, denn er habe, indem er als Arbeitgeber für seine wirtschaftlichen Interessen gegen die Arbeiter kämpfte, nicht gegen das Parteiprogramm verstoßen. (!) Wenn ihm nicht nachgewiesen werde, gegen welche Punkte des Programms er verstoßen habe, so würde sein Ausschluß ein Akt von Klassenjustiz sein. Weiter bestritt sich Pege darauf, daß er seit 35 Jahren der Partei angehöre, daß er schon unter dem Sozialistengesetz für die Partei gearbeitet habe und infolgedessen ausgewiesen worden sei. Er habe stets treu zur Partei gehalten. Jetzt werde ihm zum Vorwurf gemacht, daß er als Arbeitgeber der Organisation seiner Berufsgenossen angehöre. Er sei als Arbeitgeber stets befreit gewesen, die von ihm beschäftigten Arbeiter so gut zu stellen, als es ihm nur möglich war. Aber die Arbeiter hätten in ihm nicht den Genossen, sondern nur den Arbeitgeber gesehen. Dadurch sei er schließlich in die Organisation der Arbeiter gedrängt worden. Nach den Gründen, die für seinen Ausschluß geltend gemacht werden, dürfe ein Arbeitgeber der sozialdemokratischen Organisation überhaupt nicht angehören.

Seine Irrat den Ausführungen Peges entgegen. Unter anderem sagte er, konsequent wäre es allerdings, wenn Arbeitgeber einer sozialdemokratischen Organisation nicht angehören, denn der unvereinbare Interessengegensatz, der zwischen Arbeitern und Arbeitgebern besteht, würde den Arbeitgeber früher oder später doch in Konflikt mit den sozialdemokratischen Anschauungen bringen. Pege habe durch seine Handlungsweise bei der Aussperrung sowie durch seine heutigen Ausführungen gezeigt, daß er trotz seiner langjährigen Parteimitgliedschaft den Kern der sozialdemokratischen Anschauungen nicht begriffen habe. Die Aussperrung der Holzarbeiter sei ein brutaler Akt der Unternehmung gewesen. Pege habe sich dabei auf die Seite der Scharfmacher gestellt, er habe sich mit der herrschenden Klasse solidarisch erklärt und könne deshalb nicht mehr zu uns gehören.

Nachdem noch Wolfrach für den Ausschluhantrag gesprochen hatte, wurde derselbe mit großer Mehrheit angenommen.

Der Vorsitzende, Genosse Mann, teilte mit, daß noch eine Reihe von Ausschluhanträgen gestellt sind. Ein Teil der davon Betroffenen ist bereits freiwillig ausgetreten, die anderen sind schon so lange mit den Beiträgen im Rückstande, daß sie nicht mehr als Mitglieder gelten können; es fehlt somit an einer Handhabe für das Ausschlußverfahren. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, daß die Namen der Betroffenen im „Mitteilungsblatt“ bekannt gegeben werden. — Tageszieher Schröder, Raumbst. 4, der vor 1 1/2 Jahren wegen Vertrauensbruchs ausgeschlossen wurde, hat seine Wiederaufnahme beantragt; der Vorstand lehnt dieselbe jedoch ab.

Hierauf ging die Versammlung zum zweiten Punkt der Tagesordnung über: Vortrag des Genossen Wehl über Kommunalpolitik. Der Redner verwies auf die bevorstehenden Kommunalwahlen. Bei unserer Agitation auf diesen Wahlen können wir eines Auspruchs des konservativen Professors Adolf Wagner eingedenk sein, welcher sagte: „Berlin ist die langsamste, rückständigste und rückschrittlichste Stadt.“ Dieser Ausspruch treffe in der Tat das Richtige. Daß Berlin die langsamste, rückständigste und rückschrittlichste Stadt ist, sei Schuld der Vertreter der herrschenden Klasse, welche die Mehrheit in der städtischen Verwaltung haben und ihrem Klassenstandpunkt gemäß alles befürworten, was geeignet ist, den kapitalistischen Interessen zu dienen, dagegen aber alles ablehnen, was den kapitalistischen Interessen zuwiderläuft. An einer Reihe von Tatsachen wies der Redner nach, daß es unseren Parteigenossen in der Stadivereordneten-Versammlung, obgleich sie

nur eine kleine Minderheit bilden, doch gelungen sei, durch ihre positive Arbeit manche Verbesserungen im Interesse der großen Masse der Bevölkerung zu schaffen.“ Mit einer Aufforderung zur regen Wahlpartizipation schloß der Redner seinen beifällig aufgenommenen Vortrag. — In der Diskussion brachte Genosse Gries einige Mißstände in der öffentlichen Krankenfürsorge zur Sprache. Als dritter Punkt stand die Regelung des Gehalts der Angestellten des Wahlvereins auf der Tagesordnung. Ohne Debatte stimmte die Versammlung einem Vorschlage der Funktionäre zu, welcher dahin geht, den Angestellten ein Anfangsgehalt von jährlich 2000 M. zu gewähren, welches jährlich um 100 M. bis zur Höchstgrenze von 2500 M. steigt.

Der Verband der Bäcker hielt am Dienstagnachmittag eine Mitgliederversammlung in den Ruffhäuser Alen ab. Heinrich Ströbel sprach über: „Die gegenwärtige politische Lage und die deutschen Zentralverbände“. Er zeigte die Wichtigkeit und Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation und spornete die Anwesenden an, ihre Gewerkschaften zu stärken und die politischen Organisationen nicht zu vergessen, um mitzuhelfen an den großen politischen Aufgaben der Arbeiterklasse. Unter diesen Aufgaben stehe gegenwärtig der Kampf um das Wahlrecht für den preussischen Landtag in erster Reihe, und dazu müßten alle Gewerkschaften kräftig ihre Unterstützung leisten. — Lebhafter Beifall lohnte den Redner. Eine Diskussion wurde nicht beliebt.

Der Vorsitzende Schneider ging dann auf den Stand der Bewegung der Bäcker ein und besprach die nächsten Aufgaben, die der Organisation bevorstehen. Er geißelte mit scharfen Worten die Gewohnheit mancher Gesellen, ihren freien Tag zu verkaufen. Wo der freie Tag errungen sei, da müßte auch ehrlich daran festgehalten werden; es sei Verrat an den Kollegen, zu arbeiten und sich den freien Tag bezahllen zu lassen. Die Meister würden nur zur gegenwärtigen Zeit sich zu der Bezahlung verstehen, später die Bezahlung zurückziehen und den freien Tag überhaupt verweigern. Es sei dringend davor zu warnen, daß die Gesellen unter irgendwelchen Bedingungen ihren schwer errungenen freien Tag preisgeben. In nächster Zeit will man eine Petition an die Gesetzgebungskommission richten, um eine Festsetzung des freien Tages für alle Bäckergesellen herbeizuführen. — Weiter ist dringend notwendig, eine Regelung des Arbeitsnachweises der Innung zu schaffen. Festig klagte Schneider die Sprechmeister der Innung an, die ihre Stellungen zum Schaden der Gesellen ausnützen. — Neben manchen anderen wichtigen Besprechungen muß die Verkürzung der Arbeitszeit stets im Vordergrund stehen. Schneider sollte der Partei große Anerkennung für die Unterstützung, die den Bäckern im letzten Kampfe zuteil geworden sei, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Bäcker auch einmal selbst ihren Mann stellen werden, wenn die Organisation erst die großen Massen der Bäckergesellen gewonnen hat. — Eine Diskussion fand über diese Punkte ebenfalls nicht statt, und die Versammlung ging zur Beratung interner Angelegenheiten über.

In der Generalversammlung des Zentralverbandes der Ruffler gab der Kassierer den Kassierbericht vom 2. Quartal. Müller brachte hierauf den Bericht vom Arbeitsnachweis. Nach demselben wurden 57 Geschäfte vermittelt, wobei 273 Kollegen beschäftigt wurden. Als Arbeitsvermittler wurde Müller mit großer Majorität wieder gewählt. Laut Beschluß des diesjährigen Verbandstages hat die Ortsverwaltung Berlin die Mitglieder zum Hauptvorstand zu wählen. Der 1. Vorsitzende G. Panth und der Kassierer Blanschäski sind auf dem Verbandstag gewählt. Die vorgenannten Wahlen hatten folgendes Resultat: 2. Vorsitzender F. Bieler, Schriftführer R. Lich, Beisitzer R. Jusko und E. Zischke. Als Revisoren wurden D. Zehle, P. Schmidt und M. Rehlhase gewählt. Bieler und Zischke legten ihre Ämter als Vorstandsmitglieder der Ortsverwaltung nieder. Unter Vereinsangelegenheiten stellt Jürgang den Antrag, eine Statutenberatungskommission zu wählen. Die Statuten der Ortsverwaltung seien unzureichend und es sei viel zu viel Ballast darin enthalten. Was in denselben aber stehen müßte, das fehle, es sei nötig, die Statuten einer gründlichen Revision zu unterwerfen und nach neue zu schaffen. Der Vorstand hätte manchmal mit Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. Die folgenden Redner schloßen sich dieser Ausführung an. Der Vorsitzende bespricht dann die Handlungsweise des Rufflers Gingmuth, Grödenlifer 2 wohnhaft. Derselbe spielt im Lokal Rappentisch (Treptow). Gingmuth hat sich den Vereinen gegenüber als Mitglied des Zentralverbandes ausgegeben, obwohl er solches nicht sei. Die Versammlung beschloß, den Vorstand zu ermächtigen, gegen den Ruffler Gingmuth energig vorzugehen und wenn möglich, denselben wegen seiner Handlungsweise zu verklagen. Die Angelegenheit Hirsland wird dem Vorstand überwiesen. Hirsland war vom Arbeitsnachweis nach Eichwalde bestellt, wurde aber vom Wirt nicht angenommen, erhielt auch kein Geld.

Eingegangene Druckschriften.

„Blut“. Wochenchrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Verlag: G. Bernhardt). Heft 35. Vierteljährlich vom Verlag 4 R. Verlag: Berlin-Charlottenburg, Poststr. 69.
Protokoll der 10. ordentlichen Generalversammlung des Verbandes der Lagerhalter und Lagerhalterinnen Deutschlands 1907. 25 Pf. Verlag: Lagerhalterverband in Leipzig.
Die Arbeiterversicherung im Auslande von Dr. Jäger. Heft 2a 2 R., Heft 2b 4,50 R. Verlag A. Trophel, Groß-Lichterfelde-Berlin.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein Drama unter der Erde.

Breslau, 30. August. (Privatdepesche des „Vortwärts“.) Durch einen heute niedergegangenen Wolkenbruch hat sich hier ein einschläger Unglücksfall ereignet. Drei Kanalarbeiter, die in den Leitungskanälen unter dem Straßenniveau arbeiteten, konnten sich vor den herandrängenden Wassermengen nicht in Sicherheit bringen und ertranken. Die Feuerwehr sucht bisher vergeblich nach den Leichnamen.

Brennendes Kloster.

Breslau, 30. August. (Privatdepesche des „Vortwärts“.) In dem Kloster der Ursulinerinnen brach heute nachmittag 6 Uhr Feuer aus. Die Flammen griffen so gierig nach sich, daß für die Erhaltung der Gebäude wenig Aussichten bestehen.

Breslau, 30. August. (W. Z. B.) Der Brand im Ursulinerinnenkloster wütete abends noch fort. Man hofft jedoch, den Turm und die Glocken retten zu können. Die Insassen des Klosters sind nach dem Kloster Tarnowitz gebracht worden.

Die Internationale des Kapitalismus.

Hamburg, 30. August. (W. Z. B.) Auf Veranlassung englischer Redner findet eine vertrauliche Zusammenkunft zwecks Gründung einer internationalen Vereinigung der Redner zur Bekämpfung von Seemanns- und Hafenarbeiterstreiks statt. Der Kongress wird im Oktober tagen. Redner aus allen größeren Hafenorten werden zur Teilnahme erwartet.

Wieder eine Eisenbahnkatastrophe.

Danville (Illinois), 30. August. (W. Z. B.) Bei dem Zusammenstoß zweier Züge auf der Charleston-Ratton-Eisenbahn in der Nähe von Charleston wurden 13 Personen getödtet und eine große Anzahl verwundet.

Die Parteipresse über den Internationalen sozialistischen Kongreß.

Die Kolonialpolitik.

II.

„Volksbote“ (Stettin):

„In der Kolonialfrage gelang es den Genossen von Kol und Dr. David nicht, für den Gedanken einer sozialistischen Kolonialpolitik eine Mehrheit im Plenum zu finden. Immerhin sprach sich der Kongreß aber doch dafür aus, daß es Pflicht der Sozialdemokratie sei, für Reformen einzutreten, um das Los der Eingeborenen zu verbessern.“

„Volkszeitung“ (Königsberg):

„Obwohl gerade die meisten deutschen Delegierten in der Kolonialfrage anderer Meinung waren, hält der Schreiber dieses Artikels doch die von der Mehrheit schließlich angenommene Resolution zur Kolonialfrage für die richtige Auffassung. Die Rinderheit wollte sich für eine „sozialistische“ Kolonialpolitik aussprechen und nur die heutige Methode, zu kolonisieren, verworfen.“

„Volksstimme“ (Augsburg):

„Das Plenum verwarf mit knapper Mehrheit — 121 gegen 107 Stimmen, bei 10 Enthaltungen — die Resolution der Rinderheit, die auch die Zustimmung der deutschen Delegation gefunden hatte, und erhob die Abänderung der Kommissionsminderheit zum Beschluß.“

„Volksblatt für Auhalt“ (Dessau):

Der Gegensatz der Auffassung bestand darin, daß die einen eine Kolonialpolitik mit Unterwerfung eines Volkes unter ein anderes, das kolonisierende, mit dem Sozialismus überhaupt für unmöglich erklärten, weil nach den Prinzipien des Sozialismus jedes Volk das Recht der freien Selbstbestimmung habe, während die anderen eine Kolonialpolitik unter sozialistischem Regime wohl für möglich, ja für zweckmäßig erklärten.“

„Offenbacher Wödenblatt“:

„Die Entscheidung in der Frage der Kolonialpolitik wird allerdings keine endgültige sein. Es wird darüber noch mancherlei zu reden sein; und in Deutschland werden die Gegner so manchemal die Rede von Kols vorhalten.“

geheft Reformen durchzuführen sucht: sie lehnt ja auch den Militarismus ab und fordert doch Reformen; eines schließt das andere nicht aus. Und zweitens liegt Unklarheit über den Begriff Kolonialpolitik zugrunde. Kolonien sind niemals große Komplexe für Gütertausch gewesen, vielmehr dienten sie dem Kapitalismus immer als Ausbeutungsobjekte. Der Kapitalismus produziert nicht zum Zwecke der Befriedigung der Bedürfnisse, sondern um Profit zu machen.“

„Volksstimme“ (Frankfurt a. M.):

„... In den beiden wichtigsten Fragen des Kongresses, in der Kolonial- und Militärfrage, wirkte die Stuttgarter Tagung scheinbar ganz verschiedenartig. Bei der Kolonialfrage glaubt der oberflächliche und untunliche Beurteiler einen Zug nach rechts, bei der Militärfrage einen Zug nach links in den Beschlüssen zu erblicken.“

„Volkszeitung“ (Mainz):

„Gleich in der Kolonialfrage brach die Auffassung durch, daß die sozialistischen Parlamentsfraktionen nicht bloß Kritik zu üben haben an der jetzigen, von kapitalistischen Interessen und Mächten geleiteten kolonialen Raubpolitik; sondern daß ihnen darüber hinaus auch eine positive Aufgabe gestellt ist.“

„Volksstimme“ (Köln):

„Die Frage drehte sich darum: ist eine sozialistische Kolonialpolitik möglich oder bedeutet jede koloniale Politik Eroberung des Koloniallandes und Unterdrückung sowie Ausbeutung seiner Bevölkerung? Uns scheint, daß die Frage zu allgemein gestellt und der Unterschied in der Kulturhöhe der zu kolonisierenden Länder nicht in Rechnung gesetzt wurde.“

Der „Volksfreund“ (Karlsruhe):

hat sich den von uns besprochenen Artikel des Genossen Eduard David in der Mainzer „Volkszeitung“ zu eigen gemacht.

„Münchener Post“:

„Weniger erfreulich ist die Entscheidung in der Kolonialfrage. Wir haben bereits früher die Abstimmung hierüber mit einigen kritischen Bemerkungen gewürdigt. Die Kommission zur Vorbereitung der Kolonialpolitik hatte eine gründliche und vorzügliche Arbeit geleistet.“

nichts weniger wollte, als ihr irrig unterstellt wurde: eine Annäherung an die bürgerlichen Auffassungen der Kolonialpolitik. Im Gegenteil: es wurde in der Resolution durch eine von Sturm und David formulierte Fassung — die von der Kommission abgelehnt war — ausgesprochen: „In der Erwägung, daß der Sozialismus die produktiven Kräfte des gesamten Erdkreises entfalten und alle Völker zur höchsten Kultur emporführen will, verwirft der Kongreß nicht jede Kolonialpolitik prinzipiell, da diese unter sozialistischem Regime zivilisatorisch wirken können.“

Die vom Kongreß angenommene Minderheitsresolution will sich gegen diese Auffassung wenden. In einem Absatz verlangt sie aber eine Politik, die die friedliche kulturelle Entwicklung gewährleisten und die Bodenschätze der Erde in den Dienst der Höherentwicklung der gesamten Menschheit stellt.“

Die Aeuferung der

„Frankfurter Tagespost“ (Münchener):

ist schon in dem Artikel „Der Sozialismus der Aktion“ in Nr. 199 des „Vorwärts“ wiedergegeben worden.

„Schwäbische Tagwacht“ (Stuttgart):

„In der Kolonialdebatte gelang es noch nicht, zu dieser Einstimmigkeit zu kommen. Der Gegensatz ist noch vorhanden, er wird erst in einem künftigen Kongreß der Internationale seine Lösung finden. Einig ist man nur darin, daß man die Kolonialpolitik in ihrer jetzigen Methode verwirft, einzig auch darin, daß man trotzdem mit allen Mitteln bemüht sein muß, wenigstens die schwersten Schäden zu verbessern.“

Daß über die Aufgabe der Kolonialpolitik selbst keine Meinungsverschiedenheit besteht, das beweisen die stürmischen Kundgebungen für die Indierin Kamar, welche die Leiden Indiens und seiner von England brutal ausgebeuteten Bevölkerung schilderte. Diese Kolonialpolitik lehnt die Internationale ohne Unterschied ab.“

Mehrere Parteiblätter, so die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ (Kiel) und das „Norddeutsche Volksblatt“ (Wand) und das „Gothaer Volksblatt“ haben der Auffassung des „Vorwärts“ durch Abdruck seines Schlusartikels über den Kongreß beigestimmt.

Sächsische Fabrikinspektion 1906.

Mit erheblicher Verspätung sind die diesjährigen Jahresberichte der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten erschienen. Wer aber nun hoffte, auch einmal etwas Besseres als früher zu bekommen, würde arg enttäuscht werden. Künftig ist schon, daß der äußere Umfang des Bandes abermals reduziert worden ist, und zwar gegen das Vorjahr um rund 100 Seiten; obwohl darin noch ein allerdings recht nichtsfagender Sonderbericht über die Zustände in Glasfabriken enthalten ist. Die an den maßgebenden Stellen herrschende Tendenz scheint dahin zu gehen, die Berichte immer dürftiger werden zu lassen und Meinungsäußerungen der Aufsichtsbeamten über die Existenzverhältnisse der Arbeiter, Mißstände in Fabriken usw. möglichst zu unterdrücken.“

Diese Art der Berichterstattung ist natürlich nicht dazu angetan, das Vertrauen der Arbeiter zu den Gewerbeaufsichtsbeamten zu wecken. Es zeugen denn auch die Angaben in den vorliegenden Berichten wiederum davon, daß die sächsischen Fabriken so gut wie keine Fühlung mit den Arbeitern haben und daher ihrer Tätigkeit eine der wichtigsten Voraussetzungen mangelt. Von den 17 Amtsstellen hatten nur zwei einen nennenswerten Verkehr mit Arbeitern, und zwar die in Annaberg, wo 180 Arbeiter sich Rat holten oder Beschwerden vorbrachten und in Aue, wo 200 Arbeiter vorgebracht; sonst wandten sich in der Regel mehrere hundert Unternehmer vertrauensvoll um Rat und Hilfe an die sächsischen Fabrikinspektoren und daneben nur 5—10 Arbeiter.“

Freilich jede Verührung mit den Arbeiterorganisationen haben auch die sächsischen Aufsichtsbeamten nicht vermeiden können, das beweisen schon die schnell gewachsene Stärke und Bedeutung der Gewerkschaften. Insbesondere haben sie sich mit Beschwerden und Anzeigen über Mißstände in Betrieben beschäftigen müssen, die von Arbeitersekretären und gewerkschaftlichen Vertrauensmännern ausgingen. Und einige Inspektoren können nicht umhin, dieses Verfahren als vorteilhaft zu bezeichnen. So berichtet der Beamte des Leipziger Bezirks, es müsse „anerkannt werden, daß die Gewerkschaften und insbesondere das Arbeiterssekretariat beim Abfertigen“, und aus Wurzeln wird gemeldet, daß unberechtigte Beschwerden seltener vorgekommen seien, was jedenfalls dem Einflusse der Vertrauenspersonen der Arbeiter zuzuschreiben sei.“

Die letztjährige Revisionstätigkeit der sächsischen Aufsichtsbeamten erstreckte sich auf eine Periode geschätzlicher Hochkonjunktur. Das wird in den Berichten mehrfach betont, das ersticht man auch aus der starken Zunahme der Arbeiter und der — Unfälle. Der Arbeiterzuwachs ist der stärkste, der jemals in einem Jahre zu verzeichnen war, obwohl mehrere tausend streikende oder ausgesperrte Arbeiter bei der regelmäßigen Fählung nicht mit berücksichtigt werden konnten. Während am 1. Mai 1904 in Sachsen 588 892 Arbeiter gezählt wurden, 1905 614 714, waren es 1906 644 084, mithin in diesem Jahre ein Zuwachs um 29 370, während bisher die höchste Zunahme 26 300 betrug. Democh auch fast allen Bezirken von Klagen der Unternehmer über Arbeitermangel berichtet, besonders scheint das billige und willige und daher besonders begehrte weibliche Arbeitspersonal knapp für die Nachfrage

gewesen zu sein. Ein Rückgang der Arbeiterzahl machte sich nur in den Bezirken bemerkbar, während auf den Arbeitsplätzen der Maurer und Zimmerer sowie in den Getreidemöhlen die Arbeiterzahl fast unverändert blieb.

Die Unfälle stiegen mit Ausnahme von zwei Bezirken allenthalben außerordentlich. So kamen im Bezirk Chemnitz 1905 auf 1000 Arbeiter 19,0 Unfälle, 1906 aber 21,1. In Dresden, wo sich die Unfälle noch stärker — um 580 — vermehren, hat nach dem Berichte des dortigen Beamten die Streifbewegung mit zur Steigerung der Unfälle beigetragen, denn dadurch seien häufiger Arbeiter mit Verletzungen betraut oder mit Bedienung maschineller Vorrichtungen beauftragt worden, für die es bei ihnen an den erforderlichen Fertigkeiten und Erfahrungen gemangelt habe. Es war also die Streifbewegung, die wesentlich zur Vermehrung der Unfälle beigetragen hat.

Zu bezweifeln ist nicht, daß die Bemühungen der Gewerkschaften, die günstige Konjunktur dazu auszunutzen, den Unternehmern Zugeständnisse abzutreiben, mehrfach von Erfolg gewesen sind und diese Wirksamkeit der Lohnsteigerung im allgemeinen förderlich war, die ja auch durch rapide Lebensmittelerhöhung nötig wurde. Es müssen aber auch die sachlichen Fabrikinspektoren wenigstens zum Teil zugeben, daß die höheren Löhne, die überdies bis zu einem gewissen Grade durch Ueberhaftung bei der Alfordarbeit und Ueberstunden erzielt worden sind, durch höhere Lebensmittelpreise wieder aufgezogen wurden. So wird aus dem Dresdener Bezirk gemeldet, daß eine Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter nicht eingetreten sei, weil im Berichtsjahre wiederum die Preise der Lebensmittel gestiegen sind. In Waagen und Umgebung hat nach dem Berichte die Lohnerhöhung mit der Preissteigerung der notwendigsten Lebensmittel nicht gleichen Schritt gehalten. „So daß sich die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft nicht gebessert haben dürfte“. Der Annaberger Beamte meldet, die Löhne seien, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht in dem Maße gestiegen wie die Unterhaltungskosten des Haushaltes. Ähnlich lauten auch die Urteile aus Leipzig und Burg. Nur einzelne Beamte glauben, daß sich die Lage der Arbeiter eher gebessert als verschlechtert hat. Man ersieht daraus, daß auch die sachlichen Fabrikinspektoren zugeben müssen, daß die Industriearbeiter Sachdienlich durch die Wirkung der Zollwucherpolitik um die Erfolge ihrer gewerkschaftlichen Kämpfe gebracht worden sind. Die Hochkonjunktur hat den Arbeitern somit nichts gebracht als Ueberhaftung und Vergrößerung der Unfallgefahr.

Die arbeiterschaftsgesetzlichen Bestimmungen werden bekanntlich bei lebhaftem Geschäftsgange noch weniger beachtet als sonst; besonders zahlreich sind die Verstöße gegen die Verordnung über die Arbeit in Steinbruchbetrieben, die wohl zum Teil nur auf dem Papier bestehen. Selber wird dadurch der Ansehen erweckt, als wüßten vielfach die Arbeiter gemeinschaftlich mit den Unternehmern auf die gesetzlichen Bestimmungen, sonst könnte es nicht vorkommen, daß in einer großen Anzahl von Steinbruchbetrieben 11 Stunden und länger statt der vorgeschriebenen 10 gearbeitet worden wäre. Die geringe Höhe der ausgeworfenen Strafen — in den meisten Fällen wurden ohnehin nur Verwarnungen erteilt — ist nicht dazu geeignet, den Unternehmern Achtung vor der Verordnung beizubringen. Hier kann nur die fortschreitende Organisation im Verein mit der Auffklärung der Arbeiter Verhütung bringen.

Die weiblichen Fabrikinspektorinnen berichten vorwiegend über die Wirkung und Handhabung des Kinderschutzes in der Hausindustrie; denn diese ist ihnen besonders zur Ueberwachung zugewiesen worden. Aus allen Bezirken wird eine große Anzahl von Verstößen mitgeteilt. Tatsächlich steht es wohl so, daß das Kinderschutzgesetz in der Hausindustrie so gut wie gar nicht beachtet wird. Strafen sind nur vereinzelt ausgesprochen, und wo es geschehen ist, später herabgesetzt oder ganz erlassen worden. Auch zum Austragen von Sachwaren und Zeitungen werden Kinder in gefahrlicher Weise benutzt. In Leipzig betrafen 55 Prozent aller Anzeigen derartige Tätigkeiten. Als wirksam erwies sich die Tätigkeit der Kinderschutzkommission in Leipzig, die von den sozialdemokratischen Frauen errichtet worden ist. Durch Mitteilungen dieser Kommission konnte in zahlreichen Fällen die Einstellung unzulässiger Kinderarbeit erzielt werden. Die Inspektorin des Chemnitzer Bezirks teilt mit, daß sich in der Hausindustrie und auch sonstwo eine bessere Kenntnis des Kinderschutzgesetzes bemerkbar gemacht habe, leider diene sie nur dazu, eine größere Geschäftlichkeit im Umgehen des Kinderschutzgesetzes an den Tag zu legen. Das erkenne man in erster Linie daran, daß die Kinder instruiert worden seien, falsche Angaben über ihr Alter und die Dauer und Zeit ihrer Beschäftigung zu machen.

Es wird auch hier nicht besser werden, bis die sozialdemokratische Auffklärung mehr auch in die Reihen der Hausgewerbetreibenden eingedrungen ist und sich die Heimarbeiter selbst durch gewerkschaftlichen Zusammenschluß eine Existenz errungen haben, die ihnen ermöglicht, ohne Not darauf verzichten zu können, ihre Kinder selbst im frühesten Alter der Ausbeutung zu überliefern.

Arbeitereinkommen und Haushaltskosten im Jahre 1906.

In seiner neuesten „Wirtschaftlichen Korrespondenz“ schreibt der Genosse Calver:

Wiederholt versucht der „Vorwärts“ den Nachweis zu liefern, daß im Jahre 1906 die Konsumkraft der Arbeiter nicht gestiegen, sondern zurückgegangen sei. Wir halten die Frage für wichtig genug, um die Beweisführung des „Vorwärts“ für seine Behauptung näher zu prüfen. Auf Nebenabschnitten soll dabei nicht eingegangen werden, sondern es sollen vielmehr nur die ausschlaggebenden Punkte hervorgehoben werden. Zunächst sucht der „Vorwärts“ (und zwar in seiner Nummer vom 28. August 1907) die Bewegung der Löhne von 1905 auf 1906 festzustellen. Er stützt sich dabei auf die Lohnnachweisungen einer größeren Zahl der gewerblichen Berufsvereinigungen und kommt zu dem Schluß, daß das Lohnniveau um 4,98 Proz. gestiegen sei. Nach den Ergebnissen sämtlicher Berufsvereinigungen wird sich das Resultat jedenfalls noch ungünstiger gestalten. Wie hat nun der „Vorwärts“ sein Resultat gewonnen? Er gibt selbst an, daß er die Berufsvereinigungen anführe, die er im Jahresberichte der Kleinindustrie- und Maschinenbau-Berufsvereinigungen zusammengestellt gefunden habe. In diesem Bericht sind für 24 gewerbliche Berufsvereinigungen die versicherten Personen und die Summe der arbeitsfähigen Löhne und Gehälter angegeben. Nebenbei bemerkt ist die Zusammenstellung, auf die der „Vorwärts“ seine Berechnung basiert, in mehrfacher Hinsicht fehlerhaft. Indem der „Vorwärts“ nun die Zahl der versicherten Personen in die Summe der Löhne und Gehälter dividiert, erhält er für jede Berufsvereinigung eine Ziffer, die er als Jahresdurchschnittslohn bezeichnet. Die Steigerung dieses Jahresdurchschnittslohnes von 1905 auf 1906 bedeutet für ihn den Mehrerwerb eines Arbeiters im Jahre 1906. Bei dieser Art der Berechnung muß der „Vorwärts“ zu einem durchaus falschen Resultat kommen. Zunächst ist die Zahl der versicherten Personen gleichbedeutend mit der Zahl der tatsächlich beschäftigten Arbeiter, sondern sie ist wesentlich größer. Denn in vielen Berufsvereinigungen erscheint jeder versicherungspflichtige Arbeiter, der im Laufe des Jahres eine Stelle wechselt, so oft als Versichert, wie er den Betrieb gewechselt hat. Wechselt er dreimal den Betrieb, so kommen drei Versicherte in die Lohnnachweisungen der Berufsvereinigung, während der Lohn der drei Versicherten nur ein einziger Arbeiter erhält. Da in einem so guten Jahre wie 1906 der Arbeiterwechsel sehr lebhaft war, so läßt allein dieser Faktor einen ganz erheblichen Einfluß auf die Höhe der Versicherten aus. Man ersieht dies schon daran, wenn man die Zahl der Versicherten mit der Ziffer der Vollarbeiter vergleicht, die die Berufsvereinigungen in der Weise ermitteln, daß sie in

der Regel für je dreihundert geleistete Arbeitstage eine Arbeitskraft einzusetzen haben. Es ergibt sich dabei, daß die Zahl der Vollarbeiter erheblich niedriger ist als die der Versicherten. Nun deutet sich die Zahl der Vollarbeiter zwar auch keineswegs mit der Zahl der wirklich beschäftigten Arbeiter, aber in einem Jahre mit so reichlicher Arbeitsgelegenheit wie 1906 kommt die Zahl der Vollarbeiter der Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter viel, viel näher als die Zahl der Versicherten. Unter Berücksichtigung dieses einen Gesichtspunktes allein wächst aber die Lohnsumme im Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten ganz erheblich: der Jahresdurchschnittslohn gestiegene sich 1906 für den einzelnen Arbeiter weit günstiger als im Jahre 1905. Es kommt aber weiter hinzu, daß im Jahre 1906 die geleisteten Ueberstunden bedeutend zahlreicher waren als 1905, daß infolge davon ein größerer Prozentsatz Arbeiter als 1905 einen Lohn von mehr als 5 M. täglich verdiente. Da sich nun der „Vorwärts“ auf die Summe der arbeitsfähigen Löhne stützt, so ist der Mehrerwerb über 5 M. nur mit einem Drittel bei den Lohnnachweisungen der Berufsvereinigungen berücksichtigt. Es geht also von der Gesamtlöhnsomme ein nicht unerheblicher Teil verloren, der dem „Vorwärts“ bei seiner Berechnung gleichfalls entgeht. Es ergibt sich daher, daß der „Vorwärts“ mit seiner Annahme, das Lohnniveau habe sich im Jahre 1906 nur um 4,98 Proz. oder gar um noch weniger gesteigert, nicht das Richtige trifft; das Arbeitereinkommen hat sich vielmehr wesentlich stärker gehoben. Dem einen großen Fehltritt des „Vorwärts“ schließt sich aber noch ein zweiter, nicht geringerer an. Er gibt auf Grund von Ausführungen in Calvers Jahrbuch „Das Wirtschaftsjahr 1906“ die Steigerung der Haushaltskosten im Jahre 1906 auf 5 Proz. an. Unter Haushaltskosten sind die Ausgaben für die Ernährung verstanden, wie auch der „Vorwärts“ hervorhebt. Wenn die Haushaltskosten um 5 Proz. gewachsen sind, so muß das Einkommen des Arbeiters, wenn man annimmt, daß 50—55 Proz. des Einkommens von den Haushaltskosten beansprucht werden, um 2,5—2,8 Proz. steigen, damit die Steigerung der Haushaltskosten ausgeglichen werden kann. Dazu kommt dann noch die Steigerung für Kleidung, Wohnung und andere Ausgaben. Wenn man hier den Steigerungskoeffizienten auf den entsprechenden Teil der Ausgaben zuschlägt, so kommt man noch lange nicht zu einer Gesamtsteigerung der Ausgaben in Höhe von 5 oder gar 6 Proz., wie der „Vorwärts“ angibt, namentlich nicht, wenn man die Bewegung der diesbezüglichen Ausgaben im Jahre 1906 berücksichtigt, wo die Steigerung ganz beträchtlich war. Die Haushaltskosten haben sich 1906 um 5 Proz. erhöht, die Ausgaben insgesamt unter Annahme eines gleichen Verbrauchs wie 1905 um annähernd etwa 3,5 bis 4,5. Es ist also sehr wohl begründet, wenn angenommen wird, daß die Konsumkraft der Arbeiter im allgemeinen sich 1906 gehoben habe. Ja, es spricht auch noch ein indirekter Beweis dafür: hätte sich die Konsumkraft der Arbeiterbevölkerung im Jahre 1906 nicht gehoben, so würde sich der gewerbliche Beschäftigungsgrad im Jahre 1907 bis heute nicht so günstig gestaltet haben, wie es tatsächlich der Fall ist.

Für den „Vorwärts“ freilich ist die ganze Frage gar kein Problem, er hat die Lösung der Frage stets fertig in der Tasche. Ob die Lage der Arbeiter sich bessert oder verschlechtert, das kann die Arbeiter und ihre gewerkschaftliche Tätigkeit nicht im mindesten interessieren. Stellen wir uns nur untergeordnet auf den Standpunkt des Gläubigers. Dieser Standpunkt ist der bequemste und verleiht auch nicht dazu, die Wirklichkeit so erkennen zu wollen und so zu erkennen, wie sie nun einmal ist.

Wir haben die Auslassungen Calvers wörtlich und vollständig wiedergegeben, um den Lesern zu zeigen, in welcher schreiendem Mißverhältnis bei ihm Versprechen und Behauptungen stehen. Daß die Rederei von den störenden Momenten bei den berufsgenossenschaftlichen Nachweisen Calvers einzige Ausrede sein werde, ahnten wir im Voraus und bemerkten ausdrücklich:

Die rechnerischen Ergebnisse der Berufsvereinigungen, die für uns hier nur Vergleichswert haben, sind die folgenden: Wenn Calver das ignoriert, so werden dadurch seine Behauptungen nicht beweiskräftiger. Wifant wird die Sache noch dadurch, daß Calver sonst die Nachweisungen der V.-B. selbst zu Vergleichen gebraucht. Ja er hielt den Vergleichswert der Jahreszahlen für so sicher, daß er in seinem Handel und Wandel 1901, allerdings mit dem entsprechenden Vorbehalt, sogar die Ziffern für 1900 mit denen der Vorjahre zusammensetzt, obwohl für eine neue Berechnungsweise die Vergleichbarkeit unterbrochen war. Calver bemerkt dazu (Seite 250):

... daß diese Berechnungen nicht abgebrochen zu werden verdienen, weil das Jahr 1900 zufällig die Kontinuität der Vergleichbarkeit unterbricht.

Trotzdem derselbe Calver leugnet die Vergleichbarkeit — wenn er das zur Rechtfertigung unbewiesener Behauptungen für nötig hält. Einfach ist die Methode, aber auch ebenso wertlos.

Eine neue nicht bewiesene Behauptung ist die, daß im Jahre 1906 der Arbeiterwechsel und die Summe der geleisteten Ueberstunden bedeutend größer gewesen sei, als im Jahre 1905. Zeitweise ist direkt unrichtig, was er sagt: in manchen Berufsvereinigungen ist z. B. die Zahl der Vollarbeiter niedriger als die der durchschnittlich Versicherten. Uebrigens haben wir auch noch in der Nummer 202 des „Vorwärts“ betont, daß die Zahlen der Berufsvereinigungen nur Vergleichswert haben. Weiter geht Calver gar nicht darauf ein, daß er selbst für das Land ein erhebliches stärkeres Anziehen der Warenpreise konstatiert hat, als sich nach den bezüglichen Marktberichten für die Großstädte ergibt. Sodann ist es auch nur wieder eine Annahme, die mit den tatsächlichen Verhältnissen in Widerspruch steht, wenn Calver die Ausgaben für den Haushalt mit 50 bis 55 Prozent vom Einkommen unterstellt; für große Kreise und zwar gerade für die minder entlohnten Arbeiter beanspruchen die Ausgaben für den Haushalt bis 70 Prozent und mehr. Am schließlich die Steuerfrage nicht verschließen zu lassen, sei noch folgendes festgestellt: Calver hat wiederholt behauptet, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter habe sich im Jahre 1906 allgemein gehoben. In einem von ihm als besonders beweiskräftig angeführten Beispiel — Wochenlöhne ungelohnter Arbeiter in Berlin — haben wir rechnerisch nachgewiesen, daß sein Material seine Behauptung nicht stützt. Auch darauf geht Calver vorstichsweise gar nicht ein. Es scheint ihm demnach nebenbei zu sein, daß seinem Material die Beweislast fehlt. Wir können aber Behauptungen nicht als Erfolge für positive Beweise gelten lassen. Wegen sein allgemeines Urteil haben wir weiter die berufsgenossenschaftlichen Nachweise angezogen. Dem Urteil Calvers haben wir entgegengesetzt, daß für einzelne Gruppen sich die wirtschaftliche Lage wohl etwas verbessert haben kann, für einen anderen Teil der Arbeiter sei die Lebenshaltung ziemlich gleich geblieben, während unzweifelhaft für eine große Menge die Lohnzunahme hinter der Steigerung der Warenpreise zurückgeblieben ist. Und dieses Urteil wird auch nicht erschüttert, wenn man die Calverschen Einwände gelten lassen will, denn bei einer Reihe Berufsvereinigungen hält sich die Lohnzunahme unter 3 Prozent. Andererseits hat Calver bisher noch kein beweiskräftiges Material für seine Behauptung erbringen können. Wenn er glaubt, mit seinen Schlussbemerkungen der Beweisführung entgehen zu sein, so registrieren wir das mit Vergnügen.

Soziales.

Achtuhr-Ladenschluß.

Wie der „Konfektionär“ mitteilt, beschäftigt man sich in Kreisen der Geschäftswelt zurzeit wieder lebhaft mit der Frage des Achtuhr-Ladenschlusses. Die Inhaber der größeren und im Innern der Stadt liegenden Geschäfte ständen der Frage sehr wohlwollend gegenüber, aber allgemein sei man gegen die obligatorische Einführung. Mit dem Wohlwollen kommt man aber nicht weiter. Wie auf allen sozialen Gebieten, so ist es auch in dieser Frage bisher nur die Sozialdemokratie gewesen, die energisch die Interessen

der in Betracht kommenden Berufsgruppe vertreten hat. Das wird in einem Artikel des Handlungsgesellenblattes einwandfrei nachgewiesen. Es heißt da:

Der Achtuhr-Ladenschluß ist eine alte Forderung der Sozialdemokratie. Bereits der vom 11. bis 18. Oktober 1898 zu Gotha abgehaltene Parteitag machte das Verlangen der Klassenbewußten Handlungsgesellen nach dem Achtuhr-Ladenschluß ausdrücklich zu dem heutigen. Parteigenossen in Karlsruhe, Kiel und des vierten sächsischen Reichstagswahlkreises legten dem Parteitag zu Gotha folgende Resolution vor:

„In Erwägung, daß eine Einführung des gesetzlichen Achtuhr-Ladenschlusses nicht nur für die im Handelsgewerbe Angestellten allein, sondern für die gesamte Arbeiterschaft ganz bedeutende Vorteile mit sich bringen würde, erachten wir, daß der diesjährige Parteitag in Gotha sich mit den Vorschlägen der Reichskommission für Arbeiterstatistik beschäftigt und die Genossen aller Orte verpflichtet werden, die im Handelsgewerbe Angestellten im Kampfe um den Achtuhr-Ladenschluß zu unterstützen und selbst tatkräftig in die Agitation einzugreifen.“

Der Parteitag beschäftigte sich daraufhin des längeren mit dem Achtuhr-Ladenschluß. Nach dem Parteitagprotokoll Seite 146 und 147 äußerte sich bei Punkt „Arbeiterjahre“ der Verichterstatter Wurm:

Der gesetzliche Achtuhr-Ladenschluß, der jetzt dem Bundesrat vorgelegt ist, ist ein ganz ungenügender Schutz und enthält für alle, die nicht als Kommiss besetzt sind, eine große Schwächung, da für diese Leute Ausnahmeregelungen zugelassen sind. Diese Verschärfung ist nicht weiter als eine Verwässerung des Arbeiterjahres und nur eine ganz geringe Abschlagszahlung. Dabei bringen die Kapitalisten noch das Demagogentum ins Spiel, sich in der Mangel der Arbeiterfreundlichkeit zu hüllen und so sagen, es liege nicht im Interesse der Arbeiter, wenn die Läden um 8 Uhr geschlossen werden. Kein einziger Arbeiter, gleichviel in welchem Beruf er tätig ist, erblickt in dem frühzeitigen Ladenschluß eine Schwächung seiner Interessen. Wir können darauf hinweisen, daß in Württemberg der Achtuhr-Ladenschluß schon existiert, daß eine Anzahl von Konsumvereinen ihn eingeführt haben und die Arbeiter überall damit zufrieden sind. Selbstverständlich bringt das hier und da etwas Rücksichtslosigkeit, in der Uebergangzeit Unbequemlichkeiten und Schwächungen mit sich. Wir treten aber für die gemeinsamen Interessen der Arbeiter im Arbeitsmittel und der Arbeiter im schwarzen Rock ein. Das Verhalten der Prinzipale, die auch die bescheidensten Forderungen verweigern, wird hoffentlich die Handlungsgesellen von ihrem Kostenbüchel, in dem sie sich zum großen Teil noch befinden, befreien und sie lehren, daß sie nur ohne Kompromisse, ohne Verschönerung und Rechnungsträger gegenüber dem Unternehmertum ihre Lage bessern können, und zwar durch eine straffe Organisation, durch die sie sich auf denselben Boden stellen wie die andere Arbeiterschaft.“

Wit diesen Ausführungen empfahl der Verichterstatter Wurm dem Parteitag die Annahme folgender Resolution:

Der gesetzliche Achtuhr-Ladenschluß, wie ihn die Reichskommission für Arbeiterstatistik vorschlägt, ist nur ein durchaus ungenügender Schutz der Arbeiter und entspricht keineswegs den berechtigten Ansprüchen der im Handelsgewerbe beschäftigten Personen. Da aber deren kapitalistische Gegnerschaft dieses höchsten Arbeiterschutzes verweigert, weil angeblich durch ihn die Interessen der laufenden, besonders der arbeitenden Bevölkerung benachteiligt würden, erklärt der Parteitag, daß die Arbeiter für die Forderung der im Handelsgewerbe beschäftigten Personen eintreten, die Einführung des gesetzlichen Achtuhr-Ladenschlusses als keine Schwächung ihrer Interessen betrachten und selbstverständlich für den Schutz jeder Arbeiterkategorie eintreten.“

Der Delegierte Adler hatte beantragt, an die von Wurm vortragende Resolution folgenden Schlusssatz anzuknüpfen (Protokoll des Parteitages, Seite 145):

„Deshalb erwartet der Parteitag von der Fraktion bei jeder geeigneten Gelegenheit energisches Eintreten für die Herbeiführung des gesetzlichen Achtuhr-Ladenschlusses als eines Schrittes zur weiteren Verklärung der Arbeitszeit.“

Er begründete seinen Antrag durch nachstehende Ausführungen:

Gerade die Handelsgesellen gehören zu den geplagtesten aller Arbeiter. Wie verkürzt man nun ihre Arbeitszeit? Ihre Organisationen sind zu schwach, um eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen. Der einzige Weg zu dieser Verkürzung ist der Achtuhr-Ladenschluß. Das ist eine ungeheuer bedeutsame Forderung, und doch hat sie augenblicklich wenig Aussicht auf Verwirklichung, nachdem Verlepfch gegangen ist. Sein Nachfolger wird wohl mehr auf die Stimme der Unternehmer, als auf die schwache Stimme der Kommiss und Hausdiener hören. Mit um so größerem Nachdruck muß die Forderung von uns erhoben werden. Erstens kürzt der Achtuhr-Ladenschluß ein klein wenig die Arbeitszeit. Zweitens verringert er die Schar der Unbeschäftigten im Handel, weil durch ihn die Einkaufszeit in den Geschäften zusammengedrängt wird und die Prinzipale die Intensität der Angestellten nicht steigern können, sondern mehr Kräfte einstellen müssen. Drittens ist der Achtuhr-Ladenschluß ein Hemmnis für die Verfrühungs- und Laufjungen-Ausbildung. Aber er liegt auch im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung. Noch schließen viele Fabriken um 8 Uhr und noch später. Sind die Geschäfte um 8 Uhr geschlossen, so empfinden die noch indifferenteren Arbeiter den Schaden ihrer langen Arbeitszeit besonders empfindlich. Ein Keil treibt den anderen. Ferner wird der Achtuhr-Ladenschluß einen früheren Schluß der Arbeitszeit am Sonnabend oder wenigstens die Freitag-Lohnzahlung herbeiführen.“

Noch weiter ging der Delegierte Stadthagen. Ihm war der Achtuhr-Ladenschluß eine so bedeutsame Forderung, daß er auf den Antrag Adler fragte: Wollen Sie wirklich, daß ein sozialdemokratischer Parteitag erklärt, daß er in diesem Vorschlag eine Verkürzung der Arbeitszeit erblickt? Stadthagen erklärte es aber als notwendig, daß die althergebrachte Behauptung der Gegner des Achtuhr-Ladenschlusses, die Arbeiterwelt sei dagegen, in energischer Weise zurückgewiesen wird.

Ausweislich Seite 159 des Protokolls hat der Parteitag die Resolution Wurm einstimmig mit der Verbesserung angenommen, daß am Schluß gesagt wird, daß die Arbeiter

selbstverständlich für diesen (nämlich den Achtuhr-Ladenschluß, D. Red.) wie für jeden Schutz jeder Arbeiterkategorie eintreten.“

Damit hat sich der Parteitag für den unbedingten Achtuhr-Ladenschluß erklärt.

Wärmer am lebendigen Leibe.

Ungefähr zwei Stunden von Eisenach liegt das gegen 2000 Einwohner zählende Städtchen Greunburg. Dort wurde beim Tode einer armen Frau folgendes festgestellt: Der Bezirksarzt Dr. Menieur hatte die kranke Frau Schwarz in Behandlung genommen. Da diese mittellos war, mußte die Stadtgemeinde das ärztliche Honorar ausbringen. Der Herr Doktor hat der Patientin auch öfters einen Besuch abgestattet, bei der Untersuchung aber anscheinend etwas übersehen; denn man fand die Frau nach dem jetzt erfolgten Tode in einem Zustande, der aller Beschreibung spottet: die Frau hatte verschiedene Löcher im Rücken, die alle voller — Würmer waren! — Wie weit dieser Zustand die Todesursache gewesen sein kann, wollen wir nicht untersuchen. Dr. Menieur hat vorzeitige Beerdigung der Toten beantragt. Vielleicht macht sich aber doch eine Untersuchung des Falles notwendig, damit sich herausstellt, wer daran schuld ist, daß der Körperzustand der Frau so ekelhaft werden konnte, daß eine sofortige Beerdigung angezeigt erscheint.

Aus Industrie und Handel.

Proßt bei Grundstücksverkäufen.

Der Photograph Peter Schneider verkauft (wie der „Konfektionär“ meldet) sein Rettwigerstr. 19 gelegenes Haus an Willy Samson für 150 000 M. In welcher enormer Weise der Grundbesitz

H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstrasse 17-18

Veteranenstrasse 1-2

Wir haben für unfer benannte Serien seit Monaten ganz besonders preiswerte Artikel gesammelt. Dieselben gelangen nur in dieser Woche zum Verkauf.

Serien-Verkauf

von Sonnabend, 31. August, bis Sonnabend, 7. September.

In diesen drei Serien sind auch alle Herbst-Neuheiten sämtlicher Branchen zu besonders billigen Preisen inbegriffen.

à 1.95

à 95 Pf.

à 95 Pf.

à 2.95

Damen-Blusen aus baumw. Velour, in geschmackvollen Dessins
 Kinderkleidchen, schottisch, für 8-10 Jahre pass.
 Unterröcke aus gutem Melton m. plissiertem Volant
 Matinées in schöner Ausführung
 Knaben-Blusen aus dauerhaften Stoffen
 Eleg. Damen-Krawatten aus Hermel-Pflüsch
 Damen-Salon-Schuhe aus farbigem Satin
 Damen-Kameelhaar-Hausschuhe mit Filz- und Ledersohle
 Damen-Filzhüte, Glockenform m. schön. Garnitur
 Damen-Achselfluss-Hemden in eleganter Ausführung
 Damen-Beinkleider aus Croisébarbend, Knie- oder Passenform
 Damen-Nachtjacken mit Languetten
 Anstands-Röcke aus Piquébarbend, m. Stickerel
 Untertailen m. Stickerel- u. Spitzengarnitur
 Parade-Kissen m. Klöppel- und Stickerel-Einsatz
 Frack-Korsetts aus gemusterten Stoffen
 Halbhohe Dreil-Korsetts oder gemustertes Stoff, elegant garniert
 Taschentücher, 1a Halbklein (1/2 Dtzd.)
 Hohlsaum-Taschentücher und mit Zierstick (1/2 Dtzd.)
 Halb-Reformschürzen m. eleg. Bordüre besetzt
 Miederschürzen in gleicher Ausführung
 Zierschürzen m. Träger in gleicher Ausföhr.
 Graue Satin-Schmuckschürzen
 Balltücher m. Chiffon-Volant u. Einsätzen
 Elegante Spachtel-Passen
 Elegante Jackett-Kragen
 Taffet-Miedergürtel m. Sammband-Träger
 Wäsche-Stickerel in Coupons à 4/5 Mtr. in bester Ausführung.
 Eleg. Seidensammete für Blusen Mtr. 1.95
 Moderne Seidenstoffe für Blusen Mtr. 1.95
 2 Meter eleganten Blusenstoff 1.95
 Kostüm-Stoffe 180 cm. breit Mtr. 1.95
 Aparte Kleider- u. Blusenstoffe Mtr. 1.95
 Filztuch-Tischdecken in allen Farben
 Lambrequins, aus Tislan-Pflüsch oder Velvet
 Englisch Tüll-Stores, weiss oder crème
 Barchend-Bettflaken, weiss oder bunt
 Elegante Kaffeedecken mit Franze
 Gebleichte Tischtücher, 150 x 150
 1/2 Dtzd. Halbleinen-Servietten, 60 x 60
 1 Rolltuch mit eingewebter Figur
 Elegante Tüll-Garnituren (Läufer, kleine Decken und Mitteldecken)
 Ball-Echarpes mit Seide und Chenille
 Velour-Echarpes in allerneuesten Mustern
 Weissse Kinder-Capes aus Lammfellstoff
 Damen-od. Herren-Regenschirme m. Futteral
 Schwarze, steife Herren-Filzhüte
 Weiche Herren-Filzhüte, grau oder braun
 Gestickte Congress-Läufer
 Herren-Normal-Hemden, alle Grössen
 1 Pfund gute Strickwolle
 Damen-Glacéhandschuhe, farbig und grieseperl, in haltbarer Qualität, mit Druckknöpfen
 1 neunblättrige Fächer-Palme
 1 goldbroncierte Schale mit Messer
 1 Fruchtkorb oder 1 Aufsatz
 1 Figur mit Spiegel oder 1 Weckeruhr
 1 Salontisch oder 1 Rauchtisch oder 1 Hausapotheke
 1 Haussegen oder 1 Bild
 1 Schirmständer oder 1 Paneelbrett
 1 bezogenes Plättbrett oder 1 Augeneisen
 1 Petroleumkocher, 2 sammlig
 1 sechsstufige Leiter
 1 Bürsten-Garnitur (Haarbesen, Schrubber, Borstenhandfeger, Wurzelschneidmesser)
 1 Emaille-Eimer (Delfinmuster oder weiss mit Blumen)

Damen-Blusen aus waschbarem Barchend
 Kinderkleidchen mit Volant-Passe für 1-3 Jahre
 Kostümröcke mit Knopfbesatz
 Kinder-Capes aus blauem Cheviot
 Knaben-Blusen aus soliden Stoffen
 Knaben-Hosen, blau Cheviot, od. andere praktische Stoffe
 Damen-Tuch-Hausschuhe m. Cordelsohle
 Damen-Tuch-Pantoffel mit Filzsohle und Fleck
 Mädchen- oder Kinder-Hausschuhe mit Cordelsohle
 Engl. garnierte Damen-Filzhüte
 Knaben- oder Mädchen-Matrosenmützen
 Runde Kinder-Filzhütchen mit Volant
 Damen-Achselfluss-Hemden
 Damen-Knie-Beinkleider
 Untertailen, sehr elegant mit Spitze garniert
 Elegant sitzende Mieder-Korsetts, hellblau, rosa, lilä, grau
 Halbhohe gemusterte Korsetts
 Tändelschürzen mit schöner Bordüre
 Elegante Schmuckschürzen mit Tasche
 Spachtel-Passen I. verschied. Ausführung.
 Spachtel-Jackettkragen oder Garnituren
 Straussfeder-Ballfächer
 2 gestickte Damenkragen und 2 Knoten
 Seidene Damen-Krawatten
 Elegante Spitzen-Jabots
 Elegante Gold-Gummigürtel
 Chiffon-Schleier, 140 cm lang
 Spitzen-Rock-Volants in allen Farben
 4 Meter breite Valenciennes-Spitzen
 1 Meter Chinéband, 12 cm breit
 Wasch-Seide für Blusen Meter 95 Pf.
 Moderne Blusenstoffe Meter 95 Pf.
 Neueste baumwollene Flanelle für Matinées Meter 95 Pf.
 Kleider-Cheviot, 110 cm breit, Meter 95 Pf.
 2 1/2 Mtr. Velour f. Blus. od. Kinderkleid. 95 Pf.
 Kostümstoffe I. mod. Geschmack Meter 95 Pf.
 Linoleum-Vorleger, 70x90
 Satin-Sofakissen mit Wachstuchbrücken
 2 bestickte Nähtischdecken
 1 grosse Nähtischdecke m. Schnur u. Quaste
 2 Erbstüll-Scheibenschleier
 1 Filztuch-Kommodendecke, bestickt
 Filztuch-Lambrequins, reich bestickt
 Küchen-Wachstuch-Garnituren, 4 teilig
 Weissse Plätttücher
 3 Gerstenkorn-Handtücher mit Kante
 Frottier-Handtücher mit Buchstaben
 Kaffee-Decken mit Franzen
 Kinder-Badelaken
 Wachstuch-Wandschoner, neues Muster
 1 Dtzd. Staubtücher oder 6 Poliertücher
 1 Gartentischdecke oder 1 Rolltuch
 2 Damast-Handtücher
 1 grosse Wachstuch-Decke, 160x180
 1 Wachstuch-Waschgarnitur, steifig
 Gestickte Stuben-Handtücher
 Gezeich. Stuben-Handtücher mit Durchbruch
 Gestickte Küchen-Handtücher
 Gezeichnete weissse Läufer mit Durchbruch
 Gezeichnete Besenhandtücher
 Gezeichnete Tischdecken 70x70, m. Durchbruch
 Grosse Häkel-Tischdecken
 1 Tüll-Garnitur, weiss oder crème
 Gestickte Klammerschürzen
 Congress-Waschtisch-Garnituren

Weisse Damen-Glacéhandschuhe
 Karrierte Velour-Echarpes
 Knaben-Sweaters für 8-12 Jahre passend
 Wollene Kopf-Fichus
 2 Stck. gestrickte Kinder-Röckchen
 Gestrickte Kinder-Kleidchen in 3 Grössen
 Gestrickte Golf-Blusen
 1 Kinder-Mützchen u. 1 Paar Schuhchen
 1 Kinder-Jäckchen mit Mützchen
 Trikot-Untertailen mit oder ohne Aermel
 5 Stück glatte Korsettschoner
 2 Stück durchbrochene Korsettschoner
 4 Paar schwarze Damenstrümpfe
 2 Paar geringelte Damenstrümpfe
 3 Paar gestr. schwarze Damenstrümpfe
 1 Paar reinwoll. gewebte Damenstrümpfe
 1 Paar gestr. reinwoll. Damenstrümpfe
 2 Paar halbwooll. schw. Damenstrümpfe
 3 Paar Schweiß-Socken
 4 Paar halbwoollene Socken
 1 Falten-Serviteur u. weissse Manschetten
 2 Herren-Krawatten (1 Regattier u. 1 Diplomat)
 Eleg. Herren-Krawatt. (1 Regattier od. 1 Diplomat)
 1 Normalhemd oder Beinkleid
 1/2 Pfd. Estremadura, weiss, in 3 Stärken für den tägl. Gebrauch
 1 gefüllt. Kasten m. Kurzwaren, elegant mit Spitzengarn.
 3 Paar Strumpfbänder mit Schleife
 1 Paar Strumpfbänder od. Halter, elegant mit Spitzengarn.
 2 Stck. Bettlitz u. 2 Garnituren Senkel
 1 Wetterhäusch. 95 Pf. 2 Spiegelfig. 95 Pf.
 2 Blumenvasen 95 Pf. 2 Wandteller 95 Pf.
 1 Fruchtkorb aus Zinkguss
 1 Zinnbecher mit Ansicht
 1 Nippesgegenstand 95 Pf., 2 Vasen 95 Pf.
 2 Plüsch-Wandteller
 1 Plüsch-Haussegen
 1 Rauchservice 95 Pf. 1 Thermometer 95 Pf.
 1 Liqueur- oder 1 Wasser-Service
 1 Butter- oder 1 Eier-Menage
 1 Familien-Rahmen, poliert Holz
 1 grosse Figur aus Hifenbeinmassen
 1 Schwarzwälder Wanduhr
 1 Bambus-Etagère mit 3 Tellern
 1 Vogelkäfig 95 Pf., 1 Fussbank 95 Pf.
 1 Bild 95 Pf., 1 Zeitungsmappe 95 Pf.
 1 Bücherbrett oder 1 Paneelbrett
 1 Spiegel 95 Pf., 1 Wandspruch 95 Pf.
 1 braune Reisetasche
 1 Photographie- oder Postkarten-Album
 1 Kettentasche 95 Pf., 1 Markttasche 95 Pf.
 1 Läufer u. 50 Papierservietten im Karton
 2 Karton = 12 Stck. Blumenseife
 1 Kart. Eulenseife u. 1 Flasche Parfüm
 12 Stck. Renaissance-Kerzen
 1 Manicure 95 Pf., 1 Rasiermesser 95 Pf.
 1 Brennmäschine u. 1 Wellenscheere
 1 Emaille-Petroleumkanne, 2 Liter
 1 Emaille-Wasserkessel mit Absatz
 1 Gaskocher mit Schlauch
 1 Gewürz-Etagère mit bunten Tönnchen
 1 Küchenlampe mit Spiegelblende
 1 Wickskasten m. Blank-, Auftrags- u. Schmutzabstreife
 1 Wiegemess. 95 Pf., 1 Küchenschemel 95 Pf.
 12 Kaffeelöffel und 6 Esslöffel
 1 Waschständ. m. Waschsüssel u. Seifnapf
 1 Holztafelt m. bunter Glaseinlage
 1 Waschbrett, 1 Aermelbr. u. Klammer 95 Pf.
 6 Stck. Victoriabecher mit Goldrand
 1 Porzellan-Café-Service, steifig
 1 Fächer-Palme, 6 Blatt

Damen-Blusen aus Samtflanel in ohlken Passons
 Kinderkleidchen in eleg. Ausf., f. 8-14 Jahre pass.
 Knaben- od. Mädchenkittel m. Matrosenkragen
 Unterröcke mit reich garniertem Volant
 Kostümröcke aus gutem Stoff, in engl. Geschmack
 Matinées aus Velourstoff mit Samtgarnitur
 Kinderjacken aus blauem Chev., f. 8-14 Jahre pass.
 Kinder-Pelerinen, blau Cheviot mit roter Kapuze, für 8-14 Jahre passend
 Knaben-Anzüge, für 8-14 Jahre passend
 Damen-Plüschkrawatte, Breite für Hermelin (sehr modern)
 Damen-Krawatte aus Hermel-Kanin, ca. 190 cm lg.
 Damen-Lack-Spangenschuhe, genäht
 Chick garn. Damen-Filzhüte in neuest. Form.
 Damen-Hemden in sehr eleganter Ausführung
 Damen-Kniebeinkleider mit Stick. u. Motiven
 Damen-Nachtjacken m. Stick., aus Croisé-Barb.
 Damen-Nachthemden mit Stickerel
 Untertailen, sehr elegant ausgestattet
 Paradekissen mit Volant und Stickerel-Motiven
 Frack-Korsetts m. Strumpfhalter aus gemust. Stoff
 Frack-Korsetts aus reinem Dreil, elegant garniert
 Halb-Reformschürzen mit Träger, sehr elegant
 1 Dutzend Taschentücher mit Hohlsaum
 Elegante Rock-Volants
 Echte Straussfeder-Ballfächer
 Brautschleier, 2x2 1/2 Meter, mit gestickter Ecke
 Elegante Spachtel-Passen
 6 Meter praktischen Hauskleiderstoff
 Schw. schwere Damassé-Seide, Meter 2.95
 Prima Kleidertuch, tropfensicht, Mtr. 2.95
 Elegante Filztuch-Tischdecken mit Applikation. Grösse 145 x 145
 Fantasie-Tischdecken in schwerer Qualität
 Plüsch-Bettvorleger in feinen Dessins
 Engl. Tüll-Stores od. abgepasste Fenster in weiss oder crème
 Extra schwere Badelaken aus Kräuselstoff
 1/2 Dutzend Damast-Handtücher
 1 Tisch-Gedeck mit 6 Servietten
 1 Kaffee-Gedeck mit 6 Servietten
 Extra gute Tischtücher 150 x 150 gross
 1/2 Dutzend Tisch-Servietten, gesäumt
 Grosse Velour-Echarpes in neuesten Mustern
 Lange weissse Kinder-capes mit farbig gefärbtem Capuchon
 Herren- oder Damen-Regenschirme aus Satin de Chine mit Futteral
 Damen-Regenschirme mit farbiger Bordüre
 Ball-Echarpes in eleganter Ausführung
 Steife Herren-Hüte in schwarzem Haarfilz
 Damen-Mocha-Handschuhe mit Perlmutter-Druckknöpfen
 Lange weissse Glacéhandschuhe 6 Knopf lang
 1 Salontisch 2.95 1 Rauchtisch 2.95
 1 Ständer mit Käfig 2.95
 1 Bücher-Etagère 2.95
 1 Spiegel mit Aufsatz 2.95
 1 Haussegen 2.95 1 grosses Bild 2.95
 1 Bowle mit Kupferdeckel
 1 Kanne, verkupfert oder vergoldet mit Majolikakorb
 1 Aufsatz 2.95 1 Schale 2.95
 1 Rauchservice 2.95 1 Wecker 2.95
 1 grosse Wanne verzinkt oder Emaille
 1 Küchenrahmen
 1 Tischlampe, 4 teilig
 1 grosses Wasch-Service rot abgetönt
 1 Emaille-Toilette-Eimer mit Halsge und Korbbengel
 1 Damen-Handtasche 2.95
 1 Reisetasche 2.95
 1 Photographie-Album mit Staffelei
 1 Schulmappe für Knaben od. Mädchen

Beiträge zum Auer-Denkmal.

Pflanzenverein „Weißer“ von Pfaffen 3.— Sechserklasse der Möbelfabrik Lichtenstein, Weihensee 10.— Schneidwerkstatt Benedict 5.—

Partei-Angelegenheiten.

Am Sonntag, den 1. September 1907, mittags 12 Uhr, findet im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, die Parteikonferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg statt.

- Tagesordnung: 1. Bericht des Zentralvorstandes. Referent Leo Zucht. (Organisation und Agitation.) 2. Bericht über die Presse. Referent D. Sidow.

Zur Lokalfeste. Am Sonnabend, den 7. September, veranstalten die Gesangsvereine „Liederhain“, „Eintracht II“ und „Belcanto“ Lichterfeste in dem gepflanzten Lokal „Hertels Schützenhaus“.

Treptow-Hausmehlweg. Die Parteigenossen werden ersucht, sich zu einer Handzettelverteilung am Sonntag früh 8 Uhr in den Bezirkslokale zahlreich einzufinden.

Maricendorf. Sonntag früh 8 Uhr: Flugblattverteilung von den Bezirkslokale aus. Zahlreiches Erscheinen der Genossen ist Pflicht.

Berliner Nachrichten.

Die Sittlichkeit am Freibad im Wannsee.

Unter diesem Titel wandten wir uns in der Dienstagnummer gegen den Sittlichkeitsapostel, der in der „Großen Glocke“ nicht einbringlich genug auf die sittliche Gefahr am Freibad Wannsee aufmerksam machen konnte.

Damit dürfte auch zum Teil die Frage, die das Blatt an den Artikelschreiber des „Vorwärts“ stellt, beantwortet sein. Doch wir sind nicht unzufrieden. Unsere Leser sind schließlich auch neugierig, welche Frage die „Große Glocke“ an uns richtet, sie lautet: „Fragen möchten wir den Artikelschreiber des „Vorwärts“ nur, und zwar, nachdem er sich das Freibad am Wannsee an einem belebten Tage selbst angesehen hat, ob er zugeben würde, daß seine eigene Frau und seine halberwachsene Tochter sich vor den Augen vieler Tausende am offenen Strande aus ihren Kleidern schälten, und ob er selbst den Mut haben würde, dazwischen in einem Schutz herumzulaufen, der bei einer Größenkonkurrenz mit einem Feigenblatt noch verzweifelt schlecht abschneiden würde.“

Selbst auf die „Gefahr“ hin, von der „Großen Glocke“ bebauert zu werden, sei gesagt, daß der Artikelschreiber keinen Anstoß nehmen würde, wenn es Frau und Tochter Vergnügen macht, unter Tausenden entkleideter Menschen das gleiche zu tun; und selbst er genierte sich nicht, unter so vielen nackten Menschen seinen Körper den Sonnenstrahlen auszuweisen.

Mode und — Selbstmord.

Gibt es etwas, was nicht der Mode unterläge? Die Mode beherrscht alle Formen der Lebensbetätigung, niemand kann ihren Launen sich ganz entziehen, nichts bleibt unberührt von ihrem Einfluß.

Die Statistik der Selbstmorde in Berlin hat uns in neuester Zeit ein sehr lehrreiches Beispiel hierfür geboten. Eine lange Reihe von Jahren hindurch hatte man beobachten können, daß der Anteil der einzelnen Selbstmordarten an der Gesamtzahl der Selbstmorde sich nur unmerklich veränderte.

In den drei Jahren 1903, 1904, 1905 wurden in Berlin 509, 612, 605 Todesfälle als Selbstmorde gebucht. An diesen Zahlen waren die Vergiftungen beteiligt mit 71, 113, 200 Fällen, d. h. mit rund 12 Proz., 18 1/2 Proz., 30 Proz. Man sieht, daß von 1903 bis 1905 der Prozentsatz der Vergiftungen in jähem Aufstieg auf das Zweieinhalbfache emporgeschossen ist.

Die Zunahme des Anteils der Vergiftungen hat naturgemäß eine Abnahme des Anteils anderer Selbstmordarten zur Folge gehabt. Bei den Männern hat besonders der Strick, wenn man so sagen darf, etwas von seiner Beliebtheit eingebüßt.

Für die neue Feuerwache in der Schulamtsstraße soll nach einem Beschluß des Berliner Magistrats vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung ein elektrisch betriebener Automobil-Löschzug beschafft werden.

Zur Herbstparade erläßt der Polizeipräsident folgende Bekanntmachung: Aus Anlaß der am 2. September d. J., vormittags 9 Uhr, auf dem Tempelhofer Felde stattfindenden Parade wird die Tempelhofer Chaussee von etwa 8 Uhr an bis zur Beendigung der Parade für jeden Verkehr gesperrt.

felderstraße dürfen von Lastwagen während der Zeit vom Ausrücken der Truppen bis nach deren Einmarsch in die Stadt nicht befahren werden. Nur den mit Passierscheinen versehenen Personenzugmaschinen ist das Befahren der Velleallianzstraße bis zum Steuerhause gestattet.

Auf das Parodiefeld östlich der Tempelhofer Chaussee werden nur solche Equipagen zugelassen, deren Inhaber mit polizeilichen Passierscheinen versehen sind; alle anderen Befahrer sowie die zu Fuß befindlichen Zuschauer müssen sich westlich der Tempelhofer Chaussee aufstellen.

Die Chronik der Verschwundenen und Verschollenen ist heute wieder einmal eine ungewöhnlich reichhaltige. Polizeilich sind nicht weniger als sieben Vermisste gemeldet worden. Es befinden sich darunter fünf Mädchen sowie Frauen und zwei Männer.

Die Chronik der Verschwundenen und Verschollenen ist heute wieder einmal eine ungewöhnlich reichhaltige. Polizeilich sind nicht weniger als sieben Vermisste gemeldet worden.

Unglücksfälle im Straßenverkehr. Ein Zusammenstoß einer Droschke mit einem Straßenbahnwagen der Linie 23 ereignete sich gestern am Bahnhof Groß-Weichenstraße.

Ein Diebstahl von Fernsprechdraht ist jetzt nach längerer Pause wieder entdeckt worden. In der Nacht vom 27. zum 28. d. M. sind aus der Fernsprechkabine an der Görlitzer Bahn zwischen den Stangen 7 und 8 in Treptow 5 Verbindungsgleitungen mittels Jange abgenommen und gestohlen worden.

Ein tödlicher Unfall ereignete sich Donnerstag in dem Hafen der Berliner Gasanstalt in Legel. Dort wollte der Schiffsbesitzer Karl Schröder aus Nieder-Jahden eine Ladung Koks einnehmen.

In dem orthopädisch-chirurgischen und mediko-mechanischen Institut der Doktoren Blumenthal und Hirsch findet wochentlich von 12 bis 1 Uhr eine poliklinische Sprechstunde für Unbemittelte statt.

Der Berliner Ruderverein „Freiheit“ veranstaltet seine diesjährige Vereinsregatta am Sonntag, den 1. September 1907, morgens 9 Uhr, auf dem Rummelsburger See.

Die heutige Eröffnungsfeier des „Theaters an der Spree“ beginnt bereits um 7 1/2 und nicht um 8 Uhr.

Auf dem Wege von der Ackerstraße bis zur Invalidenstraße, Ecke der Scharnhorststraße, ist ein Hausfassierer des Zentralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen, Jablonski Berlin, am Mittwoch, den 28. d. M., ein graues Beutelportemonnaie mit 49,50 M. Inhalt verloren gegangen.

Feuerwehbericht. Der 13. Zug wurde nach der Invalidenstraße 147 alarmiert, wo Holzwohle und andere brannte. Derselbe Zug hatte in der Luisenstr. 6 zu tun, wo Schalbeden, Balken und anderes in einem Keller in Brand geraten waren.

vorchtigkeit Feuer ausgekommen. Stroß usw. Frannie dort. Kerker liefen noch Alarme aus der Rheinsbergerstr. 62, Langestr. 30, Reuen Königsstr. 93, Thierstr. 17 und anderen Stellen ein. Fleisch, Schornsteine usw. brannten dort.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Kein Volkspart für Rixdorf. Der Plan, die Königsheide zu einem Volkspart für Rixdorf umzugestalten, ist, wie gemeldet wird, gescheitert. Da es sich um ein fiskalisches Gelände handelt, wurde der Königl. Forstfiskus befragt, welchen Preis er für die Heide verlangen würde, und gleichzeitig wurde er gebeten, keine zu hohen Forderungen zu stellen, um nicht ein gemeinnütziges, im gesundheitlichen Interesse der ganzen Stadt liegendes Unternehmen unmöglich zu machen. Die Antwort des Forstfiskus ging dahin, er sei wohl zum Verkauf der Königsheide für den genannten Zweck bereit, müsse aber als Mindestpreis für die Quadratrute 170 M. verlangen. Die ganze Königsheide umfaßt 925 Morgen, sie würde also bei diesem Mindestpreise nicht weniger als 27 785 000 M. kosten. Selbst wenn man sich mit der Hälfte der Königsheide begnügen würde — und viel kleiner darf ein Volkspart nicht sein — müßte die Stadtgemeinde Rixdorf dem Plane nahezu 14 Millionen opfern, was nach der Finanzlage der Stadt ausgeschlossen ist.

Der Fiskus ist in seinem Verlangen wahrlich nicht bescheiden. Die Tatsache, daß solche Wälder für die Gebung der Volksgesundheit dienen könnten, hindert ihn nicht, eine so ungeheure Summe zu verlangen.

Zahlreiche Taschendiebstähle sind in der letzten Zeit auf den Wochenmärkten am Waidach-Weg verübt worden. Die Langfinger „arbeiten“ in der Weise, daß sie einkaufenden Frauen, während diese mit den Standhändlern unterhandeln, die Geldbörsen aus den Handtaschen herausziehen. Bei der Polizei laufen fortgesetzt Anzeigen über derartige Vorfälle ein. Vor den dreifachen Dieben mag also dringend gewarnt sein.

Charlottenburg.

Der Unternehmerverband im Transportgewerbe und unsere Organisation“ lautet das Thema, über das Kollege Himpel in einer von der Ortsverwaltung Charlottenburg des Deutschen Transportarbeiterverbandes einberufenen öffentlichen Versammlung referierte. Der Referent beleuchtete scharf und treffend die Massenengegenseite der Gegenwart. Er wies auf die ungeheure Zahl der ständig arbeitslosen hin, die das Kapital stets zu gegebener Zeit für seine Interessen einzulagern suche, um bei Streiks und Ausperrungen ihren Verlust in den Rücken zu fallen. Zum Schluß seines mit drastischem Material belegten Vortrages betonte Redner die Anwesenheit darauf, daß wir vor einer industriellen Krise ständen, in welcher das Unternehmertum frecher denn je sein Haupt gegen die Arbeiterorganisation erhebe. Er mahnte daher zu kräftiger Agitation und zum Eintritt in die modernen Gewerkschaften. Nachdem der Referent seinen Vortrag beendet, ergriff Kollege Gebert das Wort. Er führte aus, daß der zweite Vorsitzende des Arbeiterverbandes Herr Ubert, in Firma Hugo Joske, seinen Arbeitern angeklagt habe, den Tarif mit dem Deutschen Transportarbeiterverbande zu kündigen. Der bisher gezahlte Lohn wird gekürzt und der bisher gewährte Urlaub gestrichen; der Verband soll nicht mehr anerkannt werden. Auch er ermahnte die Versammelten, den Verband zu verlassen, nur dann sei es möglich, den Geläften der Arbeitgeber entgegenzutreten. Nachdem noch einige Diskussionsredner im Sinne des Referenten gesprochen, nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an: Die heute am 27. August im Volkshaus folgende öffentliche Versammlung aller im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erklärt sich voll und ganz mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich für die Werbung neuer Mitglieder und Ausbreitung des Verbandes mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln Sorge zu tragen. Die Versammelten erklären im Deutschen Transportarbeiter-Verband den besten Schutz gegen die Maßnahmen der Unternehmer.

Schöneberg.

Die Schöneberger Gewerkschaftskommission nahm in ihrer letzten Sitzung zunächst den Bericht von der Berliner Gewerkschaftskommission entgegen. Die Delegierten erklärten sich mit den einzelnen Punkten einverstanden. Betreffs der Angelegenheit „Trepptower Sternwarte“ wurde beschlossen, den auf Schöneberg entfallenden Teil an Vorleistungsgelätern zu entnehmen. Bergmann gab einen kurzen Überblick über die Situation im Schlächtergewerbe. Janßen hatte sich der Mühe unterzogen, gelegentlich die Polizei auf die Uebertretung der Kinderbeschützbestimmungen aufmerksam zu machen. Wie er den Delegierten mitteilte, ist es ihm einige Male passiert, daß der betreffende Polizist ihn selbst notiert habe, aber nicht das Kind. Die Kommission will sich mit dem Frauenverein in Verbindung setzen, um auf diesem Gebiet geeignete Schritte zu unternehmen. Zum Punkt „Bibliothek“ wurde beschlossen, die dem Wahlverein gehörige Bibliothek, welche in den Räumen der Expedition untergebracht, daher den ganzen Tag geöffnet ist, zu benutzen und die von nur gewerkschaftlich organisierten vorrentierten Bücher auf Kosten der Gewerkschaftskommission zu übernehmen. Genosse Stargard (Handlungsgehilfe) machte darauf aufmerksam, alle Einkäufe vor 7½ Uhr zu bewirken, ebenso die Genossen anzuhalten, ihre im lautmännlichen Beruf tätigen Söhne und Töchter dem Zentralverband der Handlungsgehilfen zuzuführen.

Die Wahlvereinsversammlung tagte am 27. d. M. im Obfischen Lokal. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des vorstehenden Genossen Wilhelm Häle mit warmen Worten die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. — Die Versammlung nahm hierauf das Referat des Genossen Wollenbueh: „Der Wert des Parlamentarismus“ mit Beifall entgegen. Eine Diskussion schloß sich an das Referat an. — Darauf erstattete Genosse Butzy den Bericht von der Kreisgeneralversammlung, der ebenfalls debattelos entgegengenommen wurde. — Unter Vereinsangelegenheiten wies der Vorsitzende dann nochmals darauf hin, daß die Wählerlisten noch bis zum 30. d. M. zur Einsichtnahme ausliegen. Er forderte die Mitglieder auf, in der bevorstehenden Stadtverordnetenwahlbewegung in allen Stücken ihre Schuldigkeit zu tun.

Mariendorf.

Ein Verbot, polnische Arbeiter in Schlafstellen aufzunehmen, hat der hiesige Amtsvorsteher erlassen. Dasselbe lautet: „Es wird hierdurch zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß ausländische Polen im hiesigen Amtsbezirk in Schlafstellen nicht aufgenommen werden dürfen. Ich warne die Schlafstellenmieter vor dem Vermieten der Schlafstellen an ausländische Polen und mache darauf aufmerksam, daß alle Polen rücksichtslos mittels Zwangsstransports ihrer Heimatsbehörde zugeführt werden, soweit sie nicht kontraktlich in der Landwirtschaft beschäftigt werden.“

Es läge doch viel näher, den Arbeitgebern, die ein besonderes Interesse haben, polnische Arbeiter heranzuziehen, die Beschäftigung derselben zu verbieten. Zwar duldet man, daß polnische Arbeiter als Lohnhändler und Streikbrecher herbeigeholt werden, alsdann aber will man verhindern, daß dieselben im Ort wohnen sollen. Interessant ist, daß bei den kontraktlich Verpflichteten in der Landwirtschaft noch eine Ausnahme gemacht wird. Wir sehen auch hier, daß den Herren vom nationalen Schwein ein besonderes Kompliment gemacht wird.

Weißensee.

Ein neuer Rathausbau soll einem Verdict zufolge auf dem Schloßgelände errichtet werden. Es wird hierzu mitgeteilt, daß gar nicht daran zu denken sei, daß das allerdings in Kürze zu errichtende Rathaus auf die Stelle des Schlosses zu stehen kommt, da die Gemeinde den Schloßanbau vollständig aufgeben mußte, weil die Besitzer einen unerbittlich hohen Preis verlangten. Es ist vielmehr das Baumaterial beauftragt worden, einen Rathausentwurf anzufertigen; das Rathaus soll auf dem eigens zu diesem Zweck angekauften Hofmannschen Gelände seinen Platz erhalten. Ebenso ist für das Realgymnasium bereits ein Platz bestimmt und zwar auf dem Gelände hinterm Kreuzplatz, welcher durch Anlegung neuer Straßen erreichbar wird. Dieser Bau soll bereits im nächsten Jahre in Angriff genommen werden.

Schwand.

In der Generalversammlung des Wahlvereins, die am Dienstag bei Heinrich in Hauke's Abgabe stattfand, erstatteten zunächst Vorstand und Funktionäre ihre Berichte über das erste Halbjahr 1903. Nach diesen hat sich der Mitgliederstand innerhalb dieser Zeit gehoben von 50 auf 73. Verworfen sind 4, gestrichen werden mußten 4 Mitglieder. — Der Kassenbericht verzeichnet eine Einnahme von 123 M., dem eine Ausgabe von 17,40 M. entgegengesetzt. — Auch der Abonnementstand des „Vorwärts“ hat in der Berichtszeit eine erfreuliche Zunahme erfahren und zwar beträgt derselbe gegenwärtig 139 gegen 103. Aus dem Verhältnis zwischen „Vorwärts“-Lesern und Mitgliederzahl aber ergibt sich, daß für agitatorische Tätigkeit dem Wahlverein noch ein reiches Wirkungsfeld offen steht. — Sodann erstatteten die Genossen Rolfstein und Schöps Bericht über die Verbands- wie die Kreisgeneralversammlung, mit deren Beschluß sich die Versammlung einverstanden erklärte. — Ueber die Angelegenheit der Niedersdorfer Schule resp. des Neubaus derselben entspann sich eine längere Debatte, in deren Verlauf beschlossen wurde, die traurigen Schulverhältnisse Niedersdorfs in einer öffentlichen Versammlung zu behandeln.

Nieder-Schönhausen.

In immer mysteriöserer Dunkel hält sich das Verschwinden des Kaufmanns Hamppe. Die Nachforschungen der Polizeibehörden haben bisher noch nicht den geringsten Anhaltspunkt ergeben. Die den Behörden zugegangenen Meldungen haben sich zum größten Teil als völlig belanglos oder unzutreffend erwiesen. Jetzt kommt aus Tegel die Nachricht, daß in Tegelort eine Flaschenpost aufgefangen worden ist. Diese lautet: „Am 22. bin ich, Hamppe aus Schönhausen, im Tegeler See ertrunken“. Ob diese Zeilen wirklich von dem Verschwundenen herrühren oder ob dieselben von einer fremden Person geschrieben sind, dürfte eine Prüfung der Schriftzüge ergeben. Keinesfalls aber wäre damit erwiesen, daß Hamppe in der Tat Selbstmord im Tegeler See verübt hat resp. dort ertrunken ist.

Ein aus politischen Quellen schöpfender Berichterstatter meldet, daß Hamppe in schlechten Vermögensverhältnissen gelebt habe und stark verschuldet gewesen sei. Die 2000 M., die er von Hause mitnahm, hatte er ohne Wissen seiner Frau eingesteckt. Die Polizei und Frau Hamppe glauben zurecht, daß der Mann noch lebt. Daß er seiner Frau beim Abschied 100 M. in die Hand drückte, deutet nicht gerade auf die Absicht hin, bald wiederzukommen. Die zurückgebliebenen Beschlüsse hat Frau Hamppe Vater für eine Forderung von 3100 M. beschlagnahmen lassen. Der Brief, in dem die Beschlüsse lagen, nebst Originalbriefen Hamppe dem Sachverständigen Dr. Georg Meyer in Hermsdorf übergeben. Dieser erklärt, alles spreche dafür, daß die Schrift von Hamppe selbst herrühre. — Danach wäre H. aus Furcht vor seinen Gläubigern flüchtig geworden.

Reinickdorf-Ost.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins hielt Genosse Bloch ein Referat über: „Die preussische Verfassung“, worin er ein anschauliches Bild über ihre Entstehung, Wandelung, Auslegung und deren Widerspruch mit der Praxis gab. In der Diskussion unterstützte Genosse Meißner die Ausführungen des Referenten und Genosse Lorenz forderte die Anwesenden auf, das Gehörte beifens zu verwerten und in eine intensivere Agitation einzutreten. — Den Bericht über die Generalversammlung von Groß-Berlin gab Genosse Meißner, den über die Kreis-Generalversammlung Genosse Nielsen. Unter Vereinsangelegenheiten erfolgte die Kassenabrechnung, die trotz der ungünstigen Verhältnisse noch einen kleinen Ueberschuß aufwies. Um die Abrechnungen schneller zu ermöglichen, wurde ein Antrag Meißner-Lorenz angenommen, daß Billets stets spätestens nach zwei Monaten abzurechnen sind und etwaige Restanten persönlich zu hasten haben. Die Verschwender Gumpert-Gurck wurde zur persönlichen Gegenüberstellung der Streitenden an den Vorstand zurückverwiesen. Genosse Nielsen machte noch darauf aufmerksam, daß die Gewerkschaften 100 000 Billets zur Beschäftigung der Trepptower Sternwarte abgeschlossen haben und empfahl regste Beteiligung.

Vernau.

Ein Diebstahl wurde in der vergangenen Nacht in dem Kassenzimmer der hiesigen Güterabfertigungsfelle verübt. Durch Einbrechen einer Fensterscheibe verschaffte sich der Dieb Eintritt in das Kassenzimmer. Er schalt das Schloß der Tür am Kassenhause heraus, so daß die Tür geöffnet werden konnte. Der untere Raum bot aber nichts Wertvolles und der Kassenhause selbst schlen wohl zu erbrechen, was Spuren bewiesen, unmöglich, so daß der Dieb unverrichteter Dinge wieder von dannen zog.

Eine Liebestragödie, die voraussichtlich zwei Menschenleben fordern wird, spielte sich am Dienstagmorgen in dem beschriebenen Dorfe Klosterfelde ab. Die 19jährige Tochter des Wirtens Lange daselbst war mit dem 24jährigen in Kredit geborenen Gärtner Meier verlobt. Meier hatte früher bei Lange in Arbeit gestanden, war aber, weil die Eltern von dem Verhältnis nichts wissen wollten, entlassen worden. Am Dienstagmorgen gegen 4 Uhr, als das Mädchen mit ihrem Bruder auf dem Felde beschäftigt war, erschien plötzlich Meier, der in Berlin in Stellung war und hat um Hilfe gesprochen mit dem Mädchen. Im Verlaufe derselben zog er plötzlich einen Revolver und feuerte drei Schüsse auf das Mädchen ab. Dem Bruder, der seiner Schwester zu Hilfe kommen wollte, schoß Meier in die Hüfte und nur mit Mühe konnte sich derselbe ins Dorf schleppen, um Hilfe zu holen. Inzwischen hatte sich Meier selbst eine Kugel in den Kopf gejagt, er wurde festgenommen, bis später Sanitätsrat Jemrich aus Liebenwalde die sofortige Ueberführung sämtlicher drei Verletzten in das Liebenwalder Krankenhaus veranlaßte. Das Mädchen ist in der Hüfte, im Genick und im Rücken verwundet, ihr Zustand ist besorgniserregend. Der Täter ist, wie verkantet, noch am selben Abend seinen Verletzungen erlegen.

Oranienburg.

Den Boden unter den Füßen verloren hat in des Wortes wahrster Bedeutung die Frau des Arbeiters Stimmagel in ihrer in dem Hause Berlinerstr. 38 belegenen Wohnung. Als Frau St. vorgestern abend gegen 10 Uhr aus der an das Wohnzimmer grenzenden Kammer etwas holen wollte, brach der Fußboden unter ihr zusammen und sie stürzte in die darunter liegende Stube einer fremden Familie, und zwar gerade auf das Bett, in welchem der Mann schlief. Die Arbeiterfrau erlitt bei dem Fall einen Bruch des rechten Armes und Verletzungen am Kopf und an den Beinen. Die zerbrochene Kammer wurde von der Polizei geschlossen.

Verammlungen.

Solgarbeiterverband. Am Mittwoch fand in Stellers Saal eine Vertrauensmännerversammlung statt. Loche erstattete Bericht als Delegierter zur Internationalen Solgarbeiterkonferenz und zum Internationalen Sozialistenkongress. Er gab eine eingehende Darstellung von den Verhandlungen der beiden Kongresse und sagte sein Urteil über den Internationalen Sozialistenkongress dahin zusammen: Der Kongress sei eine machtvolle Kundgebung des Proles-

tarials der ganzen Kulturwelt gewesen, die auch auf die herrschende Klasse Eindruck gemacht und ihr gezeigt habe, daß die Arbeiterklasse aller Länder rüstig vorwärts strebe zu ihrem Ziel.

Hierauf gab P e c h n e r den Bericht vom paritätischen Arbeitsnachweis. Im ersten Quartal wurden 6440 Arbeitsuchende eingeschrieben. 2334 Gesuche liefen ein, 1745 Stellen wurden besetzt. Im zweiten Quartal waren 7470 Arbeitsuchende eingeschrieben, 2327 Adressen liefen ein, 2291 Stellen wurden besetzt. Die höchste Zahl der Arbeitslosen — 2133 — war am 24. Mai, die niedrigste Zahl — 1226 — am 28. Juni zu verzeichnen. Von den Arbeitsuchenden, die im zweiten Quartal eingeschrieben waren, gehörten 6795 dem Deutschen Solgarbeiterverbande an. — Den Bericht vom Arbeitsnachweis des Verbandes erstattete Späth e. Im ersten Quartal liefen 326 Adressen ein, 293 Stellen wurden besetzt. Im zweiten Quartal waren 338 Adressen gemeldet, 231 Stellen wurden besetzt.

Öffentliche Bibliothek und Reichhalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, S.W., Alexandrinenstr. 36. Gedruckt täglich von 9½—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—11 und 2—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für den Reichstagswahlkreis Jülich-Bonn-Schwielow-Aachen-Sommersfeld (Oranienburg-Berlin). Heute abend bei Hofmann, Kappensstraße 47, Mitgliederversammlung.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 1. September, 6½ Uhr früh im Rathhaus, Eingang Adenstr. Saal 109: Versammlung mit freireligiöser Beteiligung. — Donnerstags 10½ Uhr in der Schule, Kleine Frankfurterstr. 6: Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille: „Biblische Sagen. II. Das Paradies.“ Damen und Herren als Gäste willkommen.

Vermischtes.

Sehn Personen getötet, achtzig verletzt.

In Oporto fand vorgestern in dem im ersten Stockwerk gelegenen Redaktionslokal der Zeitung „Noticias“ in Gegenwart vieler Personen eine Verlosung statt. Plötzlich stürzte der Fußboden ein. Dabei sind zehn Personen ums Leben gekommen und viele verletzt worden. Eine spätere Meldung aus Oporto besagt: Die Zahl der Personen, die sich gestern in den Räumen der Zeitung „Noticias“ befanden, betrug etwa 500. Es wurden, wie sich nunmehr herausstellte, weit mehr Personen verletzt, als es zuerst den Anschein hatte. 80 Verwundete werden in Krankenhäusern behandelt, eine Anzahl andere fanden Hilfe in Apotheken. Auf die Bevölkerung hat das Unglück einen niederschmetternden Eindruck gemacht. Im Totenschauhaufe und beim Transport der Leichen spielten sich herzzerreißende Ausbrüche ab.

Vier Bergleute tödlich verunglückt.

Aus Dortmund wird vom gestrigen Tage gemeldet: Auf der Zeche „Victor“ bei dem Dorfe Raugel verunglückten heute früh vier Bergleute tödlich bei einer verbotswidrigen Seilfahrt.

Ein folgenschwerer Brückeneinsturz.

wobei eine große Anzahl Menschen ums Leben gekommen sind, hat sich in Quebec, Canada ereignet. Wie von Ottawa gemeldet wird, ist die neue Quebec-Brücke eingestürzt. 50 Menschen sollen dabei das Leben eingebüßt haben. Nach einer anderen Lesart soll sich die Zahl der Unglücklichen sogar auf 250 belaufen. Ein späteres Telegramm aus Ottawa meldet: Die Zahl der bei dem gemeldeten Brückeneinsturz getöteten Personen wird jetzt auf 50 beziffert. Man vermutet, daß der Einsturz, der in einer Länge von einer Viertelmeile am Abend der Brücke erfolgte, durch einen Arbeitszug auf der betreffenden Strecke veranlaßt ist. Diese Vermutung wird bestätigt durch eine Nachmittagsmeldung vom gestrigen Tage aus Ottawa. In derselben heißt es: Der Arbeitszug, durch den der Einsturz des Südendes der Brücke herbeigeführt wurde, bestand aus einer Lokomotive und drei Wagen mit Eisenmaterial. Der Oberzug stürzte in einer Länge von 800 Fuß in den Fluß und riß 80 bis 90 Personen mit, die zum größten Teil zu Tode gequetscht beziehungsweise schwer verletzt wurden. Bis jetzt sind 78 Leichen geborgen. Die verunglückten Arbeiter sind meist Amerikaner. Die Brücke, für deren Bau sechs Millionen Dollar ausgeworfen waren, sollte im nächsten Jahre fertig werden. Der Schaden ist sehr beträchtlich.

Ins Meer gesunken. Die französische Bark „Violette“ ist, wie aus Lille gemeldet wird, bei heftigen Sturm mit 18 Mann Besatzung gesunken. Der Gemeinderat von Lille hat den Witwen und Waisen der Opfer Unterstützungsgelder zur Verfügung gestellt.

Eisenbahnunfall. Amlich wird vom gestrigen Tage aus Danzig gemeldet. Vom Zuge 301 Berlin-Dirschau entgleisten vermutlich durch Umlegen der Weiche unter dem fahrenden Zuge auf Station Gersel gestern abend um 1/10 Uhr die letzten beiden Wagen und schlugen um. Dabei wurde ein Kind russischer Nationalität getötet und elf Personen muerlich verletzt. Dieselben fuhrten mit dem nächsten Zuge weiter; Verletzungen sind nicht eingetreten. Die Untersuchung ist im Gange.

Ein schwerer Wollenbruch ist, wie der „Kurier für Niederbayern“ berichtet, über die Orte Hagreit und Waidorf gestern niedergegangen. Die Distriktsstraße ist zum größten Teil zerstört; über 20 Brücken aus Holz oder Stein sind von den Fluten weggerissen worden. Zwei Häuser sind teilweise fortgeschwemmt, die Telephon- und Telegraphenleitung ist vielfach zerstört. Auch in Schönbrunn bei Landsbut richtete das Wasser großen Schaden an.

Opfer des Leichtsinns. Nach einer Meldung aus Budapest fertete in Zimmanod ein Boot, in dem sich drei junge Mädchen befanden. Alle drei ertranken.

Ein Feuerbrunn ist gestern in einem Raume des Kaiserlichen Justizpalastes ausgebrochen, konnte aber glücklicherweise bald gelöscht werden. Nur ein Teil der Akten wurde zerstört.

Die Pest in San Francisco. Es wird von San Francisco gemeldet: Da sich in der letzten Zeit neun Fälle von Pestenergie ereignet haben, von denen sieben tödlich verlaufen sind, so haben die Gesundheitsbehörden einen Marinehospitalarzt hierher geschickt. Nach der Angabe des Quarantänebeamten ist keine Ursache zu Vermuthungen vorhanden.

Museen, Sammlungen, Sehenswürdigkeiten.

(Zutritt ist unentgeltlich, wenn nichts anderes bemerkt ist.)

Museen und Neues Museum. Am Lulligarten. Bogenstr. (außer Montags): April bis September 10—4, Oktober bis März 10—3. Am Sonntag und an den zweiten Feiertagen: April bis September 12—6, Oktober und März 12—5, November und Dezember 12—4, Dezember und Januar 12—3. Am Montag und an Feiertagen (außer den zweiten Feiertagen): geschlossen.
Museum. Unter den Linden 68a. Im Sommer: täglich 9—7, im Winter: an Sonn- und Feiertagen 9—7, an Bogenstr. 9—6. Eintrittsgeld: 1,00 M., an Sonn- und Feiertagen 50 Pf.; Kinder die Hälfte. Am letzten Sonntag jedes Monats 25 Pf.
Architektur-Museum. Technische Hochschule, Charlottenburg, Berlinerstr. 151. Montag 10—3 (auch 5½—7½), vom Oktober bis März), Dienstag 12—3, (auch 10—12 für Studierendvereine), Mittwoch 10—12, Donnerstag 12—3 (auch 10—12 für Studierendvereine, auch 5½—7½), vom Oktober bis März), Freitag 10—3. Geschlossen: Sonnabend und Sonntag.
Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt. Charlottenburg, Brannhofstr. 11/12. In allen Bogenstr. (außer Montag) 10—1, am Dienstag und Donnerstag auch 6—9 abends. Sonntag 1—3.
Dammuseum. Siehe Verkehrsministerium.

Berg- und Gärtenmuseum. Invalidenstr. 44. Wochentags (außer Sonnabend) 12-2, am Sonntag April bis September 12-6, Oktober und März 12-3, November und Februar 12-4, Dezember und Januar 12-3.

Botanischer Garten. Dahlem. Unentgeltlich: Dienstag, Mittwoch, Freitag 7-7, Sonntag 10-7. In Wochentagen vormittags Zutritt nur gegen Vorweisung des Führers (beim Hofgarten).

Botanisches Museum. Dahlem. Montag und Donnerstag 3-6, Mittwoch 9-6.

Eisenbahnmuseum. Siehe Verkehrsministerium.

Kaiser Friedrich-Museum. Rindfleischstr. Eröffnung: an den Wochentagen (außer Montag) um 10, am Sonntag um 1, am Montag und an den zweiten Weihnachts-, Oster- und Pfingstfeiertagen um 12. Schluß an allen Tagen: April bis September um 6, Oktober und März um 5, November und Februar um 4, Dezember und Januar um 3. Eintrittsgeld: Montag 1 Mk., Dienstag und Mittwoch 50 Pf. Eintritt frei: an allen übrigen Tagen.

Hygienemuseum. Hefischtr. 4. Dienstag und Freitag 10-2; Sonntag: April bis September 1-6, Oktober und März 1-3, November und Februar 1-4, Dezember und Januar 1-3.

Kunstgewerbe-Museum. Pring Albrechtstr. 7. Besuchszeit wie beim Alten Museum.

Landwirtschaftsmuseum. Invalidenstr. 42. An den Wochentagen (außer Montag) 10-3. In jedem dritten Sonntag im Monat: 11-5.

Märkisches Museum. Wegen Umsatz nach dem Neubau geschlossen.

Meereshundemuseum. Georgenstr. 34-36. Sonnabend und Montag 11-4, Sonntag 12-3.

National-Galerie. Museumsinsel, an der Friedrichsbrücke. Eröffnung: an den Wochentagen (außer Donnerstag) um 10, am Donnerstag um 1, am Sonntag und an den zweiten Weihnachts-, Oster- und Pfingstfeiertagen um 12. Schluß, an allen Tagen: April bis September um 6, Oktober und März um 5, November und Februar um 4, Dezember und Januar um 3. Eintrittsgeld: Donnerstag 1 Mk., Freitag und Sonnabend 50 Pf. Eintritt an allen übrigen Tagen frei.

Naturkunde-Museum. Invalidenstr. 43. Montag, Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend: April bis September 10-4, Oktober bis März 10-3. Am Sonntag und an zweiten Feiertagen: wie beim Alten Museum.

Pergamon-Museum. Museumsinsel, hinter der National-Galerie. Besuchszeit wie beim Alten Museum.

Volk-Museum. Leipzigerstr. 16/18. Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag 10-2. Am Sonntag und an den zweiten Feiertagen: 12-2.

Rauch-Museum. (Werk von Ernst Rauch). Klosterstr. 76. Wochentags: April bis September 10-4, Oktober bis März 10-3.

Reichshaus. Königsplatz. Täglich (außer Donnerstag und Freitag) 10-8, unentgeltlich. Ländliche Feiern: April bis September, täglich (auch Donnerstag und Freitag) 10-3, Eintrittsgeld 20 Pf.

Reichstagsgebäude. Königsplatz. An Wochentagen 6 1/2-9 1/2, vormittags, am Sonntag 2-4. Eintrittsgeld 50 Pf.

Sternwarte. Endeplatz 3a. Mittwoch und Sonnabend, im Sommer 10-11, vormittags, im Winter 10-11 vormittags.

Sternwarte. Dreptower Park. Täglich von 2 Uhr nachmittags ab, im Sommer bis 12 Uhr nachts, im Winter bis 10 Uhr abends. Eintrittsgeld: 50 Pf. für Besichtigung der Sternwarte und des astronomischen Museums, 1 Mk. für Beobachtung mit dem großen Fernrohr.

Sternwarte der Urania. Invalidenstr. 57/58. Täglich 7 1/2-11 Uhr abends. Eintrittsgeld 50 Pf.

Urania, Sammlungen und wissenschaftliches Theater. Laudenstr. 48. Täglich von 10 Uhr vormittags ab. Eintrittsgeld 50 Pfennig (für Abendvorstellungen von 1 Mark an).

Verkehrs- und Baumuseum. Invalidenstr. 51. Sonntag 11-4, Dienstag, Donnerstag, Freitag 10-4, Mittwoch und Sonnabend 2-8.

Völkermuseum. Königgrüßerstr. 130. Besuchszeit wie beim Alten Museum.

Zoo-Garten. An der Schlossbrücke. Wochentags (außer Sonnabend): März bis Oktober 10-3, November bis Februar 10-2; am Sonntag und an den zweiten Feiertagen 12-3.

Zoologischer Garten. Eingänge: Viktor-Allee, Kurfürstendamm und Stadtkahnhof. Eintrittsgeld: an Wochentagen 1 Mark, (abends nach 6 Uhr 50 Pf.), am Sonntag und Feiertagen 50 Pf.; Kinder die Hälfte. Am ersten Sonntag jedes Monats 25 Pf.

W. R. 23. Sie sind an den Kontrakt gebunden. — J. S. 100. Die Mieter sind zur Reinigung in diesem Falle nicht verpflichtet. — J. S. 1. Die anderen Brüder können auch zur Zahlung drangezogen werden. — J. S. 4. 1. Kein 2. An. 2. Wegen Allmähls darf der Lohn befristet werden. — S. 115. Sie können die Sachen des Mieters einbehalten. Juni 15 kann er nicht kündigen. — H. R. 25. Kein. — C. R. 100. Kein. — S. 120. 1. Kein 2. Ja. — S. 27. 1. Ja. 2. Ja. 3. Kein. — H. R. Die Kinder sind zur Zahlung verpflichtet. — H. S. 16. Besuchen Sie es. Scheres ist nicht liegen. — W. S. 4. Er kann sein Teil verlangen. — Friedrich. Der Missetäter hat keine Ansprüche. — T. S. 25. Ja. — H. 101. Wiederholen Sie Ihre Frage unter genauer Darlegung des Verhältnisses. — J. S. Eine feindliche Handlung liegt nicht vor. Für Vater und Mutter sind Sie von der nachmaligen Leistung des Eides befreit. — S. 17. Die Reffen sind erberechtigt. — C. 34. Einen Anspruch auf die Sachen haben Sie nicht mehr. — C. 6. 12. Der König. — H. S. 9. 1. Ja. 2. Kein. 3. Kein. 4. Kein. 5. Kein. — Abonnet 1884. Sie müssen die Bestellung der Reffenzellen beantragen, und zwar für Berlin beim Stadtkahnhof, außerhalb beim Kreisbahnhofs. — H. 30. Lesen Sie §§ 57, 57a, 57b der Verordnungs.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Eingang 4, eine Treppe (Sonderstunde Verkaufsanzeige, Durchgang zum Hindert, 101), wochentags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Eintritt 7 Uhr. Sonnabend beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Vorschub und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Die Briefe mit dem Wertzeichen werden nicht verteilt. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

G. S. 50. Generalverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands, Reichsstraße 36. — V. W. 1. und 2. Ein Auslandsnachbar dürfte Ihnen vor Erledigung Ihrer Militärpflicht nur bedingt erteilt werden. 3. und 4. Unverständlich. — R. 108. Burchard. Sie wiederholen: wenden Sie sich an die dortige Anwaltskammer oder zum Zweck der Klage an das Gericht. — S. 40. Jede städtische Sparkasse. Schöneberg, Rathaus, Hauptstraße. — G. S. 76. 1. Dazu gehört Seminarbildung. 2. hängt von der Vorbildung ab. 3. Uns nicht bekannt. — G. R. 75. 1. 28 Wochen vom Beginn der Erkrankung. 2. Nach Ablauf der 28. Woche; es ist zu empfehlen, den Antrag mit ärztlichem Gutachten früher zu stellen. 3. Der Versicherte mag den Antrag stellen oder stellen lassen.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am	seit	Wasserstand	am	seit
	29. 8.	28. 8.		29. 8.	28. 8.
	am	am		am	am
Remel, Mühl	189	- 5	Gabel, Spandau	112	0
Wegel, Unterburg	111	+ 6	Malchow	118	+ 1
Wegel, Thoen	104	+ 22	Spree, Spandau	92	0
Dder, Mathor	156	- 12	Beesow	190	- 2
Strofen	144	+ 9	Weser, Müden	- 92	+ 1
Brandenburg	128	+ 6	Weser, Müden	- 12	- 2
Wärthe, Schrimm	41	- 3	Rhein, Bilsdorf	-	-
Landberg	58	0	Rhein, Bilsdorf	200	- 6
Rehe, Boddamm	24	- 1	Rhein, Bilsdorf	188	- 7
Eide, Reimnitz	95	- 5	Redar, Heilbrunn	29	+ 1
Harbe	103	+ 3	Rain, Weichsel	-	-
Wagdenburg	110	0	Rosel, Trier	-	-
Saale, Großküh	75	+ 2			

+) + bedeutet Hoch, - Fall. - ? Unterpegel.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 31. August.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Rgl. Opernhaus. Der Barbier von Sevilla.

Rgl. Schauspielhaus. Ein Jüdisches Kind.

Deutsches. Robert und Bertram.
Kammerjäger Fräulein Gulle.
(Anfang 8 Uhr.)

Neues königl. Opernhaus.
Blauer Blut.

Berliner. Die tausenden Mädchen.
Vessing, Kollege Trampton.
(Anfang 7 1/2 Uhr.)

Schiller O. (Wallner-Theater.)
Figaros Hochzeit.

Schiller Charlottenburg. Götter und Menschen.

Neues Schauspielhaus. Kaffee.
Neues. Der Dieb.

Römische Oper. Hoffmanns Erzählungen.

Wesien. Die lustige Witwe.
Vorspielhaus. Ouzarenfieber.

Zentral. Das Tagebuch einer Verlorenen.

Kleines. Die Stimme der Unmündigen.

Neubens. Haben Sie nichts zu verzeihen?

Trionon. Fräulein Josette — meine Frau.

Thalia. Die sechs Uhr Diner.
Verdacht Hofe. Der große Unbekannte.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)

Rachmittags 4 1/2 Uhr: Einer muß betreten Berlin in Stollen. Verdorbene Wege.

Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Stylo. Der Hochzeitsgast. Spezialitäten.

Walhalla. Spezialitäten.

Gebirg. Herrnsfeld. Madame Wig-Wag.
Es lebe das Nachtleben.

Wintergarten. Anne Dancrey.
Königliche Oper. Spezialitäten.

Prater. Der Kanarienvogel.
Figaro. Paris. — Die Klause. —
Hinter dem Bett.

Reichshaus. Stettiner Sänger.
Carl Haberland. Spezialitäten.

Urania. Landensstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Von der Spitze zum Schumann.

Sternwarte. Invalidenstr. 57/58.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Invalidenstr. 57-59; Sternwarte.
Täglich geöffnet von 7 1/2-11 Uhr abds.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab nachm. 5 Uhr:
Großes
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Zentral-Theater.
Täglich 8 Uhr: Das
Tagebuch einer Verlorenen.

Luisen-Theater

Reichenbergerstr. 34.
Sonnabend, den 31. August:
Turandot.
Sonntag nachm.: Das Rätsel seiner Ehe. Abends: Turandot.
Montag: Gebildete Menschen.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schults. Rauchen überall gestattet.

Apollo Theater

Beste Woche!
Das kolossale Augustprogramm. u. a.:
8 1/2, Humsti-Bumsti.
9 1/2, Schenk Bros., zwei Berliner Jungen.
10 Uhr: **Hartstein.**

DERNHARD ROSE THEATER

Or. Franzfurterstr. 102
Im Garten, Anf. 4 1/2 Uhr:
Das glänzende
August-Programm.
Speziell 50 Pf. Entree 30 Pf.
Im Theater abends 8 1/2 Uhr:
Der große Unbekannte.
Sommerpreise.

Max Kliems Sommer-Theater

Sandensheide 13/15.
Kritische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest.
Jeden Mittwoch:
Jeden Donnerstag: Giltige Tag.
Die Kaffeezeit in täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Moritz-Oper.
Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr:
Schluß der Opernallianz.
Populäre Vorstellung d. volk. Weisen:
Figaros Hochzeit.
Som. Oper in 3 Akte v. W. A. Mozart.
Sonntag: Wiedereröffnung der Schauspielallianz nachm. 8 1/2 Uhr:
Tramulias.
Sonntag, abends 8 1/2 Uhr:
Weh' dem der lügt.
Montag, abends 8 1/2 Uhr:
Der Herr Senator.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Götter von Berlichingen.
Schauspiel in 5 Akten von Wolfgang Goethe.
Sonntag, nachm. 8 1/2 Uhr:
Hanna Vauna.
Sonntag, abends 8 1/2 Uhr:
Der Herr Senator.
Montag, abends 8 1/2 Uhr:
Götter von Berlichingen.

Wir gehen zu
Castan, 165 Friedrichstr. 165
um das Neueste zu sehen — den
Rechtsanwalt Hau
und andere Sehenswürdigkeiten.

Deutsche Armee-Marine u. Kolonial-Ausstellung

Wannsee-Bhf. Friedenan.
Heute: 50 Pfennige. Konzerte.
Vergnügungspark
Gr. Attraktionen.
Voranzeige: SONNTAG:
SEDAN-VOLKSTAG.
Eintritt 50 Pf. und 2 Kinder frei.

Gebr. Herrnsfeld-Theater.

57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Anfang 8 Uhr.
Billettdoverlauf 11-2 Uhr.
Täglich: Die Novität
Madame Wig-Wag
Operetten-Burleske von Anton u. Donat Herrnsfeld. Musik v. L. Nicol.
Dazu die Separée-Küffe
Es lebe das Nachtleben!
mit den Autoren Anton u. Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.
„Das Lied der Liebe“ und das „Aneddoten-Couplet“ aus der Operetten-Burleske „Mad. Wig-Wag“ sind im Theater sowie in allen Musiksalenhandlg. zu haben.

Palast-Theater.

Burgstraße 24.
Heute 8 Uhr:
Premiere.
Zum erstenmal in Berlin:
Das schwimmende Theater.
Die 5 Marnos
The Newport
u. u. u.
Entree 50 Pf. Vorber. v. 11-1 Uhr.

Passage-Theater.

Jeden Abend 8 Uhr:
Der große Verwandlungskünstler
Arturo Bernardi
! und das neue!
großartige
August-Programm.
14 Attraktionen 14.

Brunnen-Theater

Waldstraße 58. Direkt.: Sarah Koss.
Heute: Benefiz für die Handwerker.
Die Tochter des Heimkehrers.
John Stur. Bernh. Hoffe.
Das erstklassige Spezialitäten-
Programm.
Paul Coradini.
Anton Sallier. X X Mr. Hopkins.
The Damann Family.
Rosa und Josefa Blazek.
die zusammengezeichneten Jubilare.
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.

Fröbels Allerlei-Theater

Schöneberg, Neue Allee 97/99.
Helles Volks-Theater Berlin.
Heute: Abschiedsvorstellung für die
Racingtruppe.
Das Riesen-Angust-Programm.
u. a.: Die Racingtruppe, Kramer-Trio,
Max Rös, Gaffron ufm.
Großer Subd!
Der Bombardier im Feuer.
Im Saale: Großer Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
Ab 1. September: **Karl Braun.**
Am 5. September Doppel-Benefiz-
Vorstellung für Minnie Russo und
Willy Fröhel:
Der Raub der Sabinerinnen.

Schweizergarten

Am Königstor. Am Friedrichshain.
Straßenbahn 1. 2. 4. 17. 50. 62. 63 u. 74.
Täglich:
Theater-Vorstellung.
Neue Spezialitäten.
Kinematograph und Ball.
Freier Damentanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Prater-Theater.

Kastanien-Allee 7/9.
Der Tanzteufel.
Spezialitäten 1. Ranges.
Kassette der Löwenbrat
Tilly Bébé mit ihrem besten Löwen.
Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Theater an der Spree

Röpenickerstraße 68.
Anfang 7 1/2 Uhr. Zum ersten Male:
Der Aktienbäcker.
Gefangene von D. Kallisch.
(Josefine Dora, Heinz Gordan, Maria Grimm-Endböhmer.)

Reichshallen-Theater.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Britton
als
Vater im
Familien-
bad
Wassergee.
Anf. Wochent. 8. Sonntags 7 Uhr.

Gstbahn-Park

Am Küstrinorplatz, Rüdigerstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert,
Theater- und Spezialitäten-
Vorstellung.

Neue Welt

Masonstraße 108-114.
Täglich:
Gr. Doppel-Konzert
und
Spezialitäten-Vorstellung
Hervorragendes Programm.
Unter anderem:
Conte Seranos
Löwen-Dressuren.
Anfang 5 Uhr. Entree 25 Pf.

Kasino-Theater.

Kollingerstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Die wilde Jagd.
Aufspiel in Ludwig Fulda.
4 Akte u. 4 Uffn.
Vorber. d. glänz. Eröffnungs-Program.
Sonntag 4 Uhr: Heirat auf Probe.

Sanssouci, Kolibuser

Strasse 6.
Direktion Wilhelm Reimer
Der Garten ist geöffnet.
Sonntags, Montag,
Donnerstags:
Hoffmanns Nordd. Sänger
u. **Tanzkränzchen.**
Stets hochinteress. Programm.
Sonntags Beginn 5,
wochentags 6 Uhr.
Wochen Sonntag:
Große Elite-Soirée. Tanz.

CIRCUS
NORTON B SMITH

Schöneberg, Ecke Haupt- u. Akazienstr.
Täglich 8 Uhr gr. Vorstellung.

Ich verschenke

Belinische 675004
Romantische von R. 2.-
Vandalienbezüge von 10,50
Abonnementbezüge 15,50
Gedruckte 15,50
Bücher, Götter für Maß 16.-
Kavalleriebezüge 14,50
Valetois 9,50
Joppen 5.-

Nathan Wand

129 Stallicherstr. 129.
Die schönsten 57462*
Herren-Sommer-Paletots
und Anzüge in neu
geleg. (siehe page 2)
Monats-Garderobe
von Kavallieren getragen. Sachen,
selt neu, für jede Figur passend,
geleg. auch Anzüge sind in
großer Auswahl stets zu haben
bilden Sie zu haben.

Nathan Wand

129 Stallicherstr. 129.
Gedruckte Kataloge
Sitz auf Hausnummer zu achten.

Diez' Spezialitäten - Theater.
 Landsberger Allee 76-79.
 Direkt a. d. Ringbahnstation. Bequemste Fahrgelegenheit n. allen Stadttricht.
 Ob schön! Täglich im herrl. Garten oder gr. Saal: Ob Regen!
 Riefen-Kaderfolg.
Landsberger Allee auf Stelzen.
 The Reros, Komfurrense, Heinz Heuer, prolongiert.
 Dazu das neue brillante August-Programm.
 Anf. 8 Uhr. Kaffeeliche. Volksbelustigung aller Art. Entree 20 Pf., Sonnt. 30 Pf.

Letzte diesjährige Extrafahrt
 am Sonntag, den 1. September
 nach **Wernsdorfer Schleuse** und **Gosener Berge**.
 Hin- und Rückfahrt 50 Pf. Wärfahrt Dampfstation
 Schiffsbrücke: vormittags 9 Uhr und nachmittags 2 Uhr.
 Um freundlichen Zuspruch bittet **Pfehl**, 26176
 Restaurant zum Oder-Spree-Kanal.

Von der Michaelbrücke!
 Heute Sonnabend, letzte diesjähr. Monats-
 schiffahrt m. stark besetzt. Musikkapelle nach
Müggelwerder. Abfahrt 9-9 1/2 Uhr.
 Preis 50 Pf. Hin und
 zurück. — Außerdem Sonntag, nachmittags 2 Uhr: **Letzte Extra-**
 fahrt nach Marienlust, Zeuthen, Neue Mühle. Preis, einfache Fahrt 50 Pf.
G. Zachow, Reederei.

Reederei Kahnt u. Hertz, Stralauer Tor I.
 Montag, den 1. September: **Gr. Dampfer-**
 Extrafahrt mit Ruffit nach **Ziegenhals**,
 Restaurant „Zum Sportshaus“. Zum Pilze-
 suchen.
 Abfahrt: vormittags 10 Uhr. Hin und zurück 75 Pf., Kinder die Hälfte.
 Billets im Vorverkauf bei Mahante, Stralauer Brücke 4, 60 Pf. 26055

Getreide - Kaffee - Zucker
 alle Lebensmittelpreise steigen rapid. Warum greift
 der Handel nicht ein?
 Das Wirtschaftsleben der Gegenwart und der Zukunft
 ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber,
 Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 2. — Teil- und Volks-
 Ausgabe, 60 Pfg. Gegen Einsendung von Mk. 2.10, bzw. 65 Pfg. für das
 Inland, Mk. 2.20 bzw. 70 Pfg. für das Ausland, werden die Broschüren
 portofrei vom Verfasser Kaufmann Michael Proestler in Würzburg ver-
 sandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich.
 Man verlange ebendasselbe Flugschriften und Prospekte.

Parteienossen, Kollegen usw. hiermit zur Kenntnis, daß ich
 das Lokal von Herrn Hübner,
Raunhufstr. 65a übernommen habe. Um zahlreichen
 Besuch bittet **Herm. Schmidt**,
 der alte T-e-p-p-e-r von Rixdorf

Oscar Arnold Dresdenerstr. 116
 (Kein Laden) am Oranienplatz
Hut und Mützen Engroseschäft!
 Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!



Stelle Herrenhüte v. 2,00-7,00
 Weiche Herrenhüte v. 1,50-7,00
 Mützen- und Damenhüte.

Partei-Expeditionen:
 Zentrum I: Frh. Zinke, Bauerstr. 89.
 Zentrum II: Albert Dahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße
 2. Wahlkreis, Besten: Gustav Schmidt, Bülowstr. 52, Hof-
 Säden und Südwesten: Hermann Berner,
 Gneisenaustr. 72, Laden.
 3. Wahlkreis: St. Frig, Reimstr. 31, Hof rechts part.
 4. Wahlkreis: Osten: Robert Engel, Räderbörsestr. 3, am
 Rühlensplatz. — Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4 (Laden).
 4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Kaufherplatz 14/15
 (Laden).
 5. Wahlkreis: Leo Such, Reibstr. 42 (Laden).
 6. Wahlkreis (Moabit und Hansaviertel): Karl Anders,
 Calwedelerstr. 8, im Laden.
 Wedding: Karl Zehe, Mazarinstraße 49.
 Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann
 Rasche, Aderstr. 38, Eingang Kalkmeyerstraße.
 Gesundbrunnen: F. Trapp, Zeitungsstr. 10.
 Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Lychnersstr. 128.
 Alt-Glienke: Wilhelm Dürre, Rudowstr. 83 II.
 Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Seifenweberstraße 1, Ecke
 Goethestraße, Laden.
 Wilmersdorf-Halensee: Georg Beele, Berlinerstr. 46, Laden.
 Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto
 Seifert, Wannspringenstr. 50, I.
 Rummelsburg, Boxhagen: A. Rosenkrantz, Alt-Boxhagen 56.
 Grünau: Otto Schröder, Köpenickerstr. 1.
 Rixdorf: M. Heinrich, Redarstraße 2, im Laden.
 Schmaragdort: Gustav Kaminsky, Gumboldtstr. 2.
 Schöneberg: Wilhelm Bäumer, Martin Lutherstr. 51, im Laden.
 Tempelhof: M. Müller, Berlinerstr. 41/42.
 Ober-Schöneweide: Julius Grunow, Edlsonstr. 10, I.
 Nieder-Schöneweide: Bonafontsch, Haselwerderstr. 8.
 Johannisthal: Franz Hünold, Böhmischerstr. 7.
 Adlershof: Frh. Steuer, Hadenbergstr. 5, II.
 Königs-Wusterhausen: Friedrich Saumann, Lindenwalder-
 Str. 4b.
 Köpenick: Friedrich Bold, Reibstr. 6, Laden.
 Friedmann-Steglitz-Südende: G. Bernsee, Schlossstr. 115,
 Gartenhaus I, in Steglitz. Besichtigungen nehmen entgegen in Steglitz:
 G. Mohr, Dübelsstr. 32, und R. Schellhase, Alhornstr. 15a.
 Mariendorf: Paul Müller, Bergstr. 35, Hof I.
 Baumschulenweg: Stodt, Grubstr. 2, II.
 Treptow: Rob. Gramenz, Riechholzstraße 412, Laden.
 Neu-Weißensee: Kurt Fuhrmann, Sedanstr. 108, partiere.
 Reinickendorf - Ost, Wilhelmsruh und Schönholz:
 P. Gurisch, Beovingstraße 108, II.
 Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust,
 Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Kienast,
 Borsigwalde, Rühlstr. 10.
 Pankow-Niederschönhausen: G. Arneimoldt, Rühlstr. 78.
 Bernau: Heinrich Bräse, Dohlestr. 74, part.
 Eichwalde, Zeuthen, Niedersdorf und Hanksel Ablage:
 Alfons Gräb, Eichwalde, Kronspringenstr. 82, I.
 Teltow: Wilhelm Reiter, Dohlestr. 7.
 Nowawes: Wilhelm Gappe, Brieststr. 46.
 Spandau: Köppen, Gogonstr. 9.
 Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen
 Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für
 den „Vorwärts“ entgegengenommen.
 Bitte ausschneiden.

**Walhalla-
 Varieté-Garten**
 Weinbergsweg 19/20, Novemb. Tor.
 Neue Spezialitäten.
 Dressierte Bären.
 Anf.: Sonntag 5; Vorstellung 7 Uhr.
 Bei ungünstigem Wetter
 Vorstellung im Theater 8 Uhr.

Jedes
5. Los
 muß
 gewinnen
Düsseldorfer
Lotterie
 Ziehung am 30. Sept.
 120000 Gewinne W. Mk.
90000
 Zwei Hauptgew. zus. W. Mk.
20000
10000
5000
2000
2 à 1000
 etc. etc.
 Lose à 50 Pfg. 11 Lose 5 Mk.
 Porto und Liste 20 Pfg. werden
 Genera-Debit
Ferd. Schäfer, Düsseldorf.
 Bankgeschäft, Düsseldorf.
 Auch zu haben in allen kenntlich
 gemachten Verkaufsstellen.
 Alleinvertrieb f. Berlin
 Gustav Haase,
 Neue Königstraße 88.

**Kratz
 Radikal-Wanzenlöter**
 H. 1,75 u. 1,00, Probe 50 Pf.
 vernichtet unter Garantie alle
 Wanzen und Brut.
Schwaben-Puder
 Sch. 1,75 u. 1,00, Probe 50 u. 30 Pf.
Fritz Kratz, Drogen
 Reinickendorferstr. 119
 (im Hof-Webbing u. Jennstr.).

**Sozialdemokratischer
 Wahlverein Rixdorf.**

Dienstag, den 3. September, abends 8 Uhr, im Lokal von Hoppe,
 Hermannstraße 46:

Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Bericht vom Internationalen Kongress in Stuttgart. Referent: Genosse Zietsch-
 Charlottenburg. 2. Bericht von der Kreis-Generalversammlung. 3. Diskussion.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht (235/12) **Der Vorstand.**

**Achtung! Hasselwerder,
 Nieder-Schöneweide.**
 Inhaber: Albert Scheruch.
 Jeden Dienstag
Großes Kinderfest.
 Jedes Kind erhält eine Kopf-
 bedeckung und Los gratis. Kasperle-
 Theater, Fackelpolonois, Vorlesung
 und Frei-Tanz. Entree 10 Pf.
 Vom Schließigen Bahnhof bis Nieder-
 Schöneweide 10 Pf.
 Um geneigten Zuspruch bittet
 54772* **Albert Scheruch.**

Neue freie Volksbühne.
 Am 28. August starb der
Schriftsteller Wilhelm Holzamer,
 ein treues Mitglied unseres künstlerischen Ausschusses.
 Zur Einäscherung wird die Leiche nach Jena über-
 geführt. Die Trauerfeier findet Sonntag nachmittag 5 Uhr
 in der Leichenhalle des neuen Schöneberger Kirchhofes
 in der Maxstraße statt.
 Wir danken dem Dahingeschiedenen für seine hin-
 gebende Förderung unserer Sache und sprechen seiner
 Familie unser herzlichstes Beileid aus. 150/3
 Die Verwaltung der Neuen freien Volksbühne.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
 Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Montag, den 2. September 1907, abends 8 Uhr,
 im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, gr. Saal:
Versammlung
 aller in den Tarifwerkstätten der Gelbmetall-Industrie
 beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Obmanns der Schlichtungskommission. 2. Diskussion.
 3. Verbandsangelegenheiten.
 Kollegen und Kolleginnen! Im Anbetracht der Wichtigkeit der Tages-
 ordnung erwarten wir zahlreiches und pünktliches Erscheinen.
 Den Vertrauensmännern der Süden-Bezirke zur Nach-
 richt, daß die Konferenz für Monat September ausfällt. 147/20
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands
 Filiale Berlin II.
 Sonntag, den 1. September, vormittags 10 Uhr, im „Englischen
 Garten“, Alexanderstraße 27c:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 Der gegenwärtige Stand unserer Tarifbewegung und unser weiteres
 Verhalten. — Mitgliedsbuch legitimiert.
 Vollständiges Erscheinen erwartet **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zur Beachtung!
 Folgende Zahlstellen sind neu errichtet worden:
 Zahlstelle 69: **Treptow: Total Mohlau,** Riechholzstraße 35.
 70: **Baumschulenweg: Total Schäfers,** Baumschulen-
 straße 14.
 71: **Warschauerstr. 22: bei Hannemann.**
 72: **Reinickendorf-West: Total Schulze,** Scharnweber-
 straße 22.
 J. H.: Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratischer Verein
 im
 5. Berliner Reichstagswahlkreis.**
 Unser neues Mitglied, der
 Robettlicher
Franz Krause
 ist am Donnerstag verstorben.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von
 der Leichenhalle der St. Georgen-
 Gemeinde, Landsberger Allee,
 aus statt. 237/4
Der Vorstand.

**Deutscher
 Metallarbeiter-Verband**
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß
 unser Mitglied, der Schlosser
Alfred Kern
 an Lungentuberkulose gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Sonnabend, den 31. August, nach-
 mittags 6 1/2 Uhr, von der Leichen-
 halle des Emmaus-Kirchhofes in
 Rixdorf aus statt.
 Regere Beteiligung erwartet
 147/19 **Die Ortsverwaltung.**

Danksagung.
 Für die herzliche Teilnahme und
 die großen Kränkungen bei der
 Beerdigung meines ungeliebten
 Mannes und lieben Vaters, des
 Rajdijnenformers 25936
Heinrich Kube
 sagen wir allen Verwandten, Freunden
 und Bekannten sowie der Firma Gar-
 tung, Brenzlauer Allee, für ihre
 Hülfsleistung bei der Beerdigung, wie
 auch dem Deutschen Metallarbeiter-
 Verband, den Genossen des letzten
 Wahlkreises, als auch den Musikern
 und Sängern für ihre vorzügliche
 Leistung, auch für die liebevollen Ge-
 weise in demselben Lokal, Reinick-
 dorferstraße, unseren herzlichsten Dank.
 Witwe Hedwig Kube u. Tochter.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-1.
 Von der Reise zurück:
Hermann Katz, Dentist.
 Landsbergerstr. 71.
 Für Zahnleidende 8-8.

Dr. Schünemann
 Spezial-Arzt für 54272*
**Haut- und Harnleiden,
 Frauenkrankheiten.**
 Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
 10-2, 5-7. Sonnt. 10-12 Uhr.
Orts-Krankenkasse
 für
Ober-Schöneweide.

Die von der ordentlichen General-
 versammlung vom 29. April 1907
 beschlossene Abänderung betreffend
 §§ 49 und 49a hat die Genehmigung
 der Aufsichtsbehörde erhalten. Die
 Wahlen der Vertreter der Mitglieder
 erfolgen nunmehr in ungetrennter
 Wahlversammlung. 278/19
 Ober-Schöneweide, 29. August 1907.
Der Vorstand.
 gez. C. Ziefgang, Vorsitzender,
 H. Rodenbusch, Schriftführer.

Soeben ist eine dem Andenken
 eines gewidmete Schrift, betitelt:
Ignaz Auer
 eine 224/5
Gedenkschrift
 von
Eduard Bernstein
 erschienen.

Der Verfasser behandelt in zwölf
 Kapiteln den Lebensgang des Ver-
 storbenen. Die Schrift ist gut aus-
 gestattet, mit mehreren Illustrationen
 versehen und kann jedem Arbeiter
 bestens empfohlen werden.
 Der Preis beträgt 50 Pf.
 Expedition des „Vorwärts“,
 Berlin SW, Lindenstr. 69, Laden.

Eine Mark
 wöchentliche Teilzahlung liefert
 elegante herige 159/8
Herren-Garderoben
 Bring für Nach-
 Anfertigung nach Maass.
 Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
 Schneidermeister,
 Gr. Frankfurterstr. 37, II
 Eingang Straßberger Weg.

Eröffnung der Herbst- und Wintersaison!
 Heute nachmittag von 4 Uhr an
 Hocheleg. reizende Neuheiten in Plüsch- und Pelzkonfektion, Kostümen,
 Röcken, Blusen usw.
 Orig.-Modelle Paris - Wien - American - Kopien. Sehr günstige Gelegenheitskäufe
Große Auswahl auch für allerstärkste Figuren vorrätig.
 Ferner: **Total-Ausverkauf der Frühjahrs- und Sommerbestände**
 in Staub-, Regen-, Uebergangs- und Soidenmänteln, Taftjackets,
 Kleidern, Kostümen, Röcken, Blusen usw.
 in 6 Serien nun 3/4 des Wertes und mehr ermässigt

früher bis M. 23.-	M. 40.-	M. 72.-	M. 108.-	M. 150.-	M. 200.-
jetzt M. 5.50	M. 9.50	M. 18.-	M. 26.-	M. 35.-	M. 48.-

— Diese überaus günstige Gelegenheit verläßt niemand. —
 Wegen des kolossalen Andranges nachmittags erbitte Besuch mögl. vormittags.
Konfektionshaus Westmann
 Haupt- Berlin W., Mohrenstr. 37a, an den Kolonnaden,
 geschäft: Berlin O., Gr. Frankfurterstr. 115, an der
 Filiale: Berlin O., Gr. Frankfurterstr. 115, Andreasstraße.
 Bitte besonders auf Firma u. Hausnummer zu achten.
Sehr großes Trauermagazin.



Gerichts-Zeitung.

Kaufmanns-„Würde“.

Der Lagerverwalter Sch. war von der Fahrradfabrik von Gebrüder Reichstein sofort entlassen worden, weil er sich mit dem gewerblichen Arbeitspersonal duzte und außerdem dem Alkohol zu reichlich zugesprochen haben sollte.

Das Kaufmannsgericht verurteilte die Firma zur Zahlung des Restgehalts von 120 M., indem es die sofortige Entlassung als ungerechtfertigt ansah.

Das unverständige Verhalten einer verschwundungsflüchtigen Frau hat den bisher unbescholtenen Handlungsgehilfen Emil Drienhagen, der gestern unter der Anklage des wiederholten Diebstahls vor der ersten Ferienstrasskammer des Landgerichts I stand, ins Unglück gebracht.

Zahl unbezahlter Rechnungen, deren Begleichung dem Angeklagten, der noch drei Kinder zu versorgen hat, große Sorge bereite. Darüber hat er das moralische Gleichgewicht verloren.

Eine saubere Erzieherin.

Mutter und Sohn mühten sich gestern wegen Diebstahls bezw. Hehlerei und Anstiftung zum Diebstahl vor dem Strafrichter verantworten. Vor der dritten Ferienstrasskammer des Landgerichts III war der 13 jährige Schüler Johannes Frank aus Spandau in Gemeinschaft mit seiner Mutter, der Frau Emma F., angeklagt.

doch das Urteil auf ein Jahr Gefängnis wegen Anstiftung und Hehlerei. Zugleich wurde die Angeklagte wegen Fluchtverdachts sofort verhaftet.

Schmutzige Raube.

Eifersucht war die Ursache zu einer sehr leichtfertigen Handlungsweise, welche gestern den Kaufmann Jürschel unter der Anklage der Urkundenfälschung vor die 7. Strafkammer des Landgerichts I führte. Der bisher unbescholtene Angeklagte, der sich in einer sehr guten Position befindet, lernte vor etwa sechs Jahren eine Frau Olga Th. kennen und lieben.

2 Sonder-Angebote.

Herbst-Anzüge.

Herbst-Hosen.



Erprobte, erstklassige Erzeugnisse in hochmodernen Cheviots und Kammgarnen. Vorzügl. Passformen.

Gute strapazierfähige Buckskins und Cheviots in praktischen und sehr modernen, schönsten Ausmusterungen.

Nur eigene Erzeugnisse!

Nur eigene Erzeugnisse!

27 Mk.

6 Mk.

Baer Sohn

Spezialhaus größten Massstabes

Chausseestrasse 29-30 • 11 Brückenstrasse 11

Gr. Frankfurterstr. 20

Der Haupt-Katalog Nr. 31 (neueste Moden) wird auf Wunsch kostenlos zugesandt.

Advertisement for 'Spezial-Hut-Engroslager' featuring illustrations of people in hats and a list of three requirements for the best cigarettes: 1. Umfassendes Verständnis der Fabrikation, 2. Allerbeste Rohmaterialien, 3. Technisch vollkommenste Fabrikeinrichtung.

Hygienische Bedarfsartikel, Gummwaren, 10000 Anerk. V. Prof. u. Aerzt. empfl. bill. Apoth. S. Schweitzers Fab. hyg. Präp. Berlin O., Holzmarktstr. 69-70. Off. verlang.

Wo? machen wir diesen Sommer unsere Landpartien im Nach Pichelswerder alten Freund. Partien bis 1500 Personen haben bei schlechtem Wetter bequem Platz. Es ladet ganz ergebnis ein. Der alte Freund. Küche stets in altbekannter Güte. Fernsprecher Spandau: 814.

Begründet 1873. Spezial-Hut-Engroslager. Begründet 1873. Neueste Moden der Saison in Filzhüten, Cylinderhüten, Chapeau claques etc. Abteilung für den Einzelverkauf zu außergewöhnlich billigen u. streng festem Preisen. B. Salinger, Neue Königstr. 48, 1 Treppe, 3. Haus v. Alexanderplatz. Sonntags 8-10, 12-2 Uhr.

WARENHAUS WILHELM STEIN Berlin N., Chausseestrasse 70-71.

Spar-Karte.

Anweisung.

Jeder Käufer empfängt auf Wunsch für je 25 Pfg. des bezahlten Betrages eine Spar-Markte. Die Marken klebt man in die auf der Innenseite der Spar-Karte vorgedruckten Felder. Sobald sämtliche Felder beklebt sind, wird der Sparbetrag fällig und mit einer Mark

in bar ausbezahlt. Es ist gestattet, die fälligen Spar-Karten zu sammeln und den Sparbetrag jederzeit, eventl. auch erst am Jahreschluss, zu erheben.

Unsere 90 Pfg.-Woche dauert bis Sonnabend, den 7. September cr. incl. so lange Vorrat

Table listing various goods and prices: Thüringer Kümmelwurst Pfund 90 Pf., Braunsch. Mettwurst Pfund 90 Pf., Landleberwurst Pfund 90 Pf., Magerer Speck Pfund 90 Pf., Kaffee, Mischung IV Pfund 90 Pf., 4 Pfd. Einmache-Zucker 90 Pf., 1 Kiste Weintrauben 90 Pf., 1/2 Glas Honig 90 Pf., 2 Flaschen Samos 90 Pf., 2 Flaschen Trabener 90 Pf., 1 Flasche Cognac 90 Pf., 1 Flasche Portwein 90 Pf.

Rebhühner, Brathühner, Rehblätter, junge Gänse zu billigsten Tagespreisen. Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt.

Verkäufe.

Totalverkauf meines Engros- und Kleinhandels: Gardinen, Stores, Teppichdecken 10 bis 20 Prozent Rabatt. E. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. * Teppiche mit Karbenschilern zum vollständigen Ausverkauf jetzt um 10 Prozent Ertrabatt. Große Frankfurterstraße 125. 26678*

Metallbetten, komplette, hoch-elegante, Paar 85,00. Deder, Landsbergerstraße 41. 26178* Wäsche! Wäsche! frisch geschlachtet, sind sehr billig veräußert. Paul Post, Beilstedter- u. Berlin, Samariterstraße 21. 6096*

Restaurant, Zentrum, zu verkaufen Neue Grünstraße 23. 25248* Restaurant, billig veräußert, billige Miete. Zu erfragen: Engel, Karlsruherstraße 41, Hof I. 4116* Restaurant mit Vereinszimmer. Soldinerstraße 34, Ecke Stocholmerstraße. 26628*

Steyppdecken (spottbillig), Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 21678* Gewerkschaftslokal wegen Todesfall günstig zu verkaufen. Offerten unter G. 2. an die Expedition dieses Blattes. 29005*

Schlafstelle Lindenstraße 33, Hof II, Stoppel. 25928* Einseitiges Zimmer als Schlafstelle für einen Herrn Reichensbergerstraße 179, Hof IV, Grunow. 25965*

Chauffeurschule „Am Bedding“ nur Gerichtstraße 17, größte, bedeutendste, nimmt stets Lehrlinge an. Theoretische und praktische Ausbildung zum Chauffeur unter Ingenieurleitung. Werkstätten mit elektrischer Kraft. Kostlose Vermittlung hochbezahlter Stellungen. 25506*

Verschiedenes.

Verst die Mutter sprache beherrscht! Erfolgswesen, leicht lachlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten. 25558*

Vermietungen.

Wohnungen. Zehn billige Wohnungen Soldinerstraße 32/34. 26448* Zimmer. Möbliertes Zimmer, 1-2 Herren, herrliche Aussicht, Sonnenlaufweg, Teufelstraße 6 II, Bahnhof. 16945

Mietsgesuche.

Junger Mann sucht kleines möbliertes Parterre-Zimmer zum 1. September in der Nähe vom Reichensberger. Offerten mit Preisangabe an Alfred Gollub, Stalhoferstraße 22 bei Schmidt. 26125

Arbeitsmarkt.

Blinder Studierhelfer bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. H. Wälder, Mühlendammstraße 27. 14688

Die Crisfrantenkasse der Mechaniker zu Berlin

Sucht 2 tüchtige, mit den einschlägigen Verhältnissen genau vertraute Beamte. Kassennmitglieder werden bevorzugt. Nur schriftliche Angebote ohne Beilage von Originalzeugnissen und Rückporto sind bis zum 3. September cr. im Kassenslokal, Gormannstraße 29, einzureichen. 275/40

Steinarbeiter Berlin II. Verband der Fabrikarbeiter!

Die Firma „Deutsche Stein-Industrie A.-G. vorm. Schlichter“, Lehrterstr. 27/30, ist gesperrt. 180/17* Die Crisfrantenverwaltung.